

Alles für uns!?

Der globale Einfluss der europäischen
Handels- und Investitionspolitik auf
Rohstoffausbeutung

Nicola Jaeger

Impressum

Alles für uns!?

Der globale Einfluss der europäischen Handels- und Investitionspolitik auf Rohstoffausbeutung

Herausgeber

PowerShift – Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e.V.

Greifswalder Str. 4 (Haus der Demokratie & Menschenrechte), 10405 Berlin

Tel.: +49-(0)30-42805479

Email: Michael.Reckordt@power-shift.de

<http://power-shift.de>

Autorin: Nicola Jaeger

Kontakt: Nicola.Jaeger@power-shift.de

Layout, Satz und Reinzeichnung: Tilla Balzer | balzerundkoeniger.de

nach einer Layoutvorlage von Monika Brinkmüller

Titelkarikatur: ARES www.areshumour.com

Redaktion: Michael Reckordt und Nicola Jaeger

Mitarbeit: Anil Shah und Hannah Pilgrim

Berlin, Dezember 2015

© **PowerShift e.V.**

ISBN: 978-3-9814344-5-3

Gedruckte Exemplare können kostenlos über bestellung@rosalux.de bezogen werden.

Gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung aus Mitteln des Auswärtigen Amts

Die Veröffentlichung dieser Publikation war nur realisierbar durch die Unterstützung durch:



Stiftung
Asienhaus



philippinenbüro
im Asienhaus

Die Veröffentlichung wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist allein PowerShift e.V. verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.



2015 Europäisches Jahr für Entwicklung

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein PowerShift verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Alles für uns!?

Der globale Einfluss der europäischen
Handels- und Investitionspolitik auf
Rohstoffausbeutung

Nicola Jaeger

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

1. Die Welt der Rohstoffe

- 1.1. Alles in Kürze
- 1.2. Alles in Zahlen
- 1.3. Alles nicht gerecht
- 1.4. Alles hat seinen Preis
- 1.5. Alles hängt am Stoff
- 1.6. Alles für die Industrie

2. Europa handelt: Die rohstoffpolitische Ausrichtung der Handels- und Investitionspolitik

- 2.1. Europa in der Welt
Kasten 1: Rohstoffpolitik – Made in Germany
- 2.2. Der Stoff der Strategie
- 2.3. Kritische Rohstoffe, Herausforderungen und Lösungsansätze

3. Rohstoffe global: Steuern, Klagen, Alternativen

- 3.1. Rohstoffe und Exportsteuern in der WTO
- 3.2. Exportsteuern – Das Beispiel Vietnam
Kasten 2: Philippinen: Es gibt einen Plan B!
- 3.3. Investitionen und Investitionsschutz im Rohstoffsektor
- 3.4. Sonderklagerechte für Konzerne
- 3.5. Exemplarische Klagen im Rohstoffsektor
- 3.6. Ecuador will sein Erdöl nicht mehr im Boden lassen
- 3.7. Neo-Extraktivismus statt Post-Extraktivismus in Lateinamerika
- 3.8. Die Africa Mining Vision: Mehr aus Bergbau herausholen
- 3.9. Transparenz und Teilhabe erhöhen? Nicht in Sambia
Kasten 3: EITI – Initiative für mehr Transparenz im Rohstoffsektor

4. Rohstoffe für Europa: Alles geregelt?

- 4.1. Die Umsetzung der rohstoffpolitischen Maßnahmen
- 4.2. Handelsregeln und Ausfuhrbeschränkungen in multilateralen Verhandlungen und Abkommen
- 4.3. Handelsregeln und Ausfuhrbeschränkungen in bilateralen Verhandlungen und Abkommen
Kasten 4: Der Handel in Akronymen: EPAs – AKP – EBA – GSP – GSP+
- 4.3.1. EPA EU-CARIFORUM – 2008
- 4.3.2. Interim-EPAs
- 4.3.3. FTA EU-Südkorea – 2010
- 4.3.4. Assoziationsabkommen EU-Zentralamerika – 2012
- 4.3.5. FTA EU-Kolumbien/Peru – 2012
- 4.3.6. DCFTA EU-Georgien – 2013
- 4.3.7. DCFTA EU-Moldau – 2013
Kasten 5: Verhandlungen ohne Ende
- 4.3.8. DCFTA EU-Ukraine – 2014

-
- 4.3.9. FTA EU-Ecuador – 2014
 - 4.3.10. FTA EU-Singapur – 2014
 - 4.3.11. CETA EU-Kanada – 2009
 - 4.3.12. EPAs – 2002
 - 4.3.13. FTA EU-Vietnam – 2012
 - 4.3.14. FTA EU-Indien – 2007
 - 4.3.15. FTA EU-Malaysia – 2010
 - 4.3.16. FTA EU-Mercosur – 2010
 - 4.3.17. FTA EU-Thailand – 2013
 - 4.3.18. DCFTA EU-Marokko – 2013
 - 4.3.19. FTA EU-Japan – 2013
 - 4.3.20. TTIP EU-USA – 2013
 - 4.3.21. Investitionsabkommen EU-China – 2013
 - 4.3.22. Investitionsabkommen EU-Myanmar – 2014
 - 4.3.23. Verhandlungen in Planung und Aufnahme in Oktober/November 2015
 - 4.3.24. Weitere rohstoffrelevante Verhandlungen
 - 4.3.25. Zusammenfassung
 - 4.4. Durchsetzung internationaler Regelungen und Vorgehen gegen Handelsbeschränkungen
 - 4.5. Rohstoffdialog und Sensibilisierung von Drittländern in internationalen Foren

Kasten 6: Konfliktfinanzierung durch Abbau von und Handel mit Rohstoffen

5. Der Ausbeutung entkommen

Literaturverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

AHK	Außenhandelskammer
AKP	Afrika, Karibik, Pazifik / African, Caribbean and Pacific group of states (ACP)
AMMB	Alternatives Bergbaugesetz / Alternative Minerals Management Bill
AMV	Africa Mining Vision
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations / Verband Südostasiatischer Nationen
AU	African Union / Afrikanische Union
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BGR	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BIT	Bilateral Investment Treaty / Bilaterales Investitionsschutzabkommen
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
CAFTA	Central American Free Trade Agreement / Zentralamerikanisches Freihandelsabkommen
CARIFORUM	Caribbean Forum of ACP states / Karibisches Forum der AKP-Staaten
CETA	Comprehensive Economic and Trade Agreement / Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen
CSR	Corporate Social Responsibility / Soziale Unternehmensverantwortung
DCFTA	Deep and Comprehensive Free Trade Area / Tiefgehendes und umfassendes Freihandelsabkommen
DERA	Deutsche Rohstoffagentur
EAC	East African Community / Ostafrikanische Gemeinschaft
EBA	Everything but Arms / Alles außer Waffen
EITI	Extractive Industries Transparency Initiative / Initiative für Transparenz im rohstoffgewinnenden Sektor
EP	Europäisches Parlament
EPA	Economic Partnership Agreement / Wirtschaftspartnerschaftsabkommen
ERMG	European Raw Materials Group
ESA	Eastern and Southern Africa / Östliches und Südliches Afrika
FET	Fair and Equitable Treatment / faire und gerechte Behandlung
FTA	Free Trade Agreement / Freihandelsabkommen
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade / Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen
ICSID	International Center for Settlement of Investment Disputes / Internationales Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten
ISDS	Investor-state dispute settlement / Investor-Staat-Schiedsverfahren
GSP	Generalised Scheme of Preferences / Allgemeine Zollpräferenzsystem der EU
LDCs	Least Developed Countries / am wenigsten entwickelte Länder
Mercosur	Mercado Común del Sur / Gemeinsamer Markt des Südens
MEP	Member of the European Parliament / Mitglied des europäischen Parlaments
MFN	Most-favoured-nation / Meistbegünstigung
NGO	Non-governmental organisation / Nichtregierungsorganisation

OCMAL	El Observatorio de Conflictos Mineros de América Latina / Beobachtungsstelle für Bergbaukonflikte in Lateinamerika
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development / Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PCA	Partnership and Cooperation Agreements / Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
PGM	Platin Group Metals / Platinmetalle
RMI	Raw Material Initiative / Rohstoffinitiative
SADC	South African Development Community / Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika
TiSA	Trade in Services Agreement / Dienstleistungsabkommen
TPP	Trans-Pacific Partnership / Trans-Pazifische Partnerschaft
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership / Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft
UN	United Nations / Vereinte Nationen
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law / UN-Kommission für internationales Handelsrecht
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development / Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung
UNEP	United Nations Environment Programme / Umweltprogramm der Vereinten Nationen
UNHRC	United Nations Human Rights Council / UN-Menschenrechtsrat
WTO	World Trade Organisation / Welthandelsorganisation

1. Die Welt der Rohstoffe

Die einen haben welche, die anderen hätten gerne. Nicht nur kommen Rohstoffe¹ weltweit in unterschiedlicher Menge und Konzentration vor, auch Weiterverarbeitung und Konsum sind höchst ungleich verteilt. Dementsprechend stehen, wenn es um die Gewinnung und den Handel von Rohstoffen geht, für verschiedene Länder, Regionen und Akteure andere Interessen im Mittelpunkt. Während etwa die europäische Industrie an geringen Einkaufspreisen und dauerhaft gesichertem Zugang zu Rohstoffen interessiert ist, spielen für die Länder und Gemeinden, in denen die natürlichen Ressourcen abgebaut werden, neben wirtschaftlicher Impulse und Teilhabe auch die sozialen und ökologischen Kosten des Bergbaus eine Rolle. Nicht nur global, auch innerhalb von Staaten und Gesellschaften, stellen sich daher Macht- und Verteilungsfragen.

¹ In der vorliegenden Publikation konzentrieren wir uns in der Analyse auf metallische und mineralische Rohstoffe. Energetische Rohstoffe werden punktuell mitbetrachtet, agrarische Rohstoffe, auch für die energetische Nutzung, jedoch nicht. Wenn es keine gesonderten Daten für die von uns vorgenommene Eingrenzung der Gruppe der Rohstoffe gibt, werden wir auf die Abweichung von unserem Rohstoffbegriff hinweisen.

In diesem Kontext hat die EU im Oktober 2015 die Parole „Handel für alle“ ausgegeben. In der unter diesem Titel erschienenen Strategie erklärt Handelskommissarin Cecilia Malmström, dass die EU-Handelspolitik mehr Verantwortung übernehmen wolle: Ab nun sollen wirklich alle – VerbraucherInnen, ArbeiterInnen und mittelständische Unternehmen eingeschlossen – von einer effektiveren und zugleich transparenteren Handelspolitik profitieren. Diese solle nicht allein von Interessen geleitet werden, sondern auch „unsere Werte“ widerspiegeln. In der Einleitung versichert die Kommission, dass der „Handel für alle“ auch die „Ärmsten in Entwicklungsländern“ einschließe, bevor sie anschließend auslegt, wie über Handel Wachstum und Arbeitsplätze – natürlich in Europa – geschaffen werden (Europäische Kommission 2015e).

Abgesehen von sprachlichen Nuancen ändert sich in Bezug auf den Rohstoffhandel wenig. Die „Sicherung des Zugangs zu Energie und Rohstoffen“ bleibt entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der EU. Also auch hier „Alles für uns!“? In der vorherigen Handelsstrategie hieß es

noch: **„Die nachhaltige, ungestörte Versorgung mit Rohstoffen und Energie ist von strategischer Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft“** (Europäische Kommission 2010a: 8). Wenn Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Partikularinteressen zum alleinigen Ziel für „uns alle“ in der EU erhoben werden, gibt es natürlich auch keine Interessenkonflikte mehr.

1.1. Alles in Kürze

In dieser Studie untersuchen wir den globalen Einfluss der europäischen Handels- und Investitionspolitik auf Rohstoffausbeutung. Kapitel 1 gibt einen kurzen Überblick über globale Rohstoffverbräuche, Preisentwicklungen und wirtschaftliche Abhängigkeiten. Dabei werden die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Probleme des Rohstoffabbaus skizziert. Darauf aufbauend stellen wir in Kapitel 2 dar, wie Rohstoffe zu einem zentralen Thema der Handels- und Investitionspolitik der EU wurden und welche Ziele sich die EU in diesem Feld gesetzt hat. Andere Länder haben – teils widersprüchliche – Pläne, wie Kapitel 3 „Rohstoffe global: Steuern, Klagen, Alternativen“ zeigt. Vor diesem Hintergrund analysieren wir im vierten Kapitel, was die EU, gemessen an ihren eigenen rohstoffpolitischen Zielen, in den vergangenen Jahren in der Handels- und Investitionspolitik erreichen konnte, was sich in der Umsetzung befindet und womit sie (bisher) gescheitert ist. Abschließend führen wir unsere Ergebnisse in Kapitel 5 zusammen: Der Ausbeutung entkommen.

1.2. Alles in Zahlen

Das *Global Footprint Network* versucht den weltweiten Ressourcenverbrauch in einer Zahl auszudrücken. Dafür werden mehr als 6.000 Datenpunkte pro Land, pro Kopf und pro Jahr zusammengefasst und verrechnet. Der globale Erdüberlastungstag markiert den Zeitpunkt, ab dem die nachhaltig nutzbaren Ressourcen der Erde für das gesamte Jahr verbraucht sind. War dies im Jahr 2000 noch der 1. Oktober, so wurde dieser Tag 2015 bereits am 13. August erreicht: **„1,5 Erden bräuchte die Weltbevölkerung derzeit, um den weltweiten Bedarf an Rohstoffen, Ackerland, Wasser und Wäldern nachhaltig zu decken. Würden alle Länder weltweit so wirtschaften wie Deutschland, wären sogar 2,6 Planeten notwendig.“** (PowerShift et al. 2015)

Obwohl auch im Rohstoffsektor mittlerweile jeder von Nachhaltigkeit redet, sprechen die Zahlen eine ganz andere Sprache: Heute werden weltweit insgesamt mehr Rohstoffe verbraucht als jemals zuvor, Tendenz weiter steigend. Zwischen 1980 und 2010 hat sich der

jährliche Rohstoffverbrauch von Biomasse, mineralischen und metallischen Rohstoffen sowie fossilen Brennstoffen von unter 40 Milliarden Tonnen auf über 80 Milliarden Tonnen mehr als verdoppelt (Ax/Marschütz/Hinterberger 2014). Ohne eine radikale Umstellung der weltweiten Rohstoffpolitik ist keine Trendumkehr zu erwarten. Das *Sustainable Europe Research Institute* (SERI) schätzt, dass sich der globale Rohstoffverbrauch bis 2050 nochmals mehr als verdoppeln werde, auf ungefähr 180 Milliarden Tonnen jährlich (vgl. Abb. 1).

Baumineralien machen mengenmäßig den größten Anteil der Rohstoffe aus. In vielen Ländern besteht weiterhin großer Bedarf am Aus- und Aufbau der Infrastruktur sowie von Wohn- und Arbeitsflächen. Da diese Rohstoffe überwiegend in die rasant wachsenden Metropolen des Globalen Südens fließen, verfestigen und verstärken sie nationale Ungleichgewichte mit Blick auf Kosten und Nutzen von Rohstoffen. Überraschenderweise ist gerade der Baustoff Sand ein Rohstoff, der langsam knapp zu werden droht. Denn nicht jeder Sand eignet sich für die Herstellung von Zement und mit der Ausweitung der Produktion wachsen auch hier die Probleme (UNEP 2014). Die größte Wachstumsrate weisen jedoch metallische Rohstoffe auf, vor allem Eisen, Kupfer und Aluminium, die nicht nur zur Herstellung von Stahlträgern und Leitungen genutzt werden, sondern auch zu Maschinen, Fahrzeugen und Elektronikprodukten verarbeitet werden (vgl. Abb. 1).

Die Industriestaaten rühmen sich damit, dass sie in den vergangenen Jahren die Rohstoffproduktivität erhöhen konnten. Gemessen wird hierbei, die Menge der Rohstoffe, die eingesetzt wurde, um das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des jeweiligen

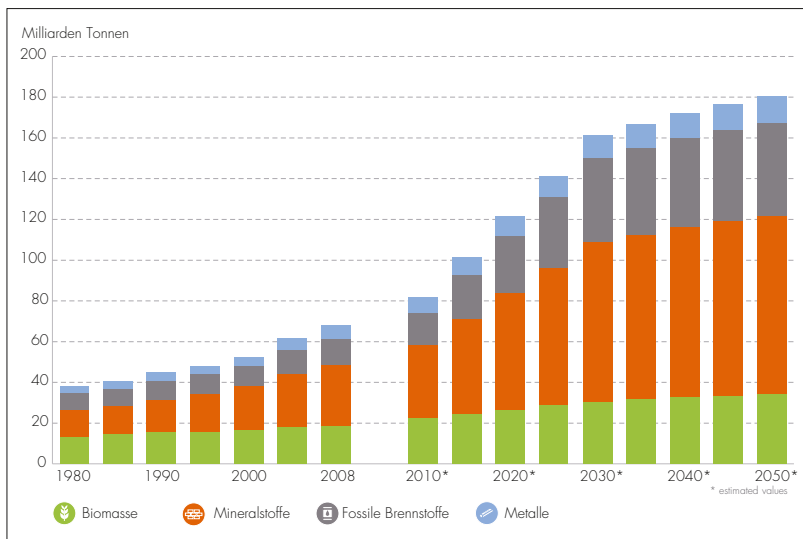


Abb. 1: Globaler Rohstoffverbrauch (1980-2050*) (Quelle: Ax et al. 2014: 25)

10

Jahres zu erwirtschaften. Diese Rechnung unterschlägt jedoch ein wirtschaftliches Phänomen: Produktionsverlagerung. So wird die Steigerung der Rohstoffproduktivität im Wesentlichen durch Auslagerung von (Vor-)Produktion in andere Länder erzielt – allen voran nach China. Die (Halb)fertigwaren, die dann wieder aus China importiert werden, fließen nicht in die Berechnung ein. In Bezug auf viele metallische Rohstoffe ist jedoch nicht einmal diese relative Entkopplung² von Verbrauch und Wirtschaftswachstum zu erkennen.

Vielmehr ist bei einer Reihe von nicht-energetischen Mineralien die Ressourcenintensität (Einsatz von natürlichen Ressourcen pro Wirtschaftsleistung) signifikant gestiegen (Jackson 2011: 66). Die Förderung von Eisenerz, Bauxit, Kupfer und Nickel nimmt heute stärker zu als das globale BIP. Der pro-Kopf Rohstoffverbrauch in den OECD-Staaten³ übersteigt weiterhin den der aufstrebenden Länder (wie China oder Brasilien) um ein Vielfaches und eine absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Rohstoffverbrauch ist bislang nicht in Sicht (Wiedmann et al. 2015). Zudem werden die importierten Ressourcen in diesen Ländern oftmals nicht selbst konsumiert.

China fördert beispielsweise weltweit am meisten Rohstoffe, ist aber darüber hinaus auch auf Importe angewiesen (Wen Bo 2015). So importieren (europäische) Unternehmen, die in China produzieren lassen, viele Rohstoffe, verkaufen

² Von relativer Entkopplung spricht man, wenn der Rohstoffverbrauch geringer wächst als die Wirtschaft und dadurch der Verbrauch pro Wirtschaftsleistung sinkt. Absolute Entkopplung bedeutet, dass der Rohstoffverbrauch bei steigenden Wirtschaftsleistung sinkt.

³ Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) umfasst momentan 34 Länder, die mit Ausnahme der Türkei und Mexikos auch zu den Ländern mit hohem Einkommen nach Klassifikation der Weltbank gehören.

die Produkte jedoch in aller Welt. Dadurch findet vor Ort eine Wertschöpfung statt, doch schlussendlich konsumiert werden die Ware und die darin enthaltenen Rohstoffe jedoch anderenorts. Während also weite Teile der Weltbevölkerung, vor allem im Globalen Süden, einen verschwindend geringen Anteil der weltweiten Rohstoffe nutzen, verbrauchen alleine die einkommensstarken Mittel- und Oberschichten der OECD-Staaten einen erheblichen Anteil der natürlichen Ressourcen (Jäger 2010: 126ff.).

In den Indikator *Total Material Consumption* fließen auch diese verdeckten Stoffströme ein. Darüber legt er offen, dass wir in Deutschland meilenweit über unsere Verhältnisse leben:

„Nach Einschätzungen von WissenschaftlerInnen wäre ein jährlicher Ressourcenverbrauch von sechs Tonnen pro Kopf nachhaltig und gerecht. Momentan wird der gesamte Ressourcenverbrauch in Deutschland mit mehr als vierzig Tonnen pro Kopf und Jahr beziffert. Ziele zur Steigerung der Ressourcenproduktivität, wie sie die Bundesregierung bereits formuliert hat, sind daher wichtig, reichen vor diesem Hintergrund aber nicht aus. [...] Um einen global gerechten Rohstoffverbrauch innerhalb ökologischer Grenzen zu erreichen, sind auch absolute Reduktionsziele notwendig“ (AK Rohstoffe 2013: 3).

1.3. Alles nicht gerecht

Mit dem übermäßigen Rohstoffverbrauch der Industriestaaten sowie der Ausbreitung eines ressourcenintensiven Lebensstils in den Metropolen sämtlicher Weltregionen wächst die weltweite Rohstoffnachfrage stetig. Infolgedessen werden immer weitere Rohstoffvorkommen erschlossen, worüber der Bergbau in immer sensiblere Ökosysteme, wie Gletschergebiete, die Arktis oder die Tiefsee, vordringt. Technische Möglichkeiten werden ausgereizt und – mit staatlicher Unterstützung – weiterentwickelt, obwohl Risiko und Folgen solcher Unternehmungen nicht verlässlich abgeschätzt werden können.

Doch nicht nur der derzeitige Verbrauch von Rohstoffen ist höchst ungleich verteilt, sondern auch die Kosten und Nutzen des Rohstoffabbaus. Die sozialen, ökologischen und kulturellen Gegebenheiten der jeweiligen Abbauregionen werden nicht ausreichend berücksichtigt, obwohl die Folgen des Rohstoffabbaus gewaltig sein können. Sei es, dass ganze Berge abgetragen, Flüsse abgegraben oder Wälder gerodet werden. So entstehen Land- und Wasserkonflikte, welche durch den enormen Wasserbedarf der Minen im laufenden Betrieb sowie Verunreinigungen weiter verschärft werden. Beim Goldabbau werden

beispielsweise giftige Chemikalien, wie Zyanide, eingesetzt, und gleichzeitig kann Arsen freigesetzt werden; bei der Förderung von Schweren Seltenen Erden ist dies Radioaktivität (vgl. 4.4.). So kann die lokale Bevölkerung – direkt oder indirekt – ihre Lebensgrundlage verlieren, wenn sie nicht ohnehin der Industrie weichen musste und von ihrem angestammten Land vertrieben wurde.

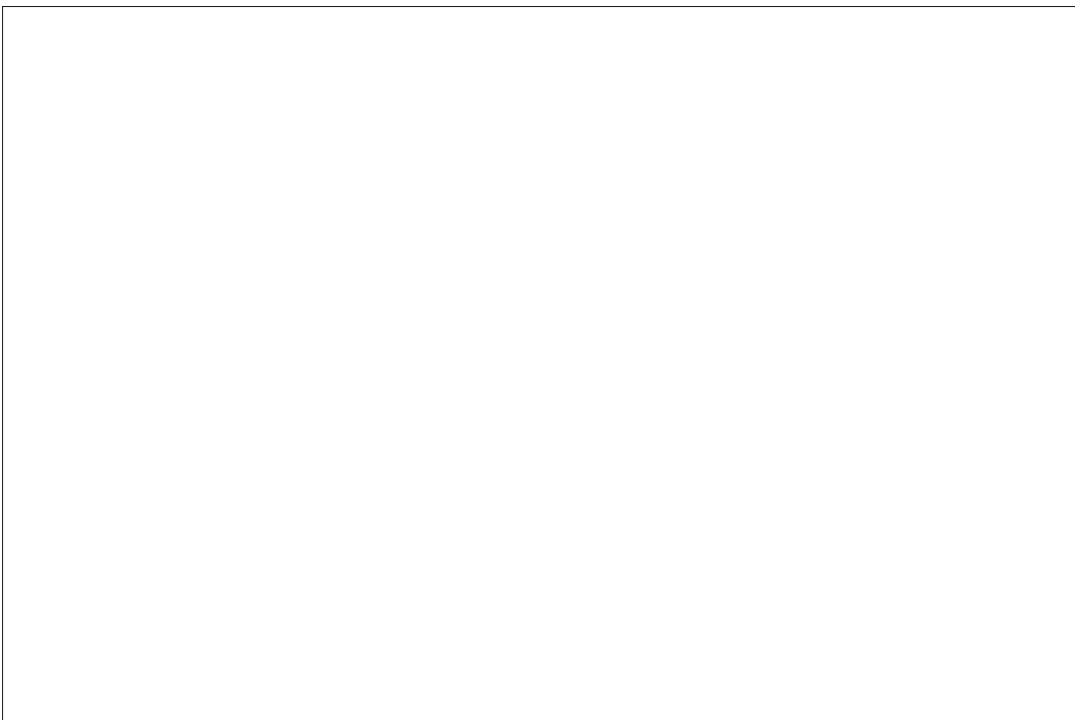
Da Bergbau häufig in (ländlichen) Peripherien stattfindet, wird das Wohlergehen der betroffenen Bevölkerung dem wirtschaftlichen Interesse, die Rohstoffe auszubeuten, untergeordnet. Selbst bei anderslautenden Versprechungen profitiert die lokale Bevölkerung selten von den Aktivitäten der Bergbaukonzerne (Curtis 2010: 29). Denn lokale Arbeitskräfte finden kaum Beschäftigung, da ihnen in der Regel die Fachausbildung fehlt, und wenn, dann häufig nur für einfache Tätigkeiten zu schlechten Bedingungen. Lokale Aus- und Fortbildungen sowie Technologietransfer sind eine Ausnahme. Weiterverarbeitung findet schließlich woanders statt. Die Verknüpfung mit anderen Wirtschaftsbereichen bleibt meist gering und zusätzliche Infrastruktur wird höchstens selektiv errichtet, an den Bedürfnissen des Konzerns ausgerichtet. Mithilfe von Sondersteuerabkommen sichern sich transnationale Konzerne zusätzlich riesige Gewinne, während lokale Gemeinden fast immer leer ausgehen. Nationale Gewinner sind die politischen und wirtschaftlichen Eliten in den Städten.

Immer wieder versuchen sich Betroffene gegen die destruktive Entwicklung zu wehren. Doch die

wachsende Nachfrage erzeugt zusätzliche Anreize, bestehende Abbauprojekte auszuweiten und zusätzliche Abbauregionen zu erschließen. Infolgedessen steigt bereits seit Jahren die Anzahl sozialer und ökologischer Konflikte. Allein in Lateinamerika gibt es aktuell 210 Konflikte um Bergbauprojekte (Vollrath 2014: 20). Gut die Hälfte davon entfallen laut OCMAL (El Observatorio de Conflictos Mineros de América Latina) auf Mexiko (37), Peru (36) und Chile (35). Dabei liegen die Dunkelziffern, gerade in Konfliktregionen, um einiges höher.

„In Kolumbien stehen 80 Prozent der landesweiten Fälle von Menschenrechtsverletzungen in Verbindung mit Bergbau oder anderen extraktiven Industrien. Durch den seit Jahrzehnten andauernden internen bewaffneten Konflikt ist das Land hochgradig militarisiert. Bergbauunternehmen kooperieren eng mit paramilitärischen Gruppen, um soziale Bewegungen einzuschüchtern. 2013 wurden allein in der Bergbauprovinz Cauca 14 Menschenrechts- und UmweltaktivistInnen ermordet“ (Vollrath 2014: 24).

Auch in anderen Regionen schüchtern staatliche Sicherheitskräfte (Polizei, Militär) oder privat bezahlte Paramilitärs und Sicherheitsdienste den lokalen Widerstand systematisch ein. Wenn das nicht reicht, folgen Körperverletzungen und gewaltvolle Vertreibungen. Fast ein Drittel aller Menschenrechtsverletzungen weltweit betreffen den extraktiven Sektor, so viel wie in keinem anderen Wirtschaftsbereich (UNHRC 2008). Zusätzlich spielen Rohstoffabbau



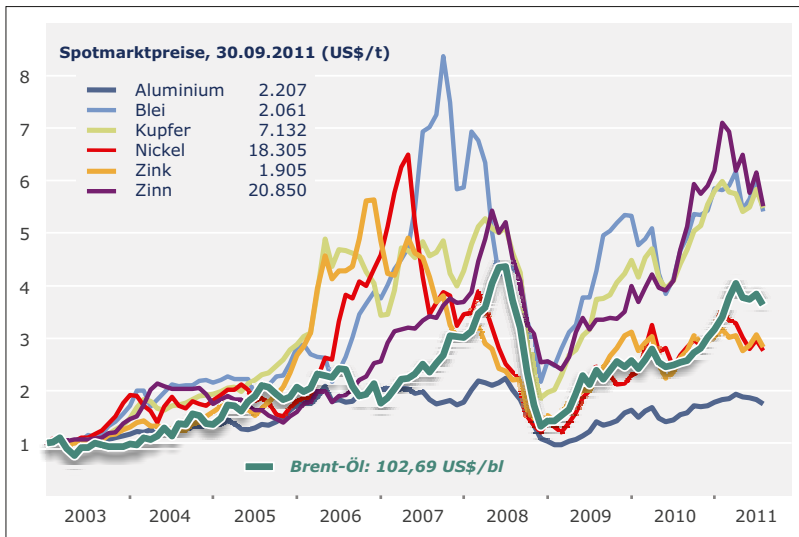


Abb. 2: Relative Rohstoffpreisentwicklung seit 2003 (Quelle: DERA 2011: 11)

und -handel oft eine Rolle in (der Finanzierung von) bewaffneten Konflikten und Bürgerkriegen (vgl. Kasten 6: Konfliktmineralien). Die UN (Vereinten Nationen) schätzt, dass mehr als 40 Prozent aller weltweiten Konflikte in den letzten 60 Jahren mit dem Abbau und Handel von Rohstoffen in Verbindung standen (UNEP 2009: 5).

12

Dabei sind Frauen ungleich größer betroffen. Genderbasierte Gewalttaten werden beispielsweise gezielt zur Einschüchterung und Kontrolle der Gebiete und Gemeinschaften eingesetzt (Zere 2015). Darüber hinaus sind Frauen, wenn sie mit den häuslichen Aufgaben und der familiären Versorgung betraut sind, stärker von den negativen sozialen, ökonomischen und ökologischen Folgen des Bergbaus betroffen, wie Verlust von fruchtbaren Boden oder Trinkwasser. Von den (finanziellen) Vorteilen, z.B. Arbeitsplätze, profitiert hingegen eher der männliche Teil der Bevölkerung (Weltbank 2013). Mit dem Zustrom von auswärtigen Arbeitern nehmen neben Gewalt, sexuellem Missbrauch und ansteckenden Krankheiten auch die Prostitution zu, der wiederum mehr Frauen nachgehen.

1.4. Alles hat seinen Preis

Der Beginn des 21. Jahrhunderts läutete eine Phase steigender und stark schwankender Rohstoffpreise auf den internationalen Märkten ein. Zwischen 2003 und 2011 haben sich die Preise für Energie- und Metallrohstoffe sowie für Mineralien im Schnitt verdoppelt (DERA 2011). Für einzelne Rohstoffe, wie beispielsweise Kupfer, musste innerhalb weniger Jahre zeitweise sogar das Fünffache bezahlt werden (vgl. Abb. 2).

Eine langfristige Betrachtung der inflationsbereinigten Rohstoffpreise, wie sie das *Forum*

Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) durchführte, fördert einen ganz anderen Trend zu Tage. Nämlich: „dass die Rohstoffpreise im Verlauf des 20. Jahrhunderts – trotz aller kurz- und mittelfristigen Ausschläge – in der Tendenz gefallen sind. In Anbetracht der Tatsache, dass endliche Rohstoffe durch ihren Verbrauch immer knapper werden, ist der Rückgang der Rohstoffpreise zunächst eine erstaunliche Beobachtung. Erklären lässt sie sich damit, dass durch die Entdeckung neuer Vorkommen und die Weiterentwicklung der Fördertechnologie die Reserve, also die Menge der bekannten und ausbeutbaren Rohstoffvorkommen, größer geworden ist“ (Meyer 2012).

In Bestätigung dessen sind seit 2011 die Preise für die meisten international gehandelten Metalle wieder gesunken (vgl. Abb. 3). Dieser Trend gepaart mit den weiterhin starken Preisschwankungen verkompliziert die wirtschaftliche und fiskalische Planung der rohstofffördernden Länder (vgl. 1.5.).

In den letzten zwei Jahrzehnten hat parallel zum Abbau auch der Handel mit Rohstoffen rasant zugenommen (Giljum/Bruckner/Martinez 2015). Zwischen 2003 und 2008 verdreifachte sich der Handel mit fossilen Brennstoffen, Metallen und Mineralerzen in Bezug auf den Wert; das Volumen nahm um 50 Prozent zu. Während der Handel mit natürlichen Ressourcen (neben Bergbauprodukten auch Öl und landwirtschaftliche Produkte) zu Beginn des Jahrtausends nur gut ein Fünftel des gesamten Welthandels ausmachte, waren es 2012 bereits ein Drittel (WTO 2014: 129).

1.5. Alles hängt am Stoff

In vielen Ländern des Globalen Südens, vor allem in Afrika südlich der Sahara, Lateinamerika und der Karibik ist der Anteil von Öl, Gas und Bergbauprodukten im Verhältnis zu anderen Exporten massiv gestiegen (ebd.: 154). Während 1995 ungefähr 58 Länder als „ressourcengetrieben“ galten, waren es 2011 bereits 81.⁴ In vielen dieser Länder werden die Hälfte aller gesamten Außenhandelserlöse über Rohstoffexporte erzielt. Staaten, die ihre Wirtschaft explizit auf den Rohstoffabbau und -export ausrichteten, profitierten vom Boom der Rohstoffpreise ab 2003. Zunehmende Exporte und der Ausbau des Bergbaus führten zu mehr Steuereinnahmen und spülten damit zusätzliches Geld in die Staatskassen. Einige Länder investierten diese zusätzlichen Einnahmen in soziale Infrastruktur (Bildung, Gesundheit etc.).

4 Als ressourcengetrieben wird ein Wirtschaftsraum dann bezeichnet, wenn Rohstoffe mehr als 20 Prozent des Exports oder der fiskalischen Staatseinnahmen ausmachen, oder mehr als zehn Prozent der Wirtschaftsleistung auf Rohstoffen basiert.

Für viele der ärmsten Länder weltweit tragen Exportsteuern einen beträchtlichen Teil zu den Staatseinnahmen bei. Bei den Salomonen machen Ausfuhrsteuern 18 Prozent der Einnahmen des Landes aus (Zölle und inländischen Einkünften) (Curtis 2010: 16). Im Vergleich mit großen Rohstoffexporteuren gehen solche Summen unter, doch jenseits der absoluten Einnahmen durch den Rohstoffexport, darf die relative Abhängigkeit vieler Länder (Anteil am Haushalt, Anzahl der Exportgüter, etc.) nicht unterschätzt werden. Preisschwankungen können diese Länder schnell finanziell in Bedrängnis bringen. Das erzeugt zum einen Unsicherheiten in Bezug auf Investitionen und Produktion, zum anderen gefährdet es die Kontinuität öffentlicher Leistungen. Je weniger Rohstoffe das Land fördert, desto höher sind das wirtschaftliche Risiko und die finanzielle Abhängigkeit. Diese Abhängigkeit vom Export unverarbeiteter Rohstoffe gekoppelt mit der im Rohstoffsektor sehr stark verbreiteten Korruption wird als „Ressourcenfluch“ bezeichnet (Lambert 2011: 11).

1.6. Alles für die Industrie

Europa ist die größte rohstoffimportierende Region der Welt. Die Exporte der EU – größtenteils verarbeitete Produkte – konnten in den letzten 20 Jahren deutlich ausgeweitet werden. Sowohl der absolute Wert der Exporte als auch ihr Anteil an der gesamten Produktion nahmen zu. Viele Wirtschaftssektoren, gerade in Deutschland, sind stark auf den Export ausgerichtet. Für die Produktion ihrer Exportprodukte sind Unternehmen ihrerseits jedoch auf Importe angewiesen.

Zweidrittel aller EU-Importe entfallen auf Rohstoffe (inkl. Energierohstoffe), Halbfabrikate und Komponenten, die für die Herstellung von Produkten europäischer Firmen grundlegend sind (Europäische Kommission 2015a: 4). Im Jahr 2013 hat die EU allein Rohstoffe im Wert von 410 Milliarden Euro netto importiert, vor allem aus Brasilien, den USA, Kanada, Indonesien, der Ukraine, Russland und China. Neben den fossilen Brennstoffen (Öl, Gas, Kohle) wurden netto nicht-energetische Rohstoffe wie Eisen, Kupfer, Kobalt und Nickel im Wert von 32 Milliarden Euro importiert (Europäische Kommission 2013a). Sämtliche europäische Industrien, von Bau, Chemie und Automobil über Luft- und Raumfahrt bis hin zu Maschinenbau und Rüstung, sind auf diese Rohstoffimporte angewiesen.

Dabei konzentriert sich die Nachfrage nach Rohstoffen innerhalb der EU auf die wirtschaftsstärksten Länder (Eurostat 2014). Deutschland

Aluminium LME Rolling (in EUR)

Kupfer LME Rolling (in EUR)

Nickel LME Rolling (in EUR)

Zink LME Rolling (in EUR)

ist mit Abstand der größte Importeur innerhalb der EU. Mehr als die Hälfte aller Nettoimporte gehen hierhin.

„Die deutsche Industrie ist zu nahezu 100 Prozent abhängig von den Importen primärer Metalle. Im Jahr 2013 wurden 63,5 Mio. Tonnen an Metallen importiert, die einen Gesamtwert von 41,1 Mrd. Euro besitzen. Zudem kommen Rohstoffe über Vor- oder Endprodukte ins Land. So ist Deutschland mit 64 Millionen Mobiltelefonen und 15 Millionen Laptops der drittgrößte Importeur dieser Produkte weltweit und der größte in Europa“ (AK Rohstoffe 2015: 1).

Zu den weiteren großen Nettoimporteuren zählen Italien, Großbritannien, Belgien und Spanien (Eurostat 2014).

Vor dem Hintergrund einer langen Periode relativ niedriger Rohstoffpreise – von den 1970er bis zum Anfang des Jahrtausends – und eines kontinuierlichen „Überschusses“ an Rohstoffen auf den Weltmärkten, gab es für importierende Staaten und Unternehmen keine Notwendigkeit, den Rohstoffhandel politisch zu flankieren. Erst der relative Preisboom der 2000er Jahre schürte Ängste, dass die Zeit der sicheren und günstigen Rohstoffversorgung vorbei sein könnte. Steigende Preise und die zunehmende Konkurrenz um bestimmte Rohstoffe ließen die Industrie um ihre Wettbewerbsfähigkeit fürchten.

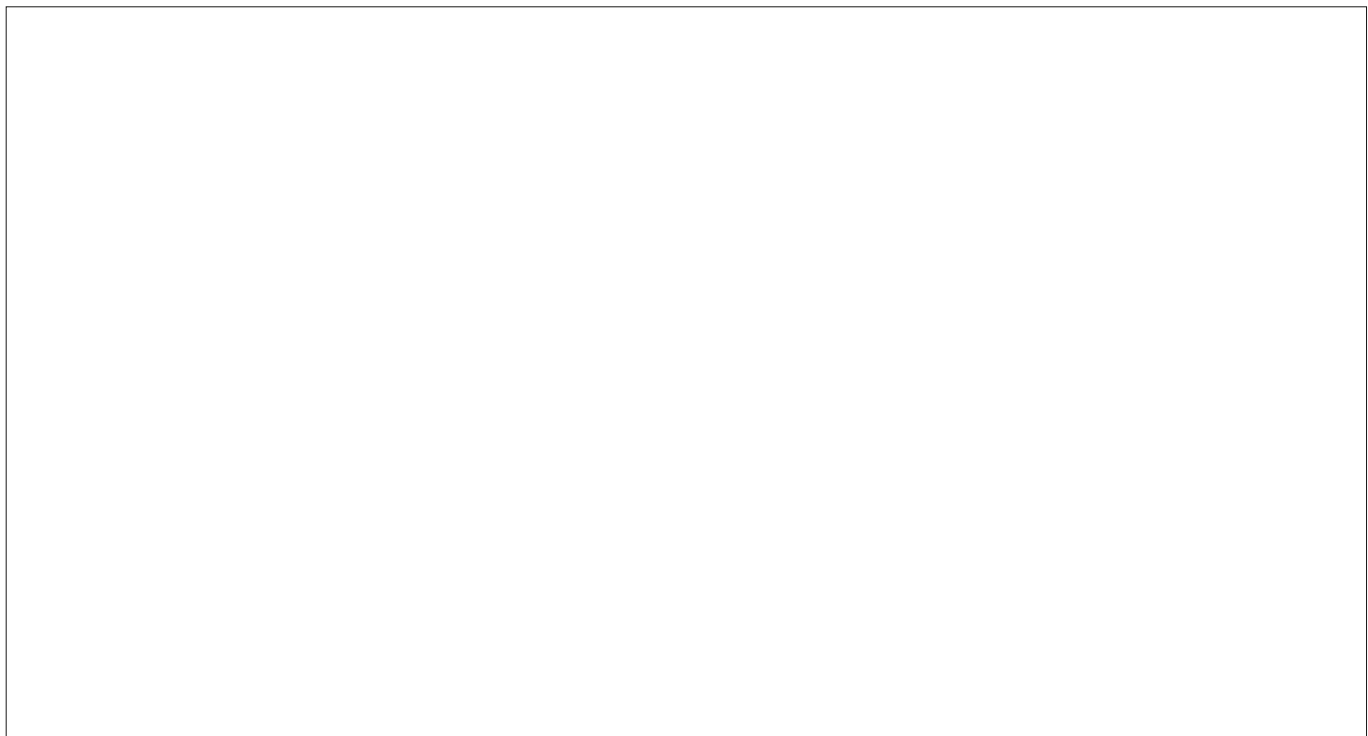
Bei einer Reihe von Industriemetallen kommt verschärfend hinzu, dass sie nur in sehr wenigen Ländern gefördert werden. Zu diesen sogenannten

„strategischen Hochtechnologie-Metallen“ zählen beispielsweise Lithium, Platin, Wolfram, Indium und Gallium sowie die Seltenen Erden (wie Scandium, Yttrium, Neodym u.a.). Diese Stoffe werden meist nur in sehr kleinen Mengen verarbeitet, haben aber jeweils hoch spezifische Eigenschaften, die für die Produktion sämtlicher Hochtechnologieprodukte von Elektromotoren und Katalysatoren über Windkraftwerke bis hin zu Komponenten für Elektronikprodukte (wie Akkus) auf absehbare Zeit unverzichtbar sein werden.

Mit ihren Sorgen wandte sich die Industrie an die Politik und konnte erreichen, dass das Thema Rohstoffe von vielen Mitgliedsstaaten sowie der EU selbst wieder weit oben auf der politischen Agenda angesiedelt wurde (siehe Kap.2).

„Die Welt hat sich verändert. Wir sind Teils eines globalen Spiels. Daher richten wir gerade unsere Strategie neu aus“, erklärte der damalige Handelskommissar Karel de Gucht in einem Videointerview (WEED 2011). Beim globalen Spiel um die Rohstoffe, geht es für alle Seiten um viel. Die Handelskommission spricht sonst gerne von *win-win* Situationen ihrer Handelspolitik, um damit gleich alle Fragen zu Ursachen von weltweiten Entwicklungsunterschieden und anderen Ungerechtigkeiten im Keim zu ersticken: „Handel ist Entwicklung“ (CONCORD 2015: 2). Doch in dem Interview gab sich de Gucht kämpferisch: **„Wir sind die größte Volkswirtschaft der Welt. Deshalb brauchen wir ungehinderten Zugang zu Rohstoffen“** (WEED 2011).

Die EU setzt auf die Beratung durch die Industrie – auch im Europäischen Parlament (Foto: Nicola Jaeger, PowerShift e.V.)



2. Europa handelt: Die rohstoffpolitische Ausrichtung der Handels- und Investitionspolitik

Aufbauend darauf, dass Europa ungehinderten Zugang zu den Rohstoffen der Welt brauche, richtet die EU ihre Handels- und Investitionspolitik entsprechend aus, wie dieses Kapitel zeigen wird. Während die EU den eigenen Verbrauch von Rohstoffen ebenso wenig hinterfragt, wie die mit dem Abbau verbundenen ökologischen und sozialen Probleme, nimmt sie es nicht hin, dass europäische Industrien an Rohstoffmangel leiden könnten. Rohstoffsicherheit, also die sichere Versorgung der europäischen Unternehmen mit Rohstoffen, steigt zum politischen Mantra auf und die Wirtschaftsverbände werden eng in eine Ausarbeitung der handels- und rohstoffpolitischen Strategien einbezogen (für Deutschland siehe Kasten 1: Rohstoffpolitik – Made in Germany).

2.1. Europa in der Welt

Die handelspolitische Strategie „Global Europe: Competing in the world“ von 2006 machte nicht nur vom Namen her deutlich, dass die EU ihre Stellung als globaler und wettbewerbsfähiger Player behaupten wollte (Europäische Kommission 2006). „Global Europe“ war die außenpolitische Komponente der Lissabon-Strategie und sollte die Freihandels- und Liberalisierungspolitik wieder in Schwung zu bringen. Statt auf reinen Multilateralismus zu bauen, wurde die Freihandelsagenda ab diesem Zeitpunkt zusätzlich auf bilateralem Wege verfolgt.

Die Verhandlungen über die Doha-Runde in der WTO steckten – damals wie heute – fest. Die EU bekennt sich in „Global Europe“ (ebd.: 10) sowie allen darauf folgenden Strategien, weiterhin zur multilateralen Ebene der WTO, macht aber zugleich deutlich, dass bilaterale Freihandelsabkommen (FTAs) die Möglichkeit bieten, die eigenen Anliegen schneller und weitreichender umsetzen zu können. Die Grundidee ist, dass bilaterale Freihandelsverträge die WTO-Regeln vertiefen und dadurch ihrerseits die Deregulierung und Liberalisierung auf multilateraler Ebene vorantreiben.

Basierend auf Marktpotenzial (Größe und Wachstum der Wirtschaft) sowie dem Umfang der Schutzmaßnahmen, die den Interessen der EU-Exportwirtschaft entgegenstehen, wurden

ASEAN (Association of Southeast Asian Nations), Südkorea und der Mercosur (Mercado Común del Sur) als primäre Partnerregionen ausgemacht. Als weitere wichtige Märkte wurden Indien, Russland und der Golf-Kooperationsrat sowie als Sonderfall China gelistet. In den Zielvorgaben für neue FTAs mit diesen Ländern finden sich viele altbekannte Liberalisierungsforderungen und -bereiche, für die sich auf multilateraler Ebene keine Mehrheit finden ließ. Es wurden drei Schwerpunkte formuliert: nicht-tarifäre Handelshemmnissen,⁵ „Neue Wachstumsbereiche“, welche geistiges Eigentum, Dienstleistungen, Investitionen, öffentliche Aufträge und Wettbewerbsregelungen umfassen, sowie Zugang zu Energie und Rohstoffen (ebd.: 6ff.). Daher werden diese Freihandelsabkommen auch als WTO-plus Abkommen bezeichnet.

Der Absatz zu Rohstoffen (3.2. ii) erklärt, dass die Beschränkungen des Zugangs zu Rohstoffen dringend aufgehoben werden müssten, denn sie stellen für einige Wirtschaftszweige ernsthafte Probleme dar. Die gemeinsame Probleminterpretation fördert die Zusammenarbeit der Europäischen Kommission mit der Industrie und den Mitgliedsstaaten. Bereits im darauf folgenden Jahr wird diese Zusammenarbeit institutionalisiert:

„Es ist deutlich, dass die Unternehmen ein starkes Bedürfnis haben, sich aktiver an der Beseitigung von Handelshemmnissen zu beteiligen. Die Kommission hält es daher für sinnvoll, sich häufiger mit den europäischen Unternehmen und den Mitgliedstaaten zu trilateralen Gesprächen zu treffen und schlägt hierfür die Einrichtung eines eigenen Forums vor; diese Treffen könnten mit den Sitzungen des Beratenden Ausschusses für den Marktzugang kombiniert werden“ (Europäische Kommission 2007a: 9).

Die Industrie wird zum Freund und Helfer der Kommission: **„Wir sind darauf angewiesen, dass uns die Unternehmen ausführlich über die Hemmnisse informieren, die ihren Handel oder ihre**

⁵ In Abgrenzung zu tarifären Handelshemmnissen, wie Zöllen, Gebühren, Abgaben oder Subventionen, sind dies u.a.: Quoten, Lizenzen, Verbote, Auflagen wie beispielsweise Local-Content, aber auch Standards und Normen, darunter Sicherheits-, Umwelt- und Sozialstandards, Ausschreibungsmodalitäten und Kennzeichnungsvorschriften.

Für eine **demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik** – **Handlungsempfehlungen deutscher Nichtregierungsorganisationen** **an Bundesregierung und Bundestag**

Handlungsempfehlungen deutscher NROs an die Bundesregierung und den Bundestag (AK Rohstoffe 2013)

16

Investitionen in Drittländern beeinträchtigen

(ebd.: 10). Nicht mit am Tisch sitzen VertreterInnen dieser Länder, um die (nicht-)tarifären Handelshemmnisse erklären oder verteidigen zu können. Ebenso wenig werden Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften oder Entwicklungs- und Umwelt-NGOs (Non-governmental organisations) in die laufende Arbeit eingebunden. Selbst im Europäischen Parlament nicht: In der European Raw Materials Group (ERMG) treffen sich um die 30 Abgeordneten des Europäischen Parlaments (MEPs) regelmäßig mit IndustrievertreterInnen (CEO 2011).

Die Mitteilung „Handel, Wachstum und Weltgeschehen“ der Kommission vom 9. November 2010 führte diese Politik im Wesentlichen fort. **„Liberalisierung fördert Liberalisierung“**, erklärte der damalige Handelskommissar Karel de Gucht (Europäische Kommission 2010a: 5). Abgeschlossen werden konnte bis dahin nur das FTA mit Südkorea. Daher wird neben einem schnellen Abschluss der stockenden und laufenden Verhandlungen eine verstärkte Durchsetzung der bestehenden Rechte aus bi- und multilateralen Übereinkünften gefordert (ebd.: 12). Mit dem Vertrag von Lissabon, der am 1. Dezember 2009 in Kraft trat, wurde auch der Investitionsschutz vergemeinschaftet. Für die laufenden Verhandlungen mit Kanada, Singapur und Indien wurden die Verhandlungsmandate 2011 diesbezüglich erweitert. Darüber hinaus wurden dadurch eigenständige Investitionsabkommen möglich. Der weitere Fokus sollte auf Freihandels- und Investitionsabkommen mit den USA, China, Japan und Russland gelegt werden.

Die Themen bleiben im Großen und Ganzen bestehen, inklusive der Versorgung mit Rohstoffen:

„Der Abbau von Zöllen auf gewerbliche und landwirtschaftliche Erzeugnisse bleibt wichtig, die eigentliche Herausforderung liegt indessen woanders. Entscheidender wird der Marktzugang für Dienstleistungen und Investitionen sein, ebenso die Liberalisierung des öffentlichen Auftragswesens, bessere Abkommen zum Schutz der Rechte des geistigen Eigentums und bessere Durchsetzung dieses Schutzes, uneingeschränkte Versorgung mit Rohstoffen und Energie und, was ebenso wichtig ist, die Beseitigung von Regulierungsbarrieren, unter anderem durch die Förderung internationaler Normen“ (ebd.: 1).

Das Thema Rohstoffversorgung nimmt im Vergleich zu „Global Europe“ mehr Raum ein, zusätzlich wird auf die Rohstoffinitiative verwiesen (ebd.: 8 und vgl. 2.2.).

„Handel für alle“ geht in den konkreten Politikmaßnahmen weniger ins Detail. Die handelspolitische Strategie, die Kommissarin Cecilia Malmström im Oktober 2015 vorstellte, ist vielmehr darauf bedacht, eine breite Legitimationsbasis für Handels- und Investitionspolitik zu schaffen (Europäische Kommission 2015e). Wenn auch kurz abgehandelt, so soll der Zugang zu Energie und Rohstoffen in Handelsabkommen eine Aufwertung erfahren, indem separate Kapitel zu Energie und Rohstoffen vorgeschlagen werden (ebd.: 14). Die Punkte 2.2.1 „Bessere Umsetzung“ und 2.2.2 „Wirksamere Durchsetzung“ decken sich mit den Erwartungen, die IndustrievertreterInnen in der Konsultation zur Überarbeitung der Handelsstrategie, im Allgemeinen sowie auf die Frage des Zugangs zu Rohstoffen im Besonderen, formuliert haben (Europäische Kommission 2015b).

Kasten 1

Rohstoffpolitik – Made in Germany⁶

Auf dem ersten Rohstoffkongress des *Bundesverbandes der Deutschen Industrie* (BDI) im März 2005 vereinbarten Verband und Bundesregierung, in einem engen Dialog eine gemeinsam von Politik und Wirtschaft getragene Rohstoffstrategie für Deutschland zu entwickeln. Zum zweiten Rohstoffkongress zwei Jahre später (2007) wurden dann die „Elemente einer deutschen Rohstoffstrategie“ vorgelegt sowie ein *Interministerieller Ausschuss Rohstoffe* unter Federführung des *Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie* (BMWi) eingesetzt. In diesem Ausschuss wirkt der BDI „aktiv und konstruktiv mit und bündelt dabei die Interessen der Industrie“, wie es auf der BMWi-Internetseite heißt. Dass der Ausschuss auch in Zukunft wichtigste Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Politik in Bezug auf die Rohstoffstrategie bleiben wird, machte Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle in seiner Rede zur Eröffnung des dritten BDI-Rohstoffkongresses im Oktober 2010 nochmals deutlich (Brüderle 2010). Nur sechs Tage zuvor hatte das Bundeskabinett die neue Rohstoffstrategie der Bundesregierung verkündet.

Eine „kohärente gestaltende Rohstoffaußenpolitik“ soll die deutschen Unternehmen dabei unterstützen, ihre Rohstoffbezugsquellen zu diversifizieren. Dies kann z.B. über staatliche Kredite und Investitionsgarantien, geologische Vorerkundung oder eine verbesserte Datenbereitstellung erfolgen. Die Strategie baut auch auf eine Ausweitung der Förderung von Rohstoffen in Deutschland. So sollen Lizenzen zum Abbau leichter und schneller vergeben werden, u.a. in Schutzgebieten. Ergänzend sollen die Rahmenbedingungen für das Recycling verändert werden, um Sekundärrohstoffe besser zu erschließen. Auch die Material- und Substitutionsforschung soll ausgebaut werden. Zur besseren Beratung und Unterstützung der Wirtschaft wurde direkt 2010 die *Deutsche Rohstoffagentur* (DERA) als neue organisatorische Sonder Einheit der *Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe* (BGR) gegründet, der eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Rohstoffstrategie zukommt.

Ihre Aufgaben sind am Bedarf der Wirtschaft ausgerichtet, wie der Aufbau eines Rohstoffinformationssystems zur Verbesserung der Entscheidungsgrundlage der deutschen Wirtschaft oder der kundenspezifischen Beratung und Unterstützung von Unternehmen und Unternehmensverbänden. Doch auch die Bundesregierung soll fachlich unterstützt werden, z.B. bei Förderprogrammen zur Rohstofferkundung, Rohstoffgewinnung sowie Rohstoff- und Materialeffizienz und der Bewertung von Anträgen auf Garantien für Ungebundene Finanzkredite für Rohstoffvorhaben.

Darüber hinaus werden gezielte Kooperationen mit rohstoffreichen Ländern anvisiert. Sogenannte bilaterale Rohstoffpartnerschaften wurden bisher mit der Mongolei, Kasachstan und Peru abgeschlossen. Zusätzlich wurde ein Abkommen mit Chile abgeschlossen. Unternehmen sollen im Rahmen dieser Partnerschaften konkrete Projekte vor Ort entwickeln, während von staatlicher Seite die sichere Versorgung mit Rohstoffen über Sektorkonzepte und Länderstrategien in der Entwicklungszusammenarbeit verankert wird.

Zur Unterstützung der Wirtschaft vor Ort fördert das BMWi seit 2010 gezielt den Aufbau von Bergbau- und Rohstoff-Fachkompetenzen in den AHKs (Außenhandelskammern) ausgewählter rohstoffrelevanter Länder. In Zusammenarbeit mit der DERA sollen diese als operative Instanz für die Umsetzung der Rohstoffstrategie der Bundesregierung im jeweiligen Land agieren (Germany Trade and Invest 2014).

Nach Chile und Kanada folgten die AHK Australien, Südliches Afrika und Peru. Die AHK Südliches Afrika ist auch für die rohstoff- und konfliktreiche DR Kongo zuständig, Hauptlieferant für Kobalt in der EU (vgl. Kasten 6: Konfliktminerale).

Im Einklang mit der europäischen Rohstoffinitiative setzt die deutsche Rohstoffstrategie voll auf Liberalisierung und Deregulierung von zusätzlichen Freihandelsabkommen, über eine kohärente Rohstoffdiplomatie bis zu den Klagemöglichkeiten im Rahmen der WTO. Für die Umsetzung der Handelspolitik ist allerdings die EU zuständig.

⁶ Der Beitrag zur Deutschen Rohstoffstrategie stammt aus Blume et al. (2011: 4–5). Der Text wurde an einigen Stellen leicht verändert, gekürzt und um Entwicklungen, die nach der Veröffentlichung stattfanden, ergänzt.

2.2. Der Stoff der Strategie

Im November 2008 präsentierte der EU-Vizepräsident Günter Verheugen (SPD) die europäische Rohstoffinitiative (RMI – Raw Materials Initiative): Sicherung der Versorgung Europas mit den für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Gütern. Diese Strategie nimmt Bezug auf mineralische nicht-energetische Rohstoffe und basiert auf drei Grundpfeilern, über die gemeinsam die Rohstoffsicherheit Europas verbessert werden soll (Europäische Kommission 2008):

- (1) Diskriminierungsfreier Zugang zu den Rohstoffen auf dem Weltmarkt
- (2) Dauerhafte Versorgung mit Rohstoffen aus europäischen Quellen
- (3) Senkung des Primärrohstoffverbrauchs in der EU.

In dieser Studie konzentrieren wir uns auf die Ziele und Maßnahmen, die die Kommission unter dem ersten Pfeiler aufführt. Dieser Bereich nimmt den weitaus größten Umfang in der RMI ein und beinhaltet die meisten Unterpunkte. Zusammengefasst geht es der EU darum, die Handelsbedingungen auf dem Weltmarkt für ihre Unternehmen zu verbessern und ihnen einen direkten Zugang zu den Rohstoffen zu ermöglichen.

„Aus globaler geologischer Sicht ist für die meisten auf der Welt verwendeten Rohstoffe kurzfristig keine Verknappung zu befürchten. Doch dass diese Stoffe geologisch vorhanden sind, heißt noch nicht, dass sie für Unternehmen in der EU auch zugänglich sind. Vielmehr gefährden grundlegende Veränderungen der Weltmärkte die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie“ (Europäische Kommission 2008: 4).

Unter dem Titel „aktive Rohstoffdiplomatie“ sollen die verschiedenen Bereiche der EU-Außenpolitik, wie Außenbeziehungen, Handel, Entwicklung, Sicherheit u.a., koordiniert werden, um den „diskriminierungsfreien Zugang“ zu Rohstoffen zu sichern. Denn das Hauptproblem sind laut der Kommission staatliche Maßnahmen, die den internationalen Rohstoffhandel verzerren. Sie identifizierte über 450 Exportrestriktionen für über 400 verschiedene Rohstoffe. China, Russland, die Ukraine, Argentinien, Südafrika und Indien wurden als diejenigen Länder genannt, welche am häufigsten Maßnahmen zur Beschränkung von Rohstoffexporten einsetzen. Kritisiert wird insbesondere, dass diese Länder ihrerseits teils über einen zollfreien oder -reduzierten Zugang zum EU-Markt für die dazugehörigen Endprodukte verfügten (vgl. Kasten 4: Der Handel in Akronymen).

In allen Foren und in allen Verhandlungen von WTO-Beitritt über bilaterale FTAs bis zu Dialogen über Regulierungsfragen soll der Zugang zu Rohstoffen vorrangiges Ziel werden. Auf WTO-Ebene will die EU sich für weniger Exportbeschränkungen sowie verbesserte Regeln gegen staatliche Subventionen einsetzen und bestehende Mittel wie das WTO-Streitbeilegungsverfahren nutzen, um gegen protektionistische Exportbeschränkungen vorzugehen. Dabei geht es um eine ganze Palette von Maßnahmen, die entweder die Exportmenge eines Rohstoffes oder aber den Preis beeinflussen, wie Exportabgaben und -quoten, Subventionen, Festsetzung von Preisen, Preisdifferenzierung, bei denen unterschiedlichen Abnehmern⁷ andere Preise für das gleiche Produkt bzw. den gleichen Rohstoff bezahlen müssen (z.B. um lokale Industrie oder spezielle Allianzen zu fördern) und nicht zuletzt einschränkende Vorschriften für Investitionen.

Außerdem soll, gerade über die Entwicklungspolitik, ein günstiges Investitionsklima gefördert werden, das zur Erhöhung des Rohstoffangebots beitragen kann: **„Die Entwicklungspolitik sollte auch zur Entwicklung eines klaren rechtlichen und administrativen Rahmens beitragen, indem sie hinwirkt auf**

- **Zugang zu Rohstoffen für alle Unternehmen und Länder zu gleichen Bedingungen;**
- **mehr Transparenz bei der Vergabe von Abbau-lizenzen und der Verwendung der Einnahmen aus der Rohstoffförderung;**
- **gerechte Besteuerung – alle Wirtschaftszweige, auch der Bergbau, tragen ihren Teil zur Finanzierung des Staates bei.“**

(Europäische Kommission 2008: 9)

Aufschlussreich ist die abschließende Übersicht zum Konzept der RMI (ebd.: 14). Hier wird neben der Europäischen Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten alleine die Industrie als dritte Partei aufgeführt. Selbst bei der Neuausrichtung der Entwicklungspolitik ist nicht von den Partnerländern (oder der Zivilgesellschaft) die Rede. Doch Zielkonflikte gibt es in der Rohstoffwelt der Kommission ohnehin nicht: **„Es empfiehlt sich, die EU-Entwicklungspolitik auf diskriminierungsfreien Zugang der EU zu Rohstoffen auszurichten, damit EU und Entwicklungsländer gleichermaßen gewinnen“** (ebd.: 8). Auch der europäische Dachverband der Industrie, BusinessEurope, beruhigt, es gehe nicht etwa darum, die Entwicklungszusammenarbeit dazu zu nutzen, Minen in Afrika

⁷ Bei Worten wie „Abnehmer“ oder „Investor“ verwenden wir dann nicht die sonstige geschlechtergerechte Formulierung (AbnehmerInnen), wenn es nicht um Personen, sondern um Unternehmen, Körperschaften oder Ländergruppen, wie Kandidaten für Verhandlungen, geht.

zu übernehmen. Stattdessen könnte die Politik zum Aufbau bevorzugter Beziehungen zu bestimmten Ländern genutzt werden (BusinessEurope 2010: 3).

Andere Nettoimportländer von Rohstoffen, wie die USA, Japan oder Südkorea, haben ebenfalls Strategien entwickelt, wie sie ihre Versorgung mit Rohstoffen sichern können (Küblböck 2013: 5). Im Gegensatz zu der EU gibt die Strategie der USA jedoch keine konkreten Empfehlungen für die Handels- und Investitionspolitik (Ramdoo 2011).

2.3. Kritische Rohstoffe, Herausforderungen und Lösungsansätze

In der Weiterentwicklung der Rohstoffinitiative 2011 (Grundstoffmärkte und Rohstoffe: Herausforderungen und Lösungsansätze) schlägt die EU, wohl auch aufgrund des starken Gegenwinds aus der Zivilgesellschaft (Küblböck 2013: 7), einen kooperativeren Ton an und erweitert den Fokus der RMI. So werden der Energiemarkt, landwirtschaftliche Rohstoffe und die Rolle der Finanzmärkte thematisiert. Gleichzeitig wird versucht, die eigenen Ziele als allgemeingültig darzustellen und darüber zu rechtfertigen:

„Auf diesen Märkten betrachtet man mit zunehmender Sorge die Maßnahmen bestimmter Länder, die der Inlandsindustrie, u. a. durch Exportbeschränkungen, einen privilegierten Zugang zu Rohstoffen sichern. Diese Maßnahmen führen zu Verzerrungen auf den Weltmärkten sowie zu Unsicherheiten beim regelmäßigen Fluss der Grundstoffe. Sie können Industrie- und Entwicklungsländer gleichermaßen treffen, da praktisch keine Volkswirtschaft vollständig rohstoffautonom ist“ (Europäische Kommission 2011: 7).

Die allgemeinen Zielstellungen bleiben erhalten, so sollen rohstoffspezifische Anliegen wie Ausfuhrbeschränkungen und Investitionen (Schwerpunkte: Marktzugang, Inländerbehandlung, Investitionsschutz und freier Kapitalverkehr) stärker in laufende und zukünftige Verhandlungen der EU einbezogen werden, sei es im bilateralen, plurilateralen oder multilateralen Rahmen (ebd.: 19).

Um den eigenen Handlungsbedarf zu systematisieren, wurde ein Ansatz für die Definition „Kritischer Rohstoffe“ entwickelt (ebd.: 14). Kritisch bezieht sich nicht, wie man annehmen könnte, auf die sozialen und ökologischen Auswirkungen des Abbaus, sondern auf Lieferrisiken und Relevanz des Rohstoffs für die Industrie. Potenzielle Versorgungsengpässe gehen auf die

Alles im Interesse europäischer Werte (Foto: Nicola Jaeger, PowerShift e.V.)

Konzentration der Produktion sowie die geringe politische und wirtschaftliche Stabilität der Förderländer zurück. Das Risiko steigt, wenn ein Stoff nur schwer ersetzt und rückgewonnen werden kann. Für die Erarbeitung der Kritischen Rohstoffe wurde ein ExpertInnengremium eingerichtet, das 2010 seinen ersten Bericht vorlegte, indem 14 Rohstoffe als kritisch eingestuft wurden (Europäische Kommission 2010b).

Die Ad-hoc Arbeitsgruppe zu Kritischen Rohstoffen ergänzte 2013 die vorherige Auswahl von 41 Rohstoffen um weitere 13 und legte im folgenden Jahr die Ergebnisse seiner Analyse vor (Europäische Kommission 2014a: 3ff.). Von den 14 Kritischen Rohstoffen aus dem ersten Bericht behielten 13 diesen Status, die Seltenen Erden wurden in leicht und schwer gegliedert: Antimon, Beryllium, Kobalt, Fluorit, Gallium, Germanium, Indium, Magnesium, Natürliches Graphit, Niob, PGM (Platinmetalle), Seltene Erden (schwer),



Abb. 4: Karte der Hauptproduzenten der 20 als „kritisch“ eingestuften Rohstoffe (Quelle: Europäische Kommission 2014a: 5)

20

Seltene Erden (leicht) und Wolfram. Weitere sechs kamen neu hinzu: Borate, Chromit, Koks-
kohle, Magnesit, Phosphatgestein und Silizium-
metall (vgl. Abb. 4). Tantal wird nicht weiter als
kritisch eingestuft, da Australien aufgrund der
gestiegenen Preise für Tantal seine Produktion
erhöht hat und außerdem Brasilien als neuer
Produzent dazugekommen ist, so dass die Ab-
hängigkeit von der DR Kongo mittlerweile gerin-
ger ist (ebd.: 25).

Zu diesem sowie allen anderen Themen der
Rohstoffinitiative bleibt die Zusammenarbeit
zwischen der europäischen Kommission und der
Industrie eng. Dass Koks-
kohle als energetischer
Rohstoff in die Liste der Kritischen Rohstoffe
aufgenommen worden ist, gehe beispielsweise
auf intensive Lobbyarbeit der Stahlindustrie zu-
rück, war aus vertraulichen Quellen aus Brüssel
zu hören.

Bevor es in Kapitel 4 um die Umsetzung der
RMI im Besonderen sowie der Handels- und
Investitionspolitik mit Bezug auf Rohstoffe im
Allgemeinen gehen wird, wollen wir zunächst
im folgenden Kapitel den Blick auf den welt-
weiten Rohstoffhandel und seine Regeln sowie
Politikmaßnahmen einiger Länder des Globalen
Südens lenken.

3. Rohstoffe global: Steuern, Klagen, Alternativen

Entwicklungsstrategien und Initiativen rohstoffreicher Länder gehen teils in eine andere Richtung als von der EU gewünscht:

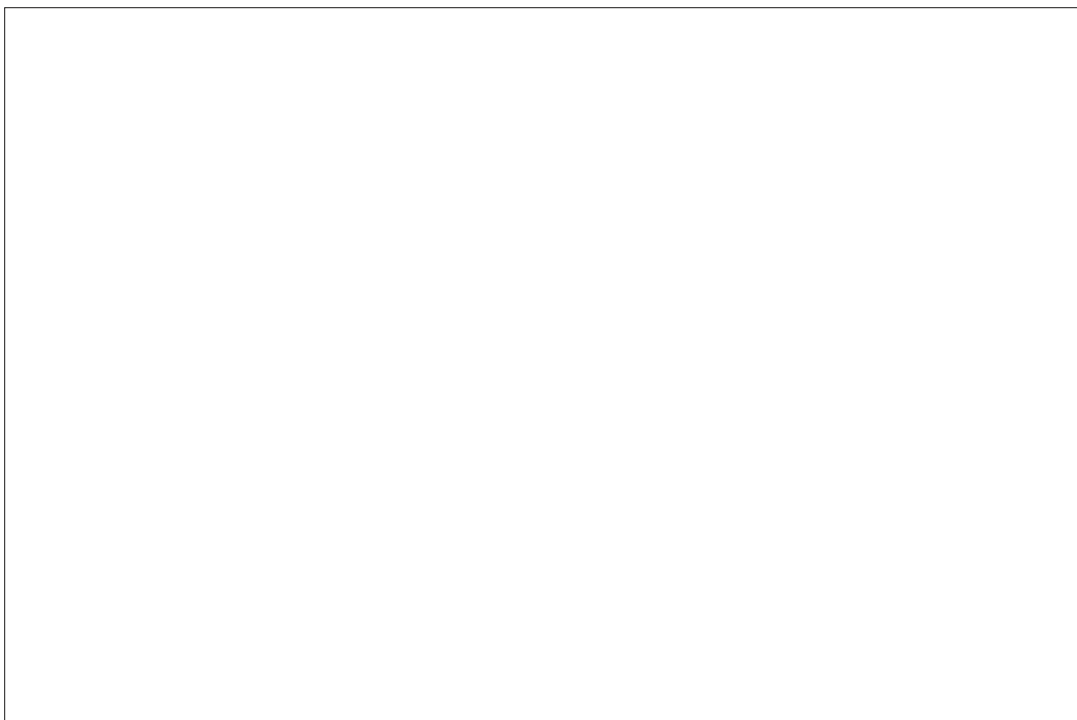
„Es bleibt das Bestreben der EU, Ausfuhrzölle auf Industrierohstoffe aus dem Weg zu räumen, doch zeigen die ersten Runden der laufenden Verhandlungen, in welch zunehmend schwieriger Lage sich die Gesprächspartner der EU befinden, von denen viele Ausfuhrzölle als Teil ihrer allgemeineren Wirtschaftspolitik einsetzen“ (Europäische Kommission 2014b: 3).

Diese Länder versuchen, die noch immer herrschenden, kolonialen Strukturen des Welthandels aufzubrechen. Diese Nord-Süd-Ungleichgewichte wurden durch die Welthandelsordnung zementiert. Während die früheren Kolonien weiterhin hauptsächlich unverarbeitete Rohstoffe exportieren, die in der Wertschöpfungskette weit unten stehen, exportieren die ehemaligen Kolonialstaaten und führenden Industrienationen verarbeitete Produkte mit entsprechend höheren Gewinnspannen und Preisen. Um verarbeitete Produkte und landwirtschaftliche Erzeugnisse möglichst ungehindert exportieren zu können, drängen die Industriestaaten seit Beginn der post-kolonialen Ära auf den Abbau von Einfuhrbeschränkungen im Globalen Süden,

z.B. in Form von Zöllen oder Subventionen. Rohstoffe sollen wiederum möglichst ungehindert importiert werden können. Deshalb sollen Ausfuhrbeschränkungen, welche den Zugang der Industrien zu günstigen Rohstoffen gefährden könnten, weltweit verboten werden (vgl. 3.1.). Neben nicht-tarifären Exportbeschränkungen in Form von Quoten, Lizenzen oder Verboten, spielen vor allem Ausfuhrsteuern auf Rohstoffe eine zentrale Rolle in der Handelspolitik (WTO 2014: 163). Dass solche Ausfuhrbeschränkungen ein wichtiges Mittel zur Verfolgung von entwicklungs-, industrie- und umweltpolitischen Zielen sein können, ignorieren die industrialisierten Länder (vgl. 3.2.). Ebenfalls unerwähnt bleiben die vergleichsweise hohen Einfuhrzölle, die die rohstoffimportierenden Länder ihrerseits auf halbfertige und fertige Produkte verhängen. Ausfuhrsteuern können demnach als Reaktion auf die Praxis der Zolleskalation der Industrieländer verstanden werden, bei der die Einfuhrzölle mit dem Grad der Verarbeitung des importierten Produkts ansteigen (WTO 2014: 165).

Die Beispiele dieses Kapitels verdeutlichen, wie schwierig es in der Praxis ist, sich aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit zu befreien. Weder erheben wir den Anspruch auf Vollständigkeit, noch können wir bewerten, wie wirkungsvoll,

Keine Sorge, der will nur handeln – Protest gegen „Corporate Global Europe“ vor Konferenz der Europäischen Kommission in Brüssel am 16. März 2015 (Foto: CorporateTrade, Flickr mit cclicense)



sozialgerecht oder ökologisch verträglich, die vorgestellten Ansätze sind. Doch die Entscheidung, ob und wie die natürlichen Ressourcen genutzt werden, muss bei den Ländern und vor allem bei den vom Bergbau betroffenen Gemeinden liegen. Genau dieser politische Handlungsspielraum wird allerdings durch den stetigen Ausbau des Freihandelsregimes – von WTO bis zu (bilateralen) Investitionsverträgen und Freihandelsabkommen – sowie die dadurch wachsende Macht der Bergbaukonzerne mehr und mehr beschnitten (vgl. 4.3).

3.1. Rohstoffe und Exportsteuern in der WTO

Das zentrale Ziel der WTO ist es, einen institutionellen und rechtlichen Rahmen für die Liberalisierung des Warenhandels zu schaffen.

„Tarifäre Handelshindernisse wie Zölle oder Exportsubventionen, und nicht-tarifäre wie Quoten, Local-Content-Klauseln⁸ oder Produkt(ions)standards sollen sukzessiv abgebaut werden. Jedes Mitglied legt Zollgrenzen für Produktgruppen fest, die zwar unter-, keinesfalls jedoch überschritten werden dürfen. Zu weiteren Grundprinzipien der WTO, die von allen Mitgliedern eingehalten werden müssen, gehört zum einen das so genannte Most-favoured-nation (MFN) Prinzip. Dieses besagt, dass der jeweils festgelegte Zollsatz bedingungslos für alle Mitglieder der WTO gleichermaßen gelten muss (GATT, Art. I). Zum anderen ist die so genannte National-Treatment-Regelung von Bedeutung (GATT, Art. III). Sie besagt, dass Waren gleicher Art (like products) auf den jeweiligen Märkten der Mitgliedsländer unabhängig von ihrer Herkunft gleich behandelt werden müssen. Verstößen Mitglieder gegen diese Prinzipien können benachteiligte – oder sich benachteiligt führende – Parteien Beschwerde beim so genannten Dispute Settlement Body der WTO einreichen und in einem weiteren Schritt ein Streitschlichtungsverfahren einleiten“ (Danker et al. 2013: 20f.).

Doch es gibt Ausnahmen: In regionalen Abkommen zur wirtschaftlichen Integration dürfen sich die Partnerländer auf weitergehende Liberalisierungen einigen, den Rest der Welt davon jedoch ausschließen. Genau solche Abkommen will die EU nutzen, um ihren Zugang zu Rohstoffen zu verbessern (vgl. Kapitel 2 zur Strategie und 4 zur Umsetzung).

Es gibt bislang kein eigenes Abkommen über den Handel mit Rohstoffen in der WTO. Doch Export- und Importbeschränkungen, die auf quantitativ begrenzte Lizenzen oder Quoten setzen, sind unter dem GATT (*General Agreement on Tariffs and Trade*) der WTO im Allgemeinen verboten. Das schließt auch ein komplettes Ausfuhrverbot von Rohstoffen ein. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn das Land beweisen kann, dass die Ausfuhr beschränkt wurde, um einer kritischen Knappheit zuvor zu kommen (Art. XI, para. 1 GATT/WTO), gleichzeitig auch die inländische Nutzung eingeschränkt wird (Art. XX (g) GATT/WTO) oder auf der Basis von zwischenstaatlichen Rohstoffabkommen (Art. XX (h) GATT/WTO) (Stürmer 2008: 130). China konnte sich in zwei Streitfällen nicht mit seinen Begründungen für solche Ausnahmen durchsetzen (vgl. 4.4.).

Ausfuhrsteuern hingegen sind prinzipiell erlaubt und waren lange Zeit kein Thema. Erst mit den Veränderungen am Rohstoffmarkt wurden sie bedeutender. Die Europäische Kommission reichte im Rahmen der Doha-Verhandlungsrunde bereits 2006 einen Vorschlag ein, nach dem Exportsteuern, mit einigen Sonderregeln für die LDCs (Least Developed Countries), mittelfristig abgeschafft werden sollten (Stürmer 2008: 135). Da sich kein Konsens – oder Ende – in den Doha-Verhandlungen abzeichnet, will die EU diese Forderung in multi- und bilateralen Verhandlungen durchsetzen. Auch ein Beitritt zur WTO kann an Bedingungen und Zugeständnisse geknüpft werden, die über das hinausgehen, was für alle anderen Mitglieder gilt (vgl. 4.2.).

Auf der WTO-Ministerkonferenz in Bali 2013 wurde zum ersten Mal seit der Gründung der WTO 1994 ein multilaterales Übereinkommen getroffen (Malig 2014). Das Herzstück der Einigung von Bali ist das rechtlich bindende Abkommen über Handelserleichterungen (Trade Facilitation Agreement). In dem Abkommen wird nicht direkt auf Rohstoffe Bezug genommen, doch es könnte tendenziell bestehende Handelsstrukturen und -ungleichgewichte weiter verfestigen. Das *South Centre* sieht die Gefahr, dass nur diejenigen Länder, die ohnehin viele und höherwertige Produkte exportieren, von dem Abkommen mit seinen Vereinfachungen, Harmonisierungen und Standardisierungen von Grenzbefreiungen profitieren werden. Viele Länder des Globalen Südens bräuchten ganz andere Formen der Handelserleichterungen, um mehr exportieren zu können, und könnten die Mittel zur Umsetzung dieser Regelungen besser anderweitig verwenden (South Centre 2014).

⁸ Local-content-Klauseln sind Vorschriften, die Vorgaben zur Herkunft bestimmter Produkte bzw. von Produkt(an)teilen machen, z. B. dass 50 Prozent der verwendeten Materialien aus dem Inland stammen müssen.

3.2. Exportsteuern – Das Beispiel Vietnam

Obwohl sich die Kommission dafür einsetzt, Exportsteuern und andere Exportbeschränkungen auf Rohstoffe soweit wie möglich zu verbieten, erkennt sie ihren Nutzen an: **„Bis heute erheben viele Länder Handelsbeschränkungen auf Rohstoffe oder andere nur geringfügig verarbeitete Produkte. Dies ist logisch, denn Maßnahmen wie Ausfuhrsteuern sollen gewöhnlich der Förderung von wertschöpfenden Aktivitäten dienen“** (Europäische Kommission 2007b: 1).

Ausfuhrsteuern führen nicht zwangsläufig zu Vertiefung der Wertschöpfungskette. Aber sie können zur Entwicklung wettbewerbsfähiger Industrien sowie beim Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen beitragen (ICTSD 2014: 6ff.). Indem die Ausfuhr bestimmter Rohstoffe besteuert wird, erlangen weiterverarbeitende Industrien vor Ort einen komparativen Kostenvorteil. Gelingt es unter diesem (temporären) Schutz, die Weiterverarbeitung und Fertigung sowie damit verbundene Dienstleistungen im Land zu fördern, können sich diese Länder aus ihrer Abhängigkeit als reine Rohstofflieferanten befreien.

„Im Rahmen der WTO wird allgemein anerkannt, dass unter allen Exportbeschränkungen Ausfuhrsteuern im Vergleich zu anderen Arten der Kontrolle zu den am wenigsten schädlichen Exportkontrollmechanismen gehören. Ausfuhrsteuern erhöhen Staatseinnahmen, sind transparent und einfacher anzuwenden“ (Curtis 2010: 16).

Aus diesem Grund erheben Länder wie Vietnam Ausfuhrsteuern auf viele metallische Rohstoffe. In dem südostasiatischen Land sind diese Teil des 2011 aufgestellten Masterplans für den Bergbau. Ziel ist es, bis 2020 die Wertschöpfung der Bergbau- und Schwerindustrie zu vertiefen. In neuen Industriezentren sollen die Rohstoffe noch im Land verarbeitet werden. In der OECD-Liste der Produkte, die am häufigsten mit Exportsteuern belegt werden, finden sich 13 metallische und mineralische Rohstoffe und auf alle erhebt Vietnam Exportsteuern (OECD 2014: 28).

Die Besteuerung ist mehrstufig angelegt, d.h. je geringer der Verarbeitungsgrad desto höher der Steuersatz. In Bezug auf Eisen bedeutet das beispielsweise, dass für Eisenerz und -konzentrate eine Exportabgabe von 40 Prozent gezahlt werden muss, während für Eisen und Stahl (auch Schrott) 15 bis 17 Prozent fällig sind (ebd.: 29).

Mark Curtis (2010) beschreibt die Anwendung von Ausfuhrbeschränkungen und Vorteile für Entwicklung in „Die neue Jagd nach Ressourcen“.

Fertige Produkte aus Stahl oder Stahllegierungen werden bei Export nur mit zwei Prozent besteuert. Ähnlich ist die Staffelung bei Kupfer: 30 Prozent für Erze und Konzentrate, 22 Prozent für Kupferabfälle und -schrott und 10 bis 20 Prozent für Halbfertigprodukte aus Kupfer.

Ausfuhrsteuern sind Bestandteil eines ganzen Bündels an Maßnahmen, mit denen die Regierung, die Weiterverarbeitung und Wertschöpfung im eigenen Land zu erhöhen, versucht. Ab 2020 soll der Export unverarbeiteter Rohstoffe verboten werden (Mining Weekly 2014). Um bis dahin die entsprechende Weiterverarbeitung im Land aufzubauen, gelten seit 2012 eine Reihe von Regelungen im Bergbausektor (Mondaq 2012). Neue Förderlizenzen bei einigen Rohstoffen, wie beispielsweise Zink, Gold und Kupfer, werden an Bedingungen für eine lokale Weiterverarbeitung gekoppelt. Die Ausfuhr von unverarbeitetem Titan, Seltenen Erden und Kohle muss vom Ministerpräsidenten genehmigt werden. Für einige unverarbeitete metallische Erze wurde bereits ein Ausfuhrverbot erteilt. Allgemein werden Förderlizenzen nun versteigert; Verlängerungen sind an Bedingungen geknüpft. Ergänzend wurde eine neue Gebühr zusätzlich zur Förderabgabe für alle neuen Bergbauprojekte eingeführt und die Körperschaftssteuer für Bergbauaktivitäten in Bezug auf Platin, Gold, Silber, Zinn, Wolfram, Antimon, Edelsteine und Seltene Erden drastisch erhöht.

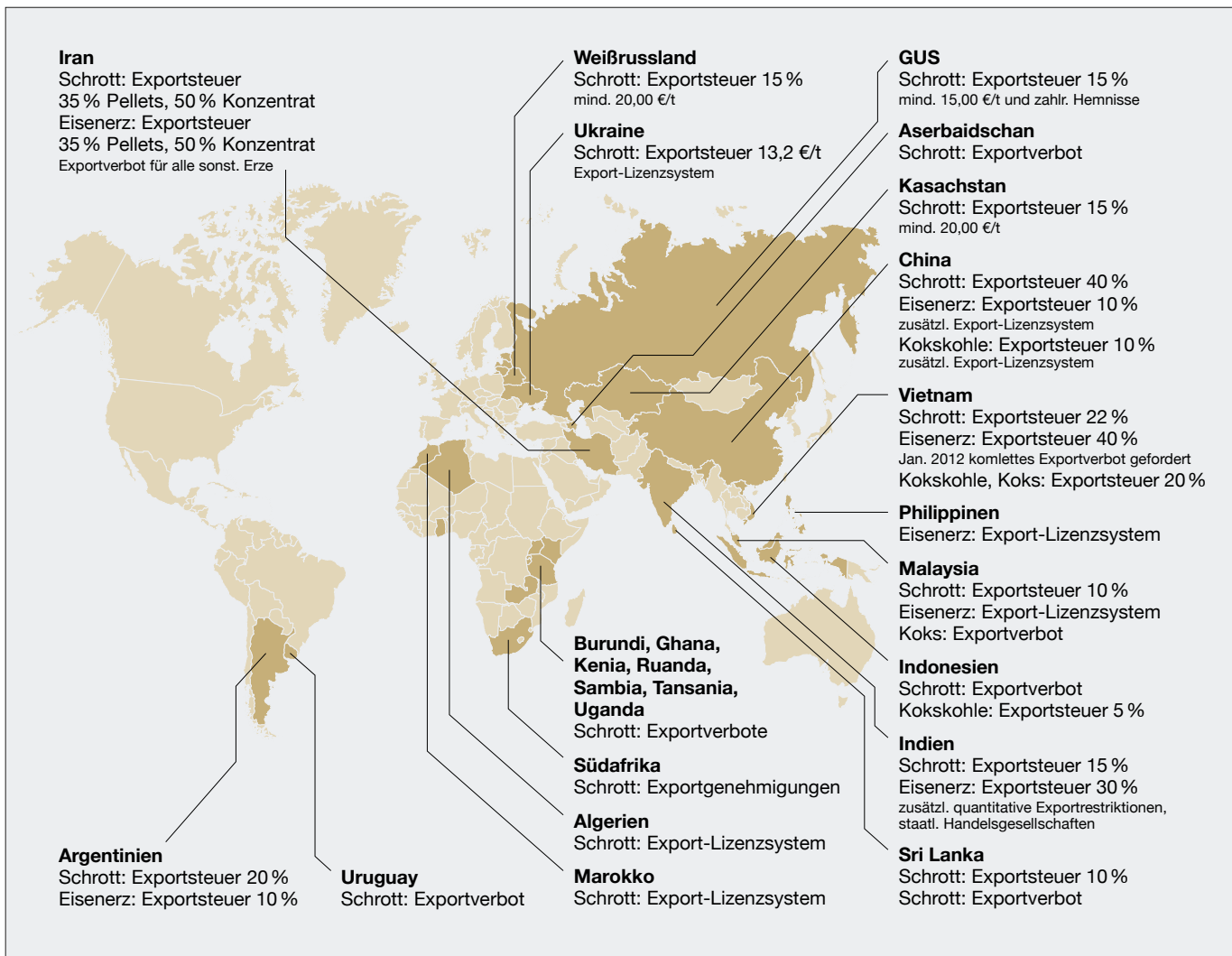


Abb. 5: Eine Auswahl an Handelshemmnissen bei Schrott, Eisenerz, Kohle und Koks (Quelle: BDI 2015: 21)

Der BDI setzt sich grundsätzlich gegen jede Art von Ausfuhrbeschränkungen ein. So kritisiert der Verband die **„zunehmende Abschottung der Rohstoffmärkte“** und verdeutlicht sie anhand einer **„Auswahl an Handelshemmnissen bei Schrott, Eisenerz, Kohle, Koks“** auf einer Karte (vgl. Abb. 5). Vietnam ist mit seinen Exportzöllen auf alle ausgewählten Rohstoffe gelistet. Da Vietnam zugleich als ein Land mit einem hohen Potenzial zum Abbau bestimmter Rohstoffe, wie beispielsweise Bauxit, gilt (Anderson/Perez-Rocha 2013: 2), dürften die Verhandlungen zu einem FTA zwischen der EU und Vietnam auf großes Interesse seitens der europäischen Industrie gestoßen sein (vgl. 4.3.13).

Keine Regel ohne Ausnahme: Während alle anderen Länder ihre Exportbeschränkungen, ob auf Schrott oder anderes, abschaffen sollen, wird bei den eigenen Rohstoffen mit einem anderen Maß gemessen. Denn in Europa **„stellen vor allem Schrotte von elektrotechnischen Gebrauchsgütern eine wichtige Sekundärrohstoffquelle für Unternehmen dar“** (BDI 2015: 13), die nicht so einfach wieder dem Weltmarkt überlassen

werden sollte: **„Illegalen Abfluss von Sekundärrohstoffen unterbinden“** fordert daher der BDI (ebd.: 15).

Kasten 2

Philippinen: Es gibt einen Plan B!

In den Philippinen setzen sich AktivistInnen seit Jahren für ein alternatives Bergbaugesetz ein, das einen Maßstab für verantwortungsvollen Bergbau in Entwicklungsländern setzen könnte.

Jan Pingel, philippinenbüro e.V.

Seit Jahren kämpft in den Philippinen ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis für ein alternatives Bergbaugesetz. Dieses würde die Mitspracherechte lokaler Akteure der Zivilgesellschaft erhöhen, den Umweltschutz stärken und die Rechte von Unternehmen im Bergbausektor einschränken. Politische und wirtschaftliche Kräfte, die den Status quo erhalten wollen, sind jedoch stark und einflussreich.

Die Philippinen haben eine lange Bergbautradition und sind noch immer reich an Rohstoffen, vor allem Nickel, Chromit, Gold und Kupfer. Daher ist der Inselstaat zu einem begehrten Ziel nationaler und internationaler Bergbauinvestitionen geworden. Seitdem die Rohstoffförderung durch das Bergbaugesetz von 1995 weitgehend liberalisiert worden ist, haben die negativen Auswirkungen auf Menschen und Umwelt drastisch zugenommen. Schon 1996 kam es zur Umweltkatastrophe von Marinduque, als ein Rückhaltebecken des kanadischen Konzerns *Marcopper* brach und drei bis vier Millionen Tonnen Giftschlamm den Boac River sowie den Makulapnit River verseuchten. Beide gelten bis heute als ökologisch tot.

Wer sich quer stellt, wird bedroht

Versuchen lokale Gruppen und Organisationen sich mit rechtlichen Mitteln gegen Umweltzerstörung zu wehren, werden sie oftmals bedroht und eingeschüchtert. MenschenrechtsverteidigerInnen berichten seit vielen Jahren von gravierenden Menschenrechtsverletzungen im Land. Seit 2001 wurden mehr als 1.500 politische Morde verübt. Viele der Opfer waren AktivistInnen und Angehörige indigener Gemeinschaften, die sich für die Umwelt und gegen Bergbau engagiert hatten. Allein in den letzten drei Jahren wurden mehr als 100 Indigene ermordet.

Aufgrund der menschenrechtlichen und ökologischen Auswirkungen sind große Teile der Zivilbevölkerung kritisch gegenüber Bergbauaktivitäten in ihren Regionen eingestellt. Zuweilen erhalten sie auch Unterstützung von lokalen und regionalen PolitikerInnen. In South Cotabato (Mindanao) wurde 2010 ein lokales Umweltgesetz verabschiedet, dass offenen Tagebau in der Provinz verbietet. Diese lokale Gesetzgebung, die Bergbauaktivitäten

AktivistInnen durchqueren einen Fluss in Zambales, den die Nickelrückstände rot-braun gefärbt haben

(Foto: Michael Reckordt, PowerShift e.V.)

wenn auch nicht obligatorisch ausschließt, doch vor allem die zerstörerische Variante des offenen Tagebaus verbietet, hat viele Nachahmer gefunden. Viele Provinzen haben mittlerweile regionale Erlasse gegen Bergbau abgesegnet, auf kommunaler Ebene kommen weitere Einschränkungen hinzu.

Den rechtlichen Rahmen für die Rohstoffausbeutung setzt neben einem Gesetz über Kleinbergbau von 1991 bisher das Bergbaugesetz von 1995 (Mining Act of 1995). Dieses liberalisierte den Sektor weitgehend, um durch Investitionen in den Bergbau Wirtschaftswachstum zu schaffen. Bergbaukritische zivilgesellschaftliche Gruppen haben lange Zeit in erster Linie gegen dieses Bergbaugesetz von 1995 gekämpft, weil es die Aktivitäten von Bergbauunternehmen kaum reguliert und die sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und ökologischen Rechte der vom Bergbau betroffenen Gemeinden nicht garantiert. Weiterhin trägt der Bergbausektor weniger als ein Prozent zum BIP bei, spielt beim anhaltenden Wirtschaftswachstum also kaum eine Rolle.

In den vergangenen 20 Jahren gab es nur schwache Versuche diese Situation legislativ zu verändern. Zwar erließ Präsident Benigno Aquino III 2012 ein Dekret, das auf mehr Umweltschutz, erhöhte staatliche Einnahmen und verantwortungsvollen Ressourcenabbau zielte, die Hoffnung, dass sich hierdurch soziale Aspekte und das Recht der Gemeinden auf Mitsprache verbessern, wurde aber enttäuscht.

Die Alternative: mehr Mitbestimmung!

AktivistInnen und Indigene gründeten im Jahr 2004 das breite Bündnis „Allianz gegen Bergbau“ (Alyansa Tigil Mina). Dem Bündnis gehören NGOs, Menschenrechts-, Umwelt- und Kirchengruppen

sowie indigene Gemeinschaften an. Sie haben einen eigenen, alternativen Gesetzesentwurf erarbeitet und vorgelegt, da sie die aktuellen Bestimmungen entschieden ablehnen, ein Zurück zu dem Zustand vor 1995 aber nicht als Lösung betrachten.

Mit dem *Alternative Minerals Management Bill* (AMMB) wurde ein Gesetzesentwurf erarbeitet, der das bestehende Gesetz von 1995 ersetzen soll. Das alternative Bergbaugesetz zielt auf eine nachhaltige, rationale und bedürfnisorientierte Verwaltung der Mineralien ab. Die maximale Ausdehnung einzelner Bergbauprojekte sowie die mögliche Nutzungsdauer sollen eingeschränkt werden und die Einnahmen einer ökologisch-industriellen Modernisierung dienen. Die wichtigsten Inhalte des AMMB beziehen sich auf die Bewahrung und nachhaltige Verwendung der Rohstoffe, das Recht indigener Gruppen, über die in ihren Gebieten liegenden Vorkommen zu entscheiden und die Etablierung von Schutzgebieten und Verbotszonen für Bergbau in ökologisch sensiblen Gebieten. Für die Umwelt- und Menschenrechtsbewegung bedeutet das AMMB einen wichtigen Schritt hin zu mehr Mitbestimmung. Um eine Verabschiedung des Gesetzes zu erwirken, haben sich die BefürworterInnen in der Kampagne „SoS-YB“ (Save our Sovereignty – Resources for the People) zusammengeschlossen.

Die Widerstände gegen das alternative Gesetz im philippinischen Kongress sind stark. Ein Großteil der Abgeordneten stammt aus Familien und Clans der wirtschaftlichen und politischen Elite des Landes und ist selbst an Geschäften mit Land, Energie und Infrastruktur beteiligt. Ein neues Bergbaugesetz, das soziale- und Umweltauflagen erhöht und die Investitionen in den Bergbausektor einschränkt, steht daher den wirtschaftlichen und politischen Interessen dieser Abgeordneten entgegen. Auch wenn die Aussichten, dass das AMMB zeitnah verabschiedet wird, nicht allzu gut sind, setzen sich NGOs mit Nachdruck dafür ein und versuchen Abgeordnete zu überzeugen, das Gesetz zu unterstützen.

Neben dem Versuch das alternative Gesetz in die nationale Politik einzubringen, spielen sich wichtige Prozesse auf der lokalen und internationalen Ebene ab. AktivistInnen führen Informationsveranstaltungen durch, um so der Thematik und dem alternativen Gesetz mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Gleichzeitig wird das AMMB mit Blick auf den Weltklimagipfel im Dezember 2015 in Paris in Stellung gebracht, wo die Zusammenhänge

von Bergbau, Klimagerechtigkeit und der Reduzierung von Katastrophen thematisiert werden. Die Kampagne betont außerdem einen zehnpunktigen umfassenden Menschenrechtsplan für den Bergbausektor, der sich für die Einhaltung der Menschenrechte in den von Bergbau betroffenen Gebieten einsetzt. Auch im Rahmen aktueller internationaler Prozesse und Diskussionen – wie den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und dem UN Binding Treaty – bringt sich die philippinische Zivilgesellschaft aktiv ein und betont die Auswirkungen des Bergbaus im Land.

Aufgrund des Widerstands gegen das umfassende Gesetz im philippinischen Kongress, besteht die neueste Strategie darin, einzelne Teile des Gesetzes separat durchzubringen. So hat das Abgeordnetenhaus bis Juni 2015 bereits zehn Gesetzesentwürfe verabschiedet, die in einigen Provinzen und Distrikten den Bergbau verbieten würden. In diesen Fällen bedarf es aber noch einer Zustimmung durch den Senat.

Bis zur Verabschiedung eines alternativen Bergbaugesetzes in den Philippinen, das einen Maßstab für verantwortungsvollen Bergbau in den Ländern des Globalen Südens setzen könnte, ist es noch ein langer, steiniger Weg. Von Seiten der philippinischen Zivilgesellschaft wird noch viel Überzeugungsarbeit auf verschiedenen Ebenen geleistet werden müssen. Denn das erarbeitete Gesetz ist Transformationsarbeit, die eng mit dem Widerstand und den Kämpfen der vom Bergbau betroffenen Gemeinden zusammenhängt. Beides verstärkt sich gegenseitig.

Literatur:

- philippinenbüro e.V./Reckordt, Michael/Breining, Lilli (2012) (Hrsg.): Rohstoffrausch. Die Auswirkungen von Bergbau in den Philippinen, Essen.
- Reckordt, Michael (2012): Wie Rohstoffe in Südost-/Ostasien zur Entwicklung beitragen könn(t)en. Das alternative Bergbau-Gesetz der Philippinen, Hrsg.: philippinenbüro e.V., Köln, online: http://www.asienhaus.de/public/archiv/bergbau-nr1_philippinen.pdf.
- SOS – Yamang Bayan Network (2012): Alternative Minerals Management Bill, Working Papers on the AMMB, Manila, online: http://alyansatigilmina.net/download/files/SOS-YB%20AMMB%20Reader_January%202012.pdf.

3.3. Investitionen und Investitionsschutz im Rohstoffsektor

Um sich aus der Abhängigkeit als Rohstofflieferant zu befreien, wollen viele Länder ihre Wirtschaft diversifizieren. Weiterverarbeitung und Produktion im Land zu fördern, kann über Exportsteuern versucht werden, aber auch – sowie ergänzend – über gezielte Investitionen. Noch immer konzentrieren sich ausländische Investitionen im Globalen Süden vorwiegend auf die Rohstoffförderung. Diesen Trend dürfte die RMI vermutlich noch verstärken. Ausländische Investitionen können positive Auswirkungen haben, Kapital sinnvoll ergänzen und durch lokale Verknüpfung vor- oder nachgelagerter Wirtschaftszweige Arbeitsplätze schaffen sowie Wissen und Fertigkeiten übertragen. Doch es gibt auch viele Negativbeispiele:

„In Rohstoffsektoren wie im Bergbau oder der Öl- und Gasindustrie haben ausländische Direktinvestitionen einen extrem schlechten Ruf – denn dort sind Sondersteuerabkommen die Regel, die nur zu geringen Staatseinkünften führen, während gleichzeitig kaum oder auch gar kein Technologietransfer stattfindet und nur wenige lokale Arbeitskräfte eine Beschäftigung finden. Hinzu kommen die Verdrängung der ansässigen Bevölkerung und Menschenrechtsverletzungen. Oft kaufen sich Investoren lediglich in lokale Unternehmen ein bzw. übernehmen sie ganz (brownfield-Investitionen), statt neue (Tochter-)Unternehmen zu gründen (greenfield-Investitionen). Fast ein Viertel der Gesamtinvestitionen in Afrika 2008 entfielen auf Fusionen und Übernahmen. Somit können ausländische Direktinvestitionen auch die Zerstörung lokaler Unternehmen bedeuten und langfristig die Chancen zur wirtschaftlichen Entwicklung einschränken“ (Curtis 2010: 28).

Das ist die eine Seite der Medaille: Investitionen fördern nicht zwangsläufig die weitere wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Aus diesem Grund haben die ökonomisch erfolgreichsten Länder, inklusive der meisten EU-Staaten, in der Vergangenheit den Zufluss ausländischer Investitionen reguliert, um darüber weitere positive Impulse für ihre wirtschaftliche Entwicklung erzielen zu können. Darüber hinaus können hier auch Vorgaben über die Einhaltung der ArbeitnehmerInnen-, Umwelt-, und Menschenrechte sowie anderer Standards gemacht werden.

Die andere Seite der Medaille ist der Schutz der ausländischen Investoren, wenn sie denn einmal im Land sind. Es gibt bereits mehr als 3.000 Investitionsschutzabkommen (Bilateral Investment

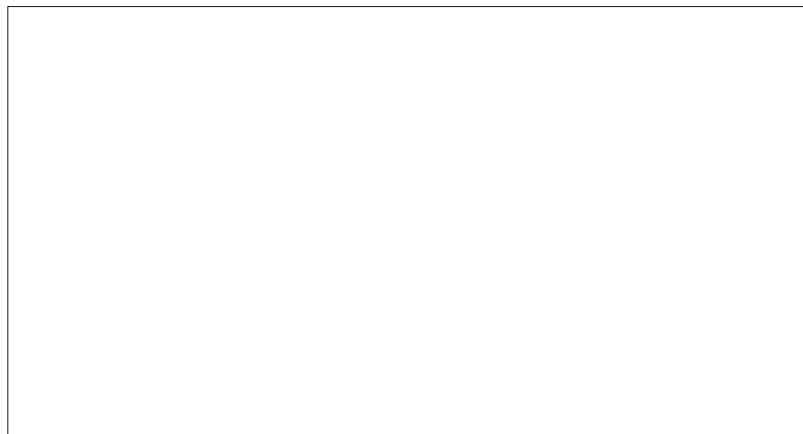


Abb. 6: Anzahl der bekannten ISDS-Fälle pro Jahr und kumulativ (Quelle: UNCTAD 2015a: 5)

Treaties: BITs) oder Investitionsschutzkapitel in FTAs weltweit. Solche Abkommen seien notwendig, um ausländische Investitionen anzuziehen, heißt es immer wieder. Das *South Centre* fasst eine Reihe von Studien über den Zusammenhang von BITs und ausländischen Direktinvestitionen zusammen und kommt zu dem Schluss: Es ist nicht nachweisbar, dass sich der Abschluss solcher Abkommen in irgendeiner Weise positiv auf den Zufluss von Investitionen auswirken würde (Carim 2015). Daher empfiehlt Xavier Carim, aktueller Botschafter Südafrikas bei der WTO, den afrikanischen Ländern erstens ihre bestehenden BITs dahingehend zu überprüfen, ob sie ein Risiko für Politikmaßnahmen zur strukturellen Transformation Afrikas darstellten. Zweitens sollten sie unterdessen keine neuen BITs abschließen und drittens überlegen, wie sie mit den existierenden BITs umgehen wollen. Viertens könne es sinnvoll sein, einen afrikaweiten Investitionsschutzrahmen zu entwickeln, der auch ein Schiedsgericht in Afrika beinhalten könne. Abschließend sollten sich die afrikanischen PolitikerInnen und ExpertInnen stärker in die weltweite Debatte um Investitionsschutz einbringen. Gerade im Bergbausektor nutzen Konzerne den Investitionsschutz häufig, um politische Entscheidungen von souveränen Staaten anzufechten.

3.4. Sonderklagerechte für Konzerne

Investitionsschutzabkommen bestehen im Wesentlichen aus drei Regelungsbereichen: Eine Definition dessen, was als „Investition“ gilt, die Schutzstandards, die Investoren genießen, sowie verschiedene Streitschlichtungsverfahren (Fritz 2014: 8). Neben der Möglichkeit der Streitschlichtung zwischen den beteiligten Regierungen (vgl. 4.4.), dem sogenannten Staat-Staat-Verfahren, erlauben die meisten BITs Unternehmen, die Gastländer direkt vor internationalen Schiedsgerichten zu verklagen und das ohne erst den nationalen Rechtsweg gehen zu

müssen: ISDS (*Investor-state dispute settlement*). Das Investor-Staat-Schiedsverfahren gewährt damit ausländischen Investoren ein Sonderklagerecht, das weder inländischen Unternehmen noch den Staaten selbst zur Verfügung steht. Diese Rechte erhalten Konzerne, ohne dass damit irgendwelche Pflichten, wie z.B. die Einhaltung von Arbeits- und Umweltschutzstandards, ihrerseits verbunden wären.

Während Konzerne bis in die 1990er Jahre kaum Klagen einreichten, explodierte die Anzahl der ISDS-Fälle in den letzten 15 Jahren geradezu (vgl. Abb. 6). Bis Ende 2014 zählte die *UN-Handels- und Entwicklungsorganisation* (UNCTAD) insgesamt 608 Investor-Staat-Verfahren (UNCTAD 2015a: 5). Die absolute Zahl der Verfahren kann durchaus höher liegen, da viele der Schlichtungsstellen ihre Fälle nicht veröffentlichen. Der Großteil der bekannten Streitfälle wird vor dem *International Center for Settlement of Investment Disputes* (ICSID) verhandelt, das bei der Weltbank in Washington angesiedelt ist. Andere Streitschlichtungsstellen sind die *UN-Kommission für internationales Handelsrecht* (UNCITRAL) oder die *International Chamber of Commerce* in Paris (Fritz 2014: 8).

101 Staaten wurden bisher ein- oder mehrmals verklagt (UNCTAD 2015a: 5). Während die Kläger überwiegend aus den OECD-Staaten kommen, werden überwiegend Nicht-OECD-Staaten verklagt (vgl. 4.3.25. und Karte S. 40/41). Allerdings nehmen die Klagen gegen OECD-Länder zu. Mit Abstand am häufigsten verklagt wurde Argentinien, gefolgt von Venezuela und dann Tschechien. Die klagenden Unternehmen stammen meistens aus den USA, gefolgt von den Niederlanden, Großbritannien und Deutschland.

„Viele der Klagen richten sich gegen Maßnahmen, die im legitimen öffentlichen Interesse ergriffen wurden, darunter Strafen für Umweltverschmutzung, ein Moratorium auf Fracking, Warnhinweise

auf Zigarettenschachteln, die Einführung von Mindestlöhnen, Obergrenzen für Wassergebühren, Verstaatlichungen maroder Banken oder Schuldenschnitte von Krisenstaaten. All diese Schritte unternahmen Regierungen aus gewichtigen sozialen, ökologischen, gesundheitlichen oder wirtschaftlichen Gründen. Dennoch zogen Investoren dagegen vor internationale Schiedsgerichte. Ihre Entschädigungsforderungen können Milliarden-Beträge erreichen“ (Fritz 2014: 9).

Von den 42 neuen Klagen in 2014 bezogen sich zehn auf den Sektor: Öl, Gas und Bergbau (UNCTAD 2015a: 7). Von allen jemals bei ICSID registrierten Fällen kommen insgesamt 26 Prozent aus dem Bereich „Öl, Gas und Bergbau“, der damit am häufigsten vertreten ist (ICSID 2015a: 12). Die folgenden Beispiele machen deutlich, wie darüber der politische Handlungsspielraum von Regierungen radikal beschnitten wird.

3.5. Exemplarische Klagen im Rohstoffsektor

Newmont Mining versus Indonesien

Um mehr aus den eigenen natürlichen Ressourcen zu machen und einen größeren Teil der Wertschöpfung im Land zu behalten, verabschiedete die indonesische Regierung 2009 ein Bergbaugesetz (Van der Pas/Riza 2014). Darin wurde erlassen, dass unverarbeitete Rohstoffe ab 2014 nicht mehr exportiert werden dürfen. Die Bergbaukonzerne sollen die Rohstoffe im Land verarbeiten (z.B. in Schmelzen und Raffinerien) und hatten fünf Jahre Zeit, um sich auf die geänderte Politik vorzubereiten. Für Kupferkonzentrate war eine längere Übergangsfrist bis 2017 vorgesehen, in den eine progressive Exportsteuer zwischen 20 und 60 Prozent erhoben werden sollte. Darüber hinaus sollte innerhalb von zehn Jahren durch Zukäufe die nationale Beteiligung an Förderunternehmen auf 51 Prozent erhöht werden.

Während sich der Staat mit dem Bergbaukonzern *Freeport* auf abgeschwächte Konditionen einigte, klagte der US-Bergbaukonzern *Newmont Mining* über seine niederländische Niederlassung *PT Newmont Nusa Tenggara* im Juli 2014 vor ICSID auf Schadensersatz. Newmont zog die Klage wenig später zurück, nachdem sich die Regierung auf eine außergerichtliche Ausnahmeregelung für den Konzern einließ (ebd.). Die Details der Einigung bleiben – wie in solchen Fällen üblich – unter Verschluss.

Der Fall veranschaulicht, wie Konzerne mit Hilfe von Schiedsverfahren nationale Gesetzgebungen unterwandern können, indem entweder Ausnahmeregelungen geschaffen, ganze Gesetzesinitiativen aus Furcht vor hohen Entschädigungszahlungen verworfen, verzögert oder abgeändert werden. In diesem Fall klagte *Newmont*, obwohl die indonesische Regierung bereits die Bedingungen der Verordnungen im Sinne der Bergbaukonzerne geändert hatte (Batubara 2015).

Besonders brisant ist, dass Indonesien gerade zuvor erklärt hatte, genau dieses BIT mit den Niederlanden, auf das sich *Newmont* berief, nicht verlängern zu wollen (Van der Pas/Riza 2014). Doch selbst wenn Indonesien jetzt, wie angekündigt, seine über 60 BITs kündigt, werden Konzerne über Bestandsklauseln in den Verträgen noch über Jahre die Möglichkeit haben, auf Schiedsgerichte zurückzugreifen.

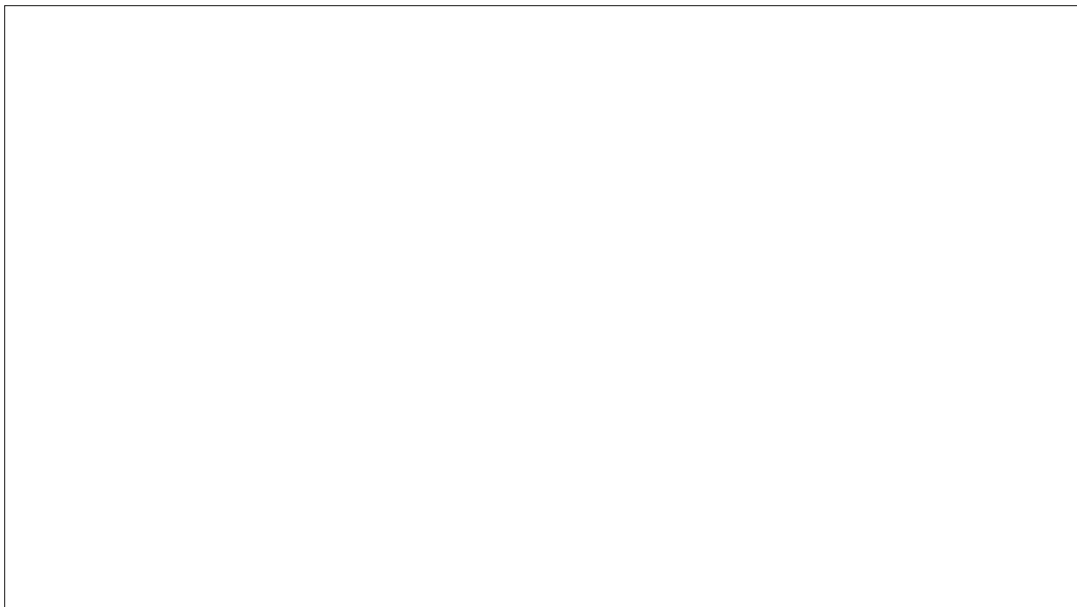
Gabriel Resources versus Rumänien

Der kanadische Bergbaukonzern *Gabriel Resources* versucht seit Ende der 1990er Jahre im rumänischen Rosia Montana die größten Goldreserven

Europas zu erschließen: 300 Tonnen Gold und 1.500 Tonnen Silber (Shah 2015). Dementsprechend riesig wäre der Eingriff in die Region. Zwei Berghänge sollen gesprengt werden, wofür ungefähr 2.000 Menschen umgesiedelt werden müssten. Zusätzlich würde das gesamte Tal mit den Abfällen der Mine, wie Zyanid-Schlamm, aufgefüllt. In der Vergangenheit sind immer wieder Giftstoffe ins Grundwasser gelangt oder durch Winderosion weiterverbreitet worden, so dass sich die lokale Bevölkerung große Sorgen macht, wie sich diese Mine gesundheitlich und ökologisch auf die Region auswirken wird. Gegen das Projekt protestieren neben verschiedenen Umweltschutzinitiativen die rumänisch-orthodoxe und katholische Kirche. Die rumänische Regierung bewilligte den Abbau 2013. Doch diese breite gesellschaftliche Widerstandsbewegung konnte erreichen, dass das Parlament Anfang 2014 ein Gesetz gegen das umstrittene Bergbauprojekt erließ, obwohl *Gabriel Resources* bereits während des Gesetzgebungsverfahrens damit drohte, Rumänien vor einem internationalen Schiedsgericht auf vier Milliarden US-Dollar Schadensersatz zu verklagen.

Anfang 2015 wandte sich der Konzern dann offiziell an die rumänische Regierung (Hartmann 2015). Als der sechsmonatige Zeitraum, in dem beide Parteien den Streitfall hätten beilegen können, ergebnislos verstrich, reichte *Gabriel Resources* im Juli 2015 Klage bei ICSID ein. Der Konzern, der noch nie irgendwo ein Abbauprojekt durchgeführt hat, bezieht sich dabei nicht etwa auf das BIT zwischen Kanada und Rumänien, sondern nutzt eine Niederlassung auf der Insel Jersey, um über das BIT Großbritanniens klagen zu können (ICSID 2015b). Auf welche Klausel der Konzern sich beruft,

Betreten verboten! Mit den Altlasten dieser stillgelegten Goldmine in Rosia Montana haben die Menschen schon genug zu kämpfen. (Foto: Michael Reckordt, PowerShift e.V.)



Oceana Gold müsse die Lizenz zum Abbau entzogen werden, forderte die staatliche Menschenrechtskommission der Philippinen in einem Gutachten 2011 (Foto: Michael Reckordt)

ist noch nicht klar. Vorstellbar ist die Klausel zu *Fair and Equitable Treatment* (FET), also der Anspruch eines Investors auf faire und gerechte Behandlung. Was genau „fair und gerecht“ bedeutet, lässt sich sehr weitreichend auslegen. Aus diesem Grund berufen sich Konzerne besonders häufig auf die FET-Klausel und sind damit überdurchschnittlich erfolgreich: Bei 75 Prozent der von US-Konzernen gewonnenen Klagen wurde mit einer Verletzung der FET-Klausel argumentiert.

Oceana Gold und Commerce Group Corp. versus El Salvador

Kommt es nicht zu einer Einigung zwischen den Parteien, wie bei der ISDS-Klage gegen Indonesien, ziehen sich die Fälle meist viele Jahre hin. El Salvador muss sich mittlerweile seit sechs Jahren vor ICSID verteidigen. Alles begann damit, dass die Regierung sich weigerte zwei Bergbaukonzernen, die in dem kleinen Land Gold abbauen wollten, die Schürfrechte zu erteilen. Sie beruft sich auf nationale Gesetze und Bestimmungen zum Schutz von Mensch und Umwelt. Gegen den Goldabbau sprechen vor allem der hohe Wasserverbrauch und der Einsatz giftiger Stoffe. Bereits jetzt hat das Land mit den Folgekosten des Bergbaus zu kämpfen.

„Ein niedriger Goldpreis und der blutige Bürgerkrieg in El Salvador führten jedoch in den 80er Jahren zu einem Abzug des Unternehmens. Doch die Commerce Group ging nie ganz: Auf dem ausgehöhlten Berg hinterließ sie Container voll mit Zyanid und anderem Giftschlamm. Wind und Wetter trugen die Gifte, die zur Extraktion des Goldes genutzt werden, in die Umwelt. Inzwischen läuft kontinuierlich verseuchtes Wasser aus den Schächten und speist den Fluss, eigentlich wichtiger Wasserlieferant der Gemeinde“ (Fincke 2013: 11).

Das Unternehmen zahlte nie die vom Staat geforderten Reparationszahlungen. Stattdessen wird das Land nun für seine souveräne Entscheidung, keinen zerstörerischen Bergbau mehr im Land haben zu wollen, von ausländischen Investoren vor Schiedsgerichte gezerrt.

2009 reichten zwei Unternehmen unabhängig voneinander Klage vor ICSID ein. Die *Commerce Group Corp.* forderte aufgrund nicht erteilter Förderlizenzen 100 Millionen US-Dollar Schadensersatz von El Salvador. Die Klage wurde aus verfahrenstechnischen Gründen abgelehnt. Nichtsdestotrotz musste die Regierung 800.000 US-Dollar für das ICSID-Verfahren zahlen, zuzüglich der Kosten für ihre Verteidigung. Der Konzern will sich zudem nicht geschlagen geben und versucht eine Annullierung dieses Urteils zu erwirken.

Im zweiten Fall verklagte *Pacific Rim Cayman LLC* (Pacific Rim) den Staat El Salvador über das CAFTA-DR Abkommen⁹ anfänglich auf 77 Millionen US-Dollar, da für seine Goldmine El Dorado keine Fördererlaubnis ausgestellt wurde (Anderson/Perez-Rocha 2013). Laut Aussage von RegierungsvertreterInnen fehlten drei Voraussetzungen: die staatliche Anerkennung der Umweltverträglichkeitsstudie des Unternehmens, eine Machbarkeitsstudie mit Entwicklungsplan und der Nachweis über den Besitz aller Landtitel für das gesamte Gebiet der geplanten Mine (Holland 2015).

Pacific Rim ist ein kanadisches Unternehmen, nutzte aber für diese Klage sein Tochterunternehmen in Reno/USA (Anderson/Perez-Rocha 2013). Die Verteidigung der Regierung El Salvadors konnte sich nicht mit dem Argument durchsetzen, dass diese Forderung des Investors auf Entschädigung für seine Investitionen und entgangene Gewinne ungerechtfertigt sei, da eine Erkundungserlaubnis nicht zwangsläufig zu einer Fördergenehmigung führen müsse. Daher setzen die Verteidiger darauf, dass *Pacific Rim* als kanadisches Unternehmen nicht das Recht habe, CAFTA Regularien für sich zu nutzen. Im Juni 2012 entschied ICSID, dass der Fall in der Tat nicht unter CAFTA-Recht falle, aber unter dem Investitionsrecht El Salvadors weitergeführt werde. Dieses – mittlerweile geänderte – Gesetz erlaubte es, Investoren Streitigkeiten vor ICSID klären zu lassen. 2013 erhöhte *Pacific Rim* seine Schadensersatzforderung auf 315 Millionen US-Dollar. Mittlerweile gehört

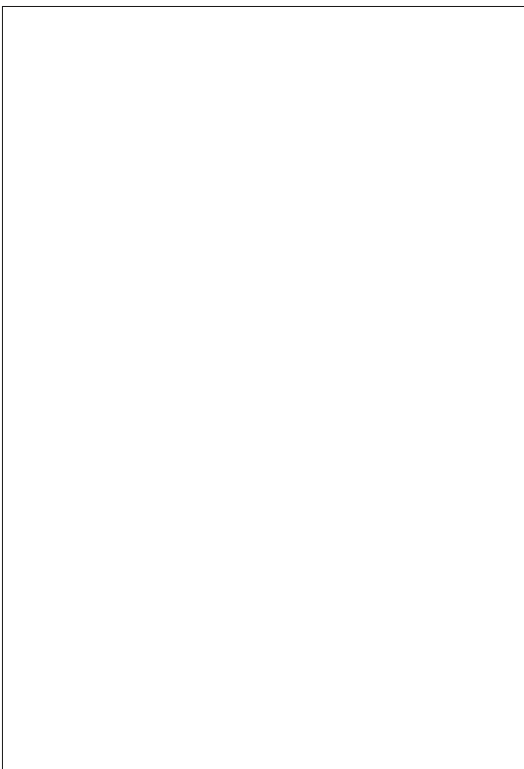
⁹ CAFTA (Central American Free Trade Agreement) ist ein FTA mit Investitionsschutz, das die USA mit den zentralamerikanischen Staaten Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua sowie die Dominikanische Republik abgeschlossen hat (CAFTA-DR).

Pacific Rim zu 100 Prozent zu *OceanaGold*, einem australisch-kanadischen Bergbaukonzern, der an den Forderungen festhält. *OceanaGold* unterhält mehrere Minenprojekte auf den Philippinen und steht dort wegen diverser Umweltvergehen und Menschenrechtsverletzungen massiv in der Kritik. Für das Projekt in Dipidio stellte die Kommission für Menschenrechte der Philippinen sechs konkrete Punkte fest, in denen der Konzern gegen die Menschenrechte verstieß, darunter Vertreibungen, das Tragen von Waffen und die Verletzung des Rechts auf Wasser (Cultural Survival 2011). In ihrem Abschlussbericht empfiehlt die Kommission daher der Regierung zu prüfen, ob dem Konzern nicht die Abbaulizenz entzogen werden könne (Breininger/Reckordt 2011).

Pacific Rim setzt auf die Taktik, mit großen Versprechungen von Arbeit und Wohlstand zu locken, um Gemeinden zu spalten. Drei MinengegnerInnen bezahlten ihren Widerstand bereits mit dem Leben. Doch Radio Victoria, ein Gemeinderadio in Cabanas, lässt sich weder einschüchtern noch bestechen und sendet weiter Informationen über das geplante Projekt. Denn nur die lokale Aufklärung über die verheerenden Folgen des Bergbaus lässt die Anti-Minen-Bewegung weiter erstarken.

Bisher können sie auf die Unterstützung der Regierung bauen. 2012 wurde ein Moratorium für alle Bergbauprojekte im Lande erneuert. Zudem

Poster des Mesa frente a la Minería Metálica in El Salvador:



liegt der Regierung der Gesetzentwurf des *Nationalen Runden Tisches* gegen metallischen Bergbau vor, der ein vollständiges Verbot des Abbaus jeglicher Metalle in El Salvador vorsieht.

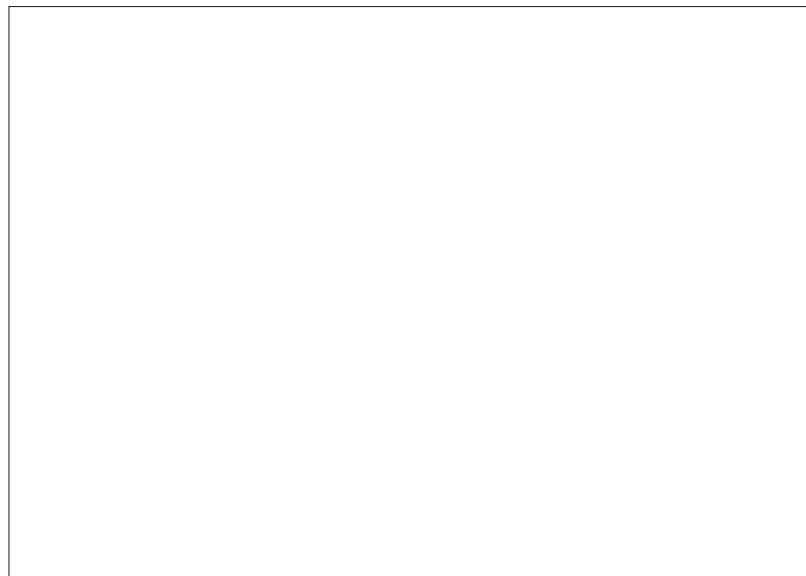
„Die Mesa frente a la Minería Metálica in El Salvador ist ein Zusammenschluss unterschiedlicher Organisationen, WissenschaftlerInnen und kirchlicher Basisbewegungen in El Salvador. Er veröffentlicht in regelmäßigen Abständen Studien zu den Auswirkungen des Bergbaus auf Wasserqualität und Umwelt, lanciert Kampagnen gegen Unternehmen und Regierung und hat im letzten Jahr auch den Gesetzesvorschlag gegen Bergbau in El Salvador erarbeitet und dem Parlament vorgelegt. CRIPDES, langjährige CIR-Partnerorganisation [Christliche Initiative Romero], ist eine treibende Kraft im Bündnis – sie haben den direkten Kontakt zu den betroffenen Gemeinden und unterstützen sie in ihrem Widerstand“ (Fincke 2013: 11).

Außer in El Salvador gibt es auch in Guatemala ein Moratorium auf neue Bergbauprojekte. Dabei wurde die Forderung, Rohstoffe im Boden zu belassen, in einem anderen Land in Bezug auf Öl zu einem wirklichen Slogan: Yasuní in Ecuador.

3.6. Ecuador will sein Erdöl nicht mehr im Boden lassen

In Ecuador und Bolivien wurden, aus der Zivilgesellschaft angestoßen, neue Verfassungen entworfen, die beide das Prinzip des „Buen Vivir“ und der damit verbundenen Anerkennung der „Rechte der Natur“ aufnahmen. Auch wenn dies global einen wichtigen Anstoß zur Diskussion um Wachstum und Alternativen lieferte, klaffen in beiden Staaten Verfassung und politische Umsetzung weit auseinander (Vollrath 2014: 28).

Yasuní ist ein ecuadorianischer Nationalpark, der 1979 gegründet wurde und 982.000 Hektar umfasst. Probebohrungen unter einem Teil des Nationalparks ließen auf bedeutende Erdölvorkommen schließen. 2007 stellte der damalige Minister für Energie und Bergbau, Alberto Acosta, in Aussicht, dass dort entdeckte Öl im Boden zu belassen, wenn andere Staaten bereit wären, zumindest die Hälfte der entgangenen Einnahmen zu decken: 3,5 Milliarden US-Dollar. Mit Hilfe der UN konnte die ecuadorianische Regierung 2010 einen von der UNO verwalteten Treuhandfonds einrichten und damit Zweifel, ob das Geld wie versprochen für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung eingesetzt würde, aus dem Weg räumen (Amerika 21 2011). Daraufhin war die internationale Gemeinschaft gefragt. Investoren wie Staaten, Stiftungen oder Privatpersonen sollten den Fond füllen. In



Alberto Acosta (Minister für Energie und Bergbau in Ecuador) stellt die Yasuní-Initiative am 27. Mai 2009 im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestags vor (Foto: Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde)

Deutschland gab es für den ungewöhnlichen Vorschlag, das Erdöl im Boden zu lassen, große Zustimmung und 2008 beschloss der Bundestag die Initiative zu unterstützen.

Doch Entwicklungsminister Niebel (FDP) fühlte sich keineswegs an parlamentarische Beschlüsse gebunden. Nachdem er das Entwicklungsministerium 2010 zwar nicht abgeschafft, aber wenigstens grundlegend umgebaut hatte, zog er die deutsche Zusage zurück und versetzte dem Projekt damit den Todesstoß. Er wolle keinen Präzedenzfall für finanzielle Unterstützung von Nichthandeln schaffen, welcher Kompensationsforderungen anderer Länder nach sich ziehen könnte, hieß es damals (taz 2010). Außerdem hätte ein solches Projekt keinen Nutzen für die deutsche Wirtschaft gehabt.

2013 erklärte Ecuadors Präsident Rafael Correa die Initiative für gescheitert und erteilte dem Staatskonzern *Petroamazonas EP* die Lizenz, das Öl zu fördern (Klimaretter 2013). Seitdem nehmen die Proteste der Bevölkerung zu. Denn „[...] auch in Ecuador und Bolivien, wo der post-neo-liberale Transformationsprozess mit neuen Verfassungen des ‚Guten Lebens‘ (*Buen Vivir*), neu ausgehandelten Verträgen und höheren Gewinnsteuern für Bergbauunternehmen politisch am deutlichsten verfolgt wurde, hielten die Regierungen am einseitigen Wirtschaftsmodell des Rohstoffabbaus fest“ (Vollrath 2014: 9).

3.7. Neo-Extraktivismus statt Post-Extraktivismus in Lateinamerika

Über weitreichende Liberalisierungen unter den Strukturanpassungsprogrammen in den 1990er

Jahren gewannen Konzerne in Lateinamerika zentrale Macht (ebd.). Die Regierungen ließen sich auf geringe Steuer- und Abgabensätze ein, vergaben jahrzehntelange Abbaugenehmigungen und schwächten zudem Arbeits-, Minderheiten- und Umweltrechte. In diesem klassischen Extraktivismus nimmt der Staat nur eine funktionale Rolle ein.

Die meisten lateinamerikanischen Staaten versuchten mittlerweile, ihren Anteil an den Gewinnen der Rohstoffförderung wieder zu erhöhen. Im sogenannten Neo-Extraktivismus steigt die Bedeutung des Rohstoffsektors für die Wirtschaft und es wird ein Wachstums- und Entwicklungsmodell gefördert, das sich auf den Export von Rohstoffen stützt (Jaeger 2012). Die zusätzlichen Einnahmen fließen teilweise in staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut. Von Sozialprogrammen für Bildung und Gesundheit profitieren eher die armen Bevölkerungsgruppen in den Städten als die ländlichen Gebiete, in denen die Rohstoffe abgebaut werden.

Soziale und ökologische Konflikte nehmen zu. Mit der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Länder vom Bergbau wuchs auch die Härte, mit der sie die Rohstoffausbeutung – auch gegen den Willen der lokalen Gemeinden – vorantreiben (vgl. 1.5.). Dieser Kreislauf der zerstörerischen Ausbeutung soll im Post-Extraktivismus überwunden werden. Das alternative Konzept basiert nicht darauf,

„[...] Rohstoffförderung vollständig aufzugeben, sondern die Intensität und den Umfang zu reduzieren. Der Rohstoffsektor soll Teil einer breiten, diversifizierten Ökonomie werden, die den Menschen alternative Arbeitsplätze bietet und deren Einnahmen zur sozialen Entwicklung eingesetzt werden. Hierbei sollen besondere Regularien hinsichtlich Gesundheit und Beschäftigung, aber auch strenge Umwelt- und Finanzgesetze helfen. Um die lokale Bevölkerung zu beteiligen und soziale Kontrolle zu stärken, bedarf es einer effektiven Gesetzgebung zum Recht auf Konsultation und Information. Ziel ist es, den Kreislauf aus Rohstoffabhängigkeit mit den daraus resultierenden hohen sozialen und ökologischen Kosten für die betroffenen Gebiete zu durchbrechen. Kleinangelegte Extraktionsprojekte sollen auf regionaler und lokaler Nachfrage beruhen“ (Jaeger 2012: 4).

Doch nun treten selbst in Ecuador und Bolivien neue Bergbaugesetze in Kraft, die die Rechte transnationaler Unternehmen stärken werden. In der wissenschaftlichen Debatte wird von der „lateinamerikanischen Paradoxie“ gesprochen:

„Gemeint ist damit die Spannung zwischen Forderungen einerseits, das Wirtschaftsmodell zu verändern, und andererseits mit ebendem bestehenden Modell die berechtigten materiellen Ansprüche aus der Gesellschaft zu befriedigen“

(Brand 2015: 34).

3.8. Die Africa Mining Vision: Mehr aus Bergbau herausholen

Die Africa Mining Vision (AMV) wurde 2009 von den Staats- und RegierungschefInnen auf dem Gipfel der Afrikanischen Union (AU) beschlossen. Sie versteht sich als afrikanische Antwort darauf, wie mit dem Paradox aus Rohstoffreichtum und tiefgreifender Armut umzugehen sei (United Nations Economic Commission for Africa 2015).

Dazu müsse der Rohstoffsektor strukturell umgebaut werden und besser in Wirtschaft und Gesellschaft integriert werden. Die transparente, faire und effiziente Nutzung der Ressourcen soll Impulse für eine breite sozio-ökonomische Entwicklung und nachhaltiges Wachstum geben (Gück 2014). Eine wirkliche Teilhabe der ArbeiterInnen und Gemeinden sowie der Schutz der Umwelt sollen die lokale Entwicklung stärken. Die Staaten sollen mit den Konzernen Verträge aushandeln, die faire Rohstoffeinnahmen festlegen und wirtschaftliche Verknüpfungen vorschreiben. Darüber hinaus wird empfohlen, Bergbau in regionale Industrialisierungs- und Handelspolitiken zu integrieren.

„Die AMV basiert auf folgenden Pfeilern:

- (1.) Optimierung des Wissens über endliche mineralische Rohstoffe und ihres Nutzens auf allen Ebenen des Bergbaus und bei allen Mineralien;**
- (2.) Aufwertung des Potenzials des Kleinbergbaus, um Existenzgrundlagen und die Integration in die ländliche und nationale Wirtschaft zu verbessern;**
- (3.) Förderung von Prinzipien nachhaltiger Entwicklung, basierend auf umwelt- und sozialverträglichem Bergbau, der sicher ist und die Gemeinschaften und alle anderen beteiligten Akteure einbezieht;**
- (4.) Aufbau personeller und institutioneller Kapazitäten mit dem Ziel einer Wissensgesellschaft, die Innovationen, Forschung und Entwicklung fördert;**

(5.) Entwicklung einer diversifizierten, global wettbewerbsfähigen mineralverarbeitenden Industrie in Afrika, die durch die Schaffung wirtschaftlicher Verknüpfungen zu breitgefächertem Wirtschaftswachstum und umfassender sozialer Entwicklung beiträgt;

(6.) Aufbau eines transparenten, rechenschaftspflichtigen Bergbausektors, in dem die Rohstoffgewinne optimiert und dazu verwendet werden, eine breit angelegte wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern, und

(7.) Förderung einer verantwortungsvollen Staatsführung im Rohstoffsektor, bei der Gemeinschaften und Bürger an den Bodenschätzen beteiligt werden, und wo Gerechtigkeit bei der Verteilung des Nutzens herrscht“ (Pedro 2014: 2).

2011 wurde ein Aktionsplan zur Implementierung verabschiedet, der zur verstärkten kontinentalen Zusammenarbeit aufruft, um u.a. geologische Informationssysteme und eine Verwaltung des Bergbausektors aufzubauen sowie Umwelt- und Sozialstandards einzuführen.

Die Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) nennt die AMV einen **„gewagten Narrativ“**, der die Rohstoffpolitik auf eine völlig neue Basis stellen würde und mit den geforderten, weitreichenden Partizipationsmöglichkeiten einen inklusiven, ökologisch und sozial verantwortlichen Rohstoffsektor entwerfe (Gück 2014: 25f.). Doch bestehe die Gefahr, dass diese Vision von den meisten Regierungen Afrikas als rhetorische Übung abgeharkt und ansonsten weiterhin *business-as-usual* betrieben wird.

3.9. Transparenz und Teilhabe erhöhen? Nicht in Sambia

Sambia ist ein rohstoffreiches Land, u.a. der zweitgrößte Kupferproduzent Afrikas, und wollte im Sinne der AMV seine Einnahmen aus dem Rohstoffabbau erhöhen. Sämtliche im Land tätigen Bergbaukonzerne stammen aus dem Ausland, darunter *Glencore*, *Vedanta* und *Vale*. Die sambische Regierung kritisierte, dass die Unternehmen ihre Gewinne aus dem Land transferierten, ehe sie besteuert werden könnten. Um den Staat und die Bevölkerung an diesen Gewinnen teilhaben zu lassen, verabschiedete Sambia 2014 ein Gesetz zur Änderung des Steuersystems (Zambian Economist 2014).

Zu Beginn des Jahres 2015 wurden die Förderabgaben von sechs Prozent auf 20 Prozent im offenen Tagebau und acht Prozent bei Untertagebergbau erhöht. Dafür wurde die

Körperschaftssteuer von 30 Prozent im Bergbau gestrichen. Laut Regierung würden die Förderabgaben den Verwaltungsaufwand im Vergleich zu den Steuern verringern und gleichzeitig die Transparenz erhöhen (Mondaq 2015).

Die Bergbaukonzerne reagierten prompt. *Barick Gold* kündigte Entlassungen an und drohte, die Mine Lumwana mit 4.000 ArbeiterInnen bis zur Jahresmitte stillzulegen. *Glencore* stoppte die Zinkförderung und verlangte seinerseits Mehrwertsteuer von der Regierung zurück. *First Quantum Minerals Ltd* forderte ebenfalls Steuerrückzahlungen und legte geplante Investitionen auf Eis.

Damit zwangen die Unternehmen das Land in die Knie. Die neu gewählte Regierung ruderte zurück und senkte die Förderabgabe im offenen Tagebau auf neun Prozent. Gleichzeitig wurde allerdings auch die 30 Prozent

Körperschaftssteuer auf Bergbauaktivitäten wieder eingeführt. Laut der *Financial Times* (2015) gibt es nun Überlegungen, Exportsteuern einzuführen. Exportsteuern einzusetzen, sollte allerdings unter dem Abkommen, das die EU mit den Östlichen und Südlichen Ländern Afrikas, darunter Sambia, verhandelt, wesentlich schwieriger werden (vgl. 4.3.12.)

Die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) schätzt, dass Bergbauaktivitäten direkt und indirekt die Hälfte der Sambischen Wirtschaft und 67 Prozent aller Exporte ausmachen, gleichzeitig aber nur mit 30 Prozent zu den Staatseinkünften beitragen (Mining Fact 2015). Die existentielle Abhängigkeit des Staates vom Bergbau ermöglicht den finanziell wesentlich besser ausgestatteten Konzernen, ihre Interessen durchzusetzen, wodurch der Staat weder seine Einnahmen erhöhen, noch seine Wirtschaft diversifizieren kann.

Kasten 3

EITI – Initiative für mehr Transparenz im Rohstoffsektor¹⁰

Nachdem NGOs das Thema Transparenz der Zahlungsströme mit „Publish what you pay“ erfolgreich auf die politische Agenda gesetzt hatten, wurde das Prinzip ab 2003 mit Gründung der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) in die Breite getragen. Kernstück der freiwilligen Initiative ist eine Art „doppelte Buchführung“: In einem Land, das der EITI beitrifft, legen Öl-, Gas- und Bergbauunternehmen ihre mit der Rohstoffförderung verknüpften, wesentlichen Zahlungen an staatliche Stellen offen, zum Beispiel Gewinnsteuern, Förderabgaben oder Lizenzgebühren. Staatliche Stellen veröffentlichen wiederum ihre Einnahmen aus dem Rohstoffsektor. Die Zahlungen der Unternehmen und die Einnahmen der Regierung werden miteinander abgeglichen, von unabhängiger Stelle überprüft und jährlich veröffentlicht. Neben dem Zahlungsabgleich enthalten die EITI-Berichte Informationen über den Rohstoffsektor der Länder. So werden etwa der Rechtsrahmen, die Produktionsdaten oder die Lizenzvergabe erläutert. Diese Kontextinformationen sollen die EITI-Berichte verständlicher und für die Bevölkerung nutzbar machen. Seit 2013 empfiehlt der weiterentwickelte Standard der Initiative außerdem, dass die EITI-Länder zusätzlich zu den Zahlungsströmen auch Rohstoffverträge und die Eigentümerstrukturen von Rohstoffunternehmen offen legen (EITI-Standard 2013). Gesteuert wird die Initiative sowohl auf internationaler Ebene als auch in den EITI-Umsetzungsländern durch Multi-Stakeholder-Gruppen, in denen Regierung, Industrie und Zivilgesellschaft vertreten sind. Mittlerweile setzen knapp 50 Länder die Regeln der EITI um oder bereiten sich darauf vor.

Update von Jaeger/Reckordt 2015: Die NGO Global Witness deckte im Oktober 2015 vier Fälle in Afrika auf, in denen lukrative Öl- und Bergbaulizenzen an Unternehmen vergeben wurden, bei denen nicht erkennbar ist, wer die Besitzer und wer von den Geschäften wirtschaftlich profitiert. Diesen Konzernen wurden Vermögenswerte von insgesamt vier Milliarden US-Dollar überschrieben. Die Republik Kongo, die DR Kongo und Nigeria nehmen an EITI teil, Angola wartet auf seine Aufnahme. Um Korruption über Schattenunternehmen zu unterbinden, müsse die Offenlegung der rechtlichen und der wirtschaftlichen Eigentümer in EITI verbindlich werden, fordert daher die NGO (Global Witness 2015).

¹⁰ Auszug aus Klenck/Reckordt 2015: 23.

4. Rohstoffe für Europa: Alles geregelt?

Die Handels- und Investitionspolitik, von Vertragsverhandlungen bis zu Schiedsgerichtsurteilen, ist für ihre Intransparenz berüchtigt. Frei nach dem Motto „Publish what you pay“ fordert die europäische Zivilgesellschaft auch von der EU offenzulegen, worüber sie im Detail verhandelt. Dass es in Handelsabkommen um so viel mehr geht, als nur die Senkung von Zöllen, was sich alles hinter der harmlos klingenden Formel der Angleichung von Standards verbirgt und dass sogenannte Handelshemmnisse durchaus ihre Berechtigung haben können, dringt seit dem Beginn der Verhandlungen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) 2013 vermehrt in die Medien und Öffentlichkeit (Fritz 2014). Am 7. Oktober 2015 überreichten VertreterInnen der selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA 3,26 Millionen Unterschriften aus der gesamten EU an die Europäische Kommission. Drei Tage später demonstrierten mehrere hunderttausend Menschen europaweit. Der größte Protest gegen „TTIP, CETA & co. und für einen gerechten Welthandel“ fand mit 250.000 TeilnehmerInnen in Berlin statt.

In der neuen Handelsstrategie gibt sich die Kommission einsichtig und gönnt dem Thema Transparenz in der Handels- und Investitionspolitik ein eigenes, kleines Kapitel (Europäische Kommission 2015e: 18f.). Demnach werde die Kommission den Europäischen Rat einladen, die Verhandlungsmandate für Handelsabkommen nach der Genehmigung offen zu legen. Ob der Rat die Einladung annimmt, bleibt abzuwarten. Um Offenheit zu demonstrieren, hatte die Europäische Kommission das Verhandlungsmandat zu TTIP im Herbst 2014 online gestellt, nachdem eine durchgesickerte Version im Netz kursierte. Darüber hinaus wolle die Kommission ihre Positionen zu allen Verhandlungen veröffentlichen. Außerdem sollen Abkommen unmittelbar nach dem Abschluss der Verhandlungen für jeden einsehbar sein. Abgesehen davon, dass dies bei weitem nicht ausreicht, um von wirklicher Transparenz zu sprechen (S2B Network 2015), sind zum jetzigen Zeitpunkt diese Dokumente noch nicht öffentlich zugänglich (vgl. 4.3.12. ff.).

Nichtsdestotrotz gehen wir in diesem Kapitel den Fragen nach, welche weiteren Maßnahmen

Kritischer Rohstoff	Bezug der EU
Antimon	China 87%
Beryllium	USA 90%
Borate	Türkei 38% USA 30%
Chromit	Südafrika 43% Kasachstan 20%
Fluorit	China 56%
Gallium	China 69%
Germanium	China 59%
Indium	China 58%
Kobalt	DR Kongo 56%
Kokskohle	China 51%
Magnesit	China 69%
Magnesium	China 86%
Natürliches Graphit	China 69%
Niob	Brasilien 92%
PGM (Platinmetalle)	Südafrika 61% Russland 27%
Phosphatgestein	China 38%
Seltene Erden (leicht)	China 87%
Seltene Erden (schwer)	China 99%
Silicium-Metall	China 56%
Wolfram	China 85%

Tabelle 1: Anteil einzelner Länder bei der Versorgung der EU mit Kritischen Rohstoffen (<20%)
(Quelle: Europäische Kommission 2014a: 29)

und relevanten Abkommen auf dem Weg sind und welche rohstoffpolitischen Ziele die EU in der Handels- und Investitionspolitik bereits erreichen konnte. Die Europäische Kommission gibt Berichte über die Umsetzung der RMI heraus, die eine gute Grundlage zur Bewertung und tiefergehenden Recherche bilden. Einen weiteren Anhaltspunkt über Umsetzung und Zielerreichung liefern uns die Positionen der Industrie. Denn, wie dargestellt, wurde die Handels- und Investitionspolitik in ihrem Interesse stärker auf Rohstoffsicherung ausgerichtet.

4.1. Die Umsetzung der rohstoffpolitischen Maßnahmen

Würde man den Erfolg der RMI allein an der Anzahl der Ausfuhrbeschränkungen auf Rohstoffe messen, ließe sich ein Scheitern auf ganzer Linie feststellen. Wurden in der RMI von 2008 450

Ausfuhrbeschränkungen für 400 verschiedene Rohstoffe gelistet, finden sich in der „OECD-Datenbank über Exportbeschränkungen bei Rohstoffen“ aktuell 9.574 Einträge (OECD 2015). Allerdings war eben der Aufbau einer solchen Datenbank ein erklärtes Ziel der RMI. Eine umfassende Bestandsaufnahme, auf deren Grundlage die weiteren Maßnahmen der RMI umso zielgerichteter verfolgt werden können. Parallel und in Ergänzung dazu wurde die Liste der Kritischen Rohstoffe erstellt und aktualisiert (2010 und 2014; vgl. 2.3.).

Europäische Unternehmen beziehen 14 der 20 dort als kritisch eingestuften Rohstoffe aus China. Der Anteil Chinas an der weltweiten Produktion der einzelnen Rohstoffe liegt oft noch höher (Europäische Kommission 2014a: 5). Doch auch andere Länder dominieren die weltweite Förderung und Versorgung der EU mit bestimmten Rohstoffen, wie etwa Brasilien bei Niob, die USA bei Beryllium oder Südafrika bei den PGM (vgl. Tab. 1). Dadurch werden diese Länder, zusammen mit Russland (PMG), Kasachstan (Chromit), der Türkei (Borate) und der DR Kongo (Kobalt), einerseits zu bevorzugten Partnern der EU, andererseits rücken gerade Länder in den Fokus, über die der Bezug dieser kritischen Rohstoffe diversifiziert werden kann. Bei Niob stammen weitere sieben Prozent der globalen Produktion aus Kanada, bei Kobalt sind es sogar elf Prozent (Europäische Kommission 2010b: Anhang 5; vgl. Kapitel 4.3.11.). Vergleicht man den Bezug aus dem Bericht 2014 mit den Daten von 2010a, wird kein einheitlicher Trend erkennbar. Einerseits werden einige Rohstoffe in geringerem Maß über China bezogen (z.B. Germanium und Graphit), bei anderen ist der Anteil gestiegen (z.B. Magnesit und Wolfram) oder in etwa gleich geblieben (z.B. Fluorit und Indium).

Die Europäische Kommission (2014d) nennt die RMI ein mittel- bis langfristig angelegtes Projekt, betont jedoch, dass in der ersten und dritten Säule schon erhebliche Fortschritte erzielt worden seien. Viele IndustrievertreterInnen, die im Sommer 2015 an der Konsultation zu „Handel für alle“ teilnahmen, stimmten der grundsätzlichen Ausrichtung der Handels- und Rohstoffpolitik zu, mahnten aber zugleich eine entschlossenerere Umsetzung der existierenden Strategien an. Die MEDEF (French Business Confederation) beispielsweise forderte, die tatsächliche Umsetzung der RMI zur Priorität zu machen, um den Zugang zu Rohstoffen und Energie zu verbessern (DG Trade 2015). Dabei solle sich die EU auf den bi- und multilateralen Dialog mit Hauptpartnern konzentrieren.

Mit dieser Einschätzung und Forderung ist die Industrie nicht allein:

„Laut den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom März 2014 sollten ‚weitere Anstrengungen unternommen werden, um den Marktzugang überall auf der Welt zu verbessern, indem die Einbindung europäischer Unternehmen in globale Wertschöpfungsketten erleichtert und im Geiste der Gegenseitigkeit und des wechselseitigen Nutzens ein freier, fairer und offener Handel gefördert wird. ... Ebenso bedarf es weiterer Maßnahmen zur Sicherstellung des Zugangs zu den wichtigsten Rohstoffen‘; Verhandlungen und der Durchsetzung von Handelsregeln kommt weiterhin hohe Priorität zu, wobei den TTIP-Verhandlungen mit den USA besonderes Augenmerk gelten wird“ (Europäische Kommission 2014d: 4).

In diesem Sinne legen wir den Fokus auf folgende Bereiche der Handels- und Investitionspolitik der EU (Europäische Kommission 2014b):

- Handelsregeln und Ausfuhrbeschränkungen in multilateralen Verhandlungen und Abkommen
- Handelsregeln und Ausfuhrbeschränkungen in bilateralen Verhandlungen und Abkommen
- Durchsetzung internationaler Regelungen und Vorgehen gegen Handelsbeschränkungen
- Rohstoffdialoge und Sensibilisierung von Drittländern in internationalen Foren.

In der RMI fällt auch der Bereich Entwicklungspolitik in die erste Säule (vgl. 2.2.), für diesen wäre aber eine komplett eigenständige Betrachtung notwendig, die in diesem Kapitel nicht geliefert werden kann. Kasten 6 zu Konfliktrohstoffen macht deutlich, dass sich die Kommission nicht immer und überall für verbindliche Regeln einsetzt.

4.2. Handelsregeln und Ausfuhrbeschränkungen in multilateralen Verhandlungen und Abkommen

Handels- und Investitionsregeln in bindenden Verträgen festzulegen, ist das Herzstück der ersten Säule der RMI. Da sich auf der multilateralen Ebene der WTO weiterhin keine Einigung für eine breitere und tiefergehende Liberalisierung abzeichnet, weicht die EU einerseits seit „Global Europe“ verstärkt auf die bilaterale Ebene aus (vgl. Kapitel 4.3.). In „Handel für alle“ schlägt sie andererseits vor, dass nur ein Teil der Mitglieder unter dem Dach der WTO plurilaterale Abkommen abschließen könnte. So verhandeln momentan 50 Staaten in einer „Koalition der Willigen“ über das Dienstleistungsabkommen TiSA (Trade in Services Agreement) (Fritz 2014: 42).

Alles für uns!? (© ARES www.areshumour.com)

Jenseits von neuen Abkommen wollen weiterhin Länder den bestehenden Abkommen der WTO beitreten. Ein Ziel der RMI ist, diese Beitritte zu nutzen, um in diesen Ländern den Zugang zu Rohstoffen zu verbessern und dauerhaft zu sichern, indem die Anwendungsmöglichkeiten von Exportbeschränkungen oder staatlichen Subventionen radikal beschnitten werden. Über Zusätze im Beitrittsprotokoll können neue Mitglieder zu solchen weitergehenden Deregulierungen und Liberalisierungen verpflichtet werden. Schon vor der RMI mussten eine Reihe Länder bei ihrem WTO-Beitritt Zugeständnisse machen. So gelten für die Mongolei (1997), China (2001), Saudi Arabien (2005), Vietnam (2007) und die Ukraine (2008) striktere Regeln für Ausfuhrzölle; langfristig sollen sie komplett auf Exportsteuern verzichten (Ramdoo 2011: 39). China verpflichtete sich beispielsweise, Exportsteuern, mit Ausnahme von 84 Produktlinien, abzuschaffen (OECD 2014: 153). Die Ukraine stimmte zu, sein Exportverbot auf Buntmetallschrott sowie die Ausfuhrbeschränkungen auf Edelmetalle und -steine, mit Ausnahme von Gold, Silber und Diamanten, aufzuheben.

Die Europäische Kommission erklärte 2012, dass die (damaligen) Beitrittskandidaten Algerien, Aserbaidschan, Weißrussland, Kasachstan und Russland mit Blick auf die europäische Rohstoffversorgung von besonderem Interesse wären. Mit dem WTO-Beitritt verpflichtete sich Russland (2012) das Niveau der Exportsteuern auf bestimmte Tariflinien zu reduzieren und/oder zu deckeln bzw. komplett abzuschaffen. Darunter fallen neben Gas- und Ölprodukten auch Plastik, Edelsteine und Edelmetalle sowie unedle Metalle u.a. (Europäische Kommission 2012a: 13). Die Verhandlungen mit Kasachstan wurden

im Juni 2015 abgeschlossen. Die EU wertet dies als großen Erfolg. Denn:

„Die Republik Kasachstan hat sich verpflichtet, die Ausfuhrzölle für 370 Waren, die für EU-Ausführer von Interesse sind, zu streichen oder zu senken und auf diese Waren keine neuen Ausfuhrzölle einzuführen. Darüber hinaus werden die kasachischen Zollsätze im Falle einer Vereinheitlichung von Ausfuhrzöllen innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion auf die niedrigsten entweder von Kasachstan oder der Russischen Föderation gebundenen Zölle reduziert“ (Europäische Kommission 2015d: 4).

Mit Algerien, Aserbaidshan und Weißrussland wird weiterhin über die Beitrittskonditionen verhandelt. Die EU befürwortet ihre Mitgliedschaft und leistet im Falle Aserbaidshans technische Hilfe.

Insgesamt wurden seit Ende 2008 acht neue Mitglieder in die WTO aufgenommen: Montenegro, Russland, Samoa, Vanuatu (alle 2012), Tadschikistan, Laos (beide 2013), Jemen (2014) und die Seychellen (2015). Auch Tadschikistan stimmte zu, Exportzölle und -beschränkungen abzuschaffen bzw. nicht neu zu verhängen und in Einklang mit WTO-Recht zu bringen. 300 spezifische Ausnahmen wurden in einer Produktliste festgelegt, wobei die WTO über alle Änderungen zu informieren ist (WTO 2012).

Afghanistan (noch Beobachterstatus) wäre ebenfalls bereit, keine neuen Ausfuhrzölle mehr erheben zu dürfen (Europäische Kommission 2014e). Bei bestehenden Exportsteuern sollen die Höchstsätze für die Kritischen Rohstoffe innerhalb von fünf Jahren nach dem Beitritt verringert werden.

Bereits im Vorfeld ihres Beitritts müssen Länder, über teils weitgehende wirtschaftliche und politische Maßnahmen die nationalen Rahmenbedingungen verändern. Im Bericht der „Working Party on the Accession of the Republic of Tajikistan“ muss Tadschikistan u.a. zu Gesetzesänderungen und Regelungen der Wettbewerbspolitik, öffentlicher Beschaffung und dem Investitionsregime Stellung beziehen; alles Bereiche, die nicht von den WTO-Verträgen abgedeckt werden (WTO 2015c).

Auch wenn keine multi- oder plurilateralen Abkommen zu Rohstoffen auf dem Weg sind, nutzt die EU die Beitrittsverhandlungen zur WTO erfolgreich, um ihre Forderungen zum Abbau von Ausfuhrbeschränkungen und -zöllen, im Allgemeinen und bei Rohstoffen im Besonderen, durchzusetzen.

4.3. Handelsregeln und Ausfuhrbeschränkungen in bilateralen Verhandlungen und Abkommen

Vor „Global Europe“ war weniger als ein Viertel des EU-Handels über FTAs abgedeckt. Mittlerweile beträgt dieser Anteil ein Drittel und würde auf zwei Drittel hochschnellen, wenn die EU alle ihre laufenden Freihandelsverhandlungen zum Abschluss bringen würde (Europäische Kommission 2015a). Die schwedische Außenhandelskammer war nur einer der Repräsentanten der Wirtschaft, der in die Konsultation zur neuen Handelsstrategie 2015 einbrachte, dass FTAs die beste Basis bieten würden, um den Zugang zu Rohstoffen sicherzustellen. Die EU solle **„Entwicklungsländer mit Nachdruck ermutigen, ihre Märkte zu öffnen und Hindernisse zu beseitigen“** (Europäische Kommission 2015b).

Die EU veröffentlicht regelmäßig eine Übersicht mit dem Stand ihrer Freihandelsabkommen und anderer Handelsabkommen. Die Fassung aus September 2015 wurde als Grundlage für unsere Karte auf Seite 40/41 genutzt und den eigenen Recherchen entsprechend angepasst (Europäische Kommission 2015c). Mit einem Sternchen versehen sind dort diejenigen Abkommen, die nach der Veröffentlichung der RMI abgeschlossen wurden, sowie die Verhandlungen, die ab 2009 aufgenommen wurden. Anhand dieser prüfen wir, inwieweit es der Kommission geglückt ist, ihre Interessen in Abkommen (4.3.1.-4.3.7.) sowie in den abgeschlossenen Verhandlungen (4.3.8.-4.3.10.) unterzubringen.¹¹ Die laufenden Verhandlungen (4.3.11.-4.3.22.) lassen sich nicht abschließend bewerten, aber Tendenzen und Interessen durchaus verdeutlichen. Die Jahreszahl hinter dem Abkommen gibt an, wann es unterzeichnet wurde bzw. wann die Verhandlungen begannen.¹²

¹¹ Die Texte der Abkommen sind am Ende der Literaturliste aufgeführt und verlinkt, weitere Daten und Informationen zum Stand der Verhandlungen/Abkommen stammen von den Seiten zu den jeweiligen Ländern der Kommission (DG Trade 2015). Um ein vollständiges Bild der EPAs zu zeichnen, wurden alle EPAs und interim-EPAs aufgenommen. Außerdem betrachten wir ergänzend die rohstoffreichen Länder Indien und die Ukraine.

¹² Nach dem formalen Abschluss der Verhandlungen wird ein Abkommen zunächst paraphiert. Anschließend erfolgt die Rechtsförmlichkeitsprüfung. Erst dann unterzeichnen der Europäische Rat und die Kommission sowie der/die jeweilige/n Partner, danach wird es in alle EU-Sprachen übersetzt. Der europäische Ratifizierungsprozess endet mit der Abstimmung des Europäischen Parlaments. Handelt es sich um ein gemischtes Abkommen, bei dem auch Zuständigkeiten der Mitgliedsstaaten berührt werden, muss es ebenfalls von allen nationalen Parlamenten ratifiziert werden, bevor es offiziell in Kraft treten kann. Die meisten Abkommen werden bereits vorläufig umgesetzt, ehe dieser Prozess abgeschlossen ist. Aus diesem Grund wurde hier der Zeitpunkt der Unterzeichnung als Bezugsjahr gewählt, statt anzugeben in welchem Jahr das Abkommen offiziell in Kraft trat.

Kasten 4

Der Handel in Akronymen: EPAs – AKP – EBA – GSP – GSP+

EPAs (**Economic Partnership Agreements**) verhandelt die EU seit 2002 mit 76 der sogenannten AKP-Staaten in sieben Ländergruppen (Traidcraft 2012). Die Handelspräferenzen, die die EU den Ländern aus **Afrika, der Karibik und dem Pazifik** (AKP) zuvor einräumte, waren nicht WTO-konform. Allerdings versuchte die EU von Beginn an, wenig partnerschaftlich, umfassende Freihandelsabkommen durchzusetzen. Neben weitreichenden Zugeständnissen zur Öffnung des Warenhandels wollte die EU Liberalisierungen von Dienstleistungen sowie Regelungen zur Wettbewerbspolitik, öffentlicher Beschaffung, dem Schutz geistigen Eigentums und zu Investitionen in diesen Abkommen verankern. Dadurch mutierten EPAs zu WTO-plus Abkommen und werden dementsprechend von vielen Partnerländern abgelehnt.

Nachdem bis zum Ablauf der ersten Frist mit dem CARIFORUM-EPA nur ein Abkommen zum Abschluss gebracht werden konnte, drohte die EU den übrigen Ländern mehrfach mit dem Entzug bestehender Handelspräferenzen. Um ihren Zugang zum europäischen Markt nicht zu verlieren, unterzeichneten eine Reihe von Staaten interim-EPAs, von denen aber nur ein kleiner Teil tatsächlich ratifiziert wurde und in Kraft trat (siehe 4.3.2. und Karte S. 40/41). Die 40 LDCs der AKP-Staaten müssen (UN 2015), entgegen den ursprünglichen Plänen der EU, die EPAs nicht umsetzen, sondern können weiterhin den Marktzugang zur EU unter **Alles außer Waffen (EBA)** nutzen.

EBA ist Teil des Allgemeinen Zollpräferenzsystems der EU (**GSP – Generalised Scheme of Preferences**).

Dieses sieht für verschiedene Ländergruppen drei abgestufte Modalitäten für den Warenexport in die EU vor (Europäische Kommission 2015g). Unter GSP bekommen momentan 30 Länder mit geringem Einkommen bevorzugte Einfuhrkonditionen im Vergleich zum Rest der Welt (Klassifizierung der Weltbank). Es entfallen Zweidrittel aller Zolllinien ganz oder teilweise.

Dieselben Zolllinien werden für die **GSP+** Länder komplett aufgehoben. Dafür muss ein GSP-Land 27 internationale Konventionen zu Menschen- und Arbeitsrechten sowie Umweltschutz und Good Governance (Verantwortungsvoller Regierungsführung) unterzeichnen und – zumindest in der Theorie – auch umsetzen¹³. Momentan gibt es 14 GSP+ Länder.

Für die 48 LDCs gilt die Regelung **Everything but Arms (EBA)**. Das heißt weder Zölle noch Quoten auf alle Waren außer Waffen und Munition.

2012 reformierte die EU das GSP. Dadurch verloren 85 Ländern und Hoheitsgebiete 2014 ihren Marktzugang, darunter 26 Länder, mit denen ein anderes Handelsabkommen besteht, 26 Länder mit hohem oder mittlerem Einkommen laut Weltbank sowie alle assoziierten Überseeländer und -territorien der EU-Mitgliedsstaaten (33). Ab dem 1. Januar 2016 fallen neun weitere Länder aus dem System.

¹³ So wurden dem früheren GSP+ Land Kolumbien nie die Präferenzen entzogen, obwohl nachweislich große Teile der Konventionen nicht effektiv umgesetzt wurden bzw. es schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen gab (Fritz 2010).

Die Europäische Kommission erklärte in ihrem Bericht zur Umsetzung der RMI von 2012, den Fokus ihrer Aktivitäten weiterhin auf Ausfuhrzölle und andere Exportbeschränkungen (Verbote, Quoten und Lizenzen) legen zu wollen. Darüber hinaus spielt der Marktzugang zum Bergbau-sektor, gekoppelt mit freiem Kapitalverkehr und Investitionsschutz über ISDS, eine entscheidende Rolle.

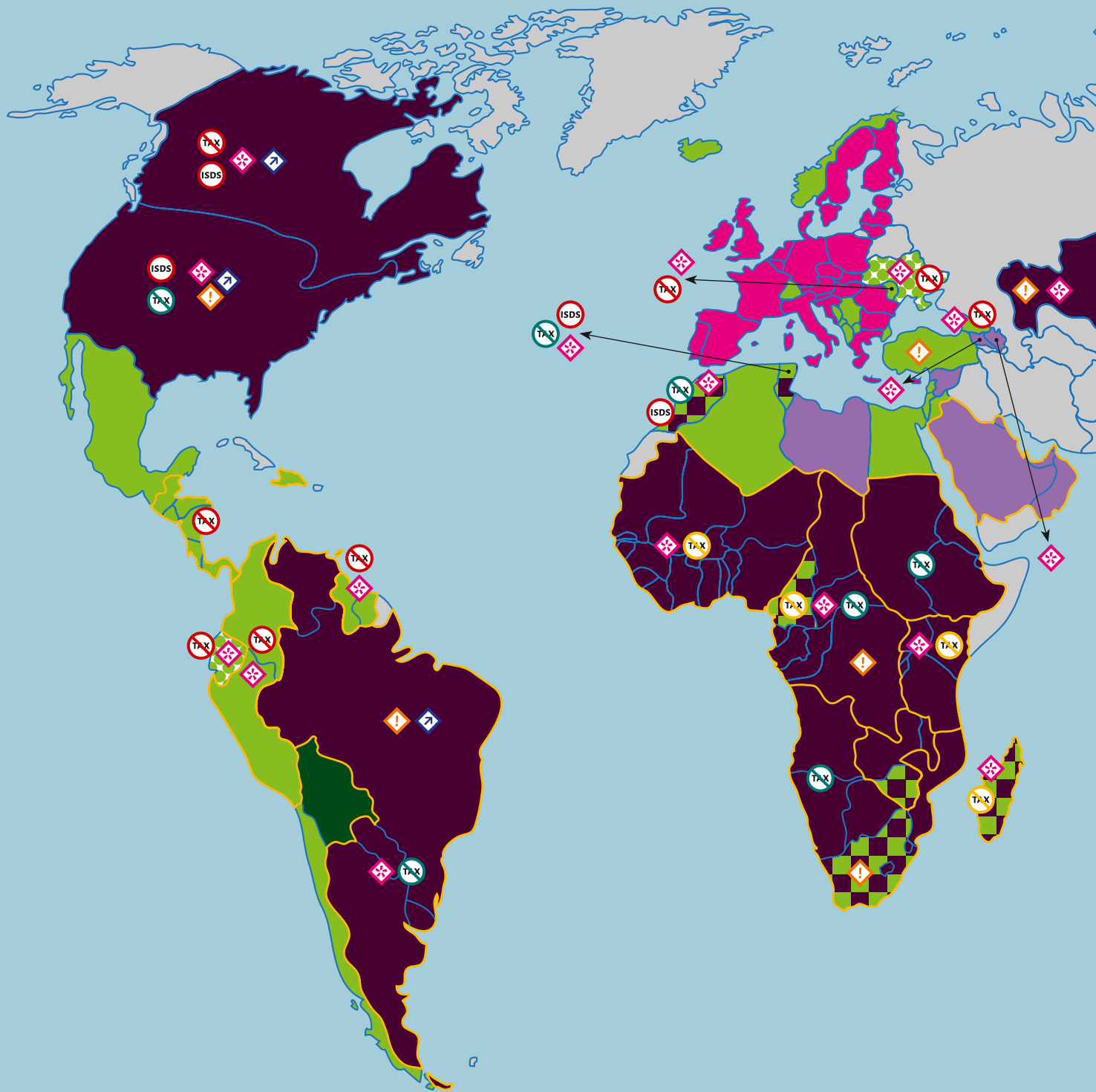
Wer sich nicht in den technischen (und repetitiven) Details jedes einzelnen Abkommens bzw. der Verhandlungen verlieren möchte, der/dem sei die Karte auf Seite 40/41 zum Überblick über den Stand und rohstoffrelevanten Inhalt und die Zusammenfassung in 4.3.25. empfohlen.

4.3.1. EPA EU-CARIFORUM – 2008

Das erste EPA konnte die EU mit den Karibikstaaten (CARIFORUM) abschließen (vgl. Kasten 4).¹⁴ Wir nehmen dieses Abkommen auf, obwohl es schon 2008, als die EU ihre RMI gerade erst vorstellte, unterzeichnet wurde, um ein vollständiges Bild der EPAs zu geben. Darüber hinaus hat Kapitel 2.1. deutlich gemacht, dass das Thema Rohstoffe schon vor der RMI auf der Agenda stand.

Artikel 14 des Abkommens verbietet jegliche Zölle auf Exporte. Nur für Guyana und Suriname galt

¹⁴ CARIFORUM: Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaika, St Lucia, St Vincent und die Grenadinen, St Kitts und Nevis, Suriname, Trinidad und Tobago. Haiti als einziges Land das Abkommen nicht ratifiziert, besitzt aber als LDC den Marktzugang über EBA.



Handels- und Investitionsabkommen der EU: Ziele, Maßnahmen und Klagen im Rohstoffsektor

Mitgliedsstaaten der EU

Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Zypern

Bestehende Handelsabkommen

Ägypten 2004, Albanien 2006, Algerien 2002, Andorra 1990, Bosnien Herzegowina 2008, Chile 2002, Färöer Inseln 1997, Georgien* 2013, Island 1972, Israel 2000, Jordanien 2002, Libanon 2002, Liechtenstein 1972, Marokko 1996, Mazedonien 2001, Mexiko 2000, Moldau* 2013, Monaco 2003, Montenegro 2007, Norwegen 1972, Palästinensische Autonomiegebiete 1997, San Marino 1991, Schweiz 1972, Serbien 2008, Südafrika 1999, Südkorea* 2010, Türkei 1995, Tunesien 1995, Kolumbien und Peru* 2012, **Interim-EPA* 2007**: Pazifikregion

mit Papua Neuguinea und Fidschi, **EPA mit CARIFORUM 2008**: Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaika, St Lucia, St Vincent und die Grenadinen, St Kitts und Nevis, Suriname, Trinidad und Tobago, **Interim-EPA* 2009**: Zentralafrika mit Kamerun, **Interim-EPA* 2009**: ESA (Eastern and Southern Africa), Madagaskar, Mauritius, Seychellen, Simbabwe, **Assoziationsabkommen mit Zentralamerika* 2012**: Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama

Abkommen 2014 unterzeichnet, noch nicht umgesetzt

Ecuador* 2014/2014, Singapur* 2010/2014, Ukraine* 2008/2014

Verhandlungen über Handels- und Investitionsabkommen

Indien 2007, Japan* 2013, Kanada* 2009, Kasachstan* 2011, Malaysia* 2010, Marokko* 2013, Mongolei* 2013,

Philippinen* 2015, Thailand* 2013, Tunesien* 2015, USA* 2013, Vietnam* 2013, **EPA SADC (South African Development Community) 2002**: Angola, Botswana, Lesotho, Mosambik, Namibia, Südafrika, Swasiland, **EPA Westafrika* 2002**: Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kapverden, Liberia, Mali, Mauretanien, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo, **EPA Zentralafrika 2002**: Äquatorial Guinea, DR Kongo, Gabun, Kamerun, Kongo, Sao Tome und Principe, Tschad, Zentralafrikanische Republik, **EPA EAC* (Eastern African Community) 2002**: Burundi, Kenia, Ruanda, Tansania, Uganda, **EPA ESA (Eastern and Southern Africa) 2002**: Äthiopien, Dschibuti, Eritrea, Komoren, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Sambia, Seychellen, Simbabwe, Sudan, **Mercosur* 2010**: Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay, Venezuela

Verhandlungen über Investitionsabkommen

China* 2013, Myanmar* 2014



- Mitgliedsstaaten der EU
 - Bestehende Handelsabkommen
 - Abkommen 2014 unterzeichnet, noch nicht umgesetzt
 - Verhandlungen über Handels- und Investitionsabkommen
 - Verhandlungen über Investitionsabkommen
 - Verhandlungen ausgesetzt
 - Länder, mit denen die EU Verhandlungen erwägt
-
- ISDS Mit Investitionsschutz
 - TAX Komplettsverbot von Exportsteuern
 - TAX Weitreichendes Verbot von Exportsteuern
 - TAX Verbot von Exportsteuern in Planung
 - WTO WTO Klagen
 - 2009 Verhandlungen ab 2009 abgeschlossen oder begonnen
 - ! Herkunft Kritischer Rohstoffe
 - 2 Strategische Partner der RMI

Stand: November 2015

Verhandlungen ausgesetzt

Armenien* 2010, Aserbaidschan* 2010, Libyen 2008, Syrien 1998, **Golf Kooperationsrat 1990**: Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi Arabien, Vereinigte Arabische Emirate

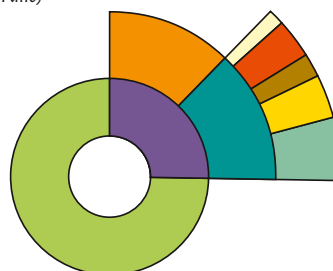
Länder, mit denen die EU Verhandlungen erwägt

Australien, Bolivien, Brunei Darussalam, Hong Kong, Indonesien, Neuseeland, Taiwan

* Verhandlungen ab 2009 abgeschlossen oder begonnen

ISDS-Klagen vor ICSID 2005 – 2015

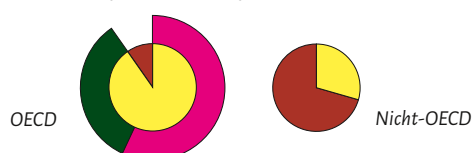
(insgesamt 368 Fälle)



- Öl, Gas und Bergbau
- Andere Sektoren
- Ausstehend
- Abgeschlossen
- Abgeschlossen/Ausgang unbekannt
- Vergleich geschlossen
- Zugunsten des Investors
- Zugunsten des Staates
- Sonstiges

Herkunft der Kläger und Beklagten vor ICSID im Sektor „Öl, Gas und Bergbau“

(94 ISDS-Klagen mit 71 beteiligten Ländern, davon 21 OECD-Staaten)



Grundlage für ISDS-Klagen:
3.284 International Investment Agreements
 weltweit, davon **2.928 Bilateral Investment Treaties**
 und **356 Other IIA (UNCTAD).**

- Herkunftsland des Klägers
- Verklagt
- EU-Länder
- Nicht-EU-Länder

für einige Produkte eine Übergangszeit von drei Jahren nach Unterzeichnung des EPAs (Annex 1). Der einzige Rohstoff darunter war Bauxit. Mit Artikel 26 werden außerdem alle mengenmäßigen Beschränkungen von Exporten, sei es durch Quoten, Lizenzen oder andere Maßnahmen, abgeschafft und eine Wiedereinführung verboten.

Der Marktzugang für Investoren wurde erweitert (Marktpräsenz). Doch Artikel 66 schließt einige Wirtschaftsbereiche, u.a. Bergbau, aus.

„Das EPA schränkt das Recht von Regierungen ein, Kapitalströme zu kontrollieren, da Investoren garantiert wird, alle Gewinne und die Einnahmen aus Investitionen abziehen zu können. Dies könnte ihnen auch erlauben, ein Unternehmen durch den Verkauf von Teilbereichen zu zerschlagen, anstatt in das Unternehmen zu investieren. Nur unter außergewöhnlichen Umständen, falls Kapitalströme ernste finanzielle Schwierigkeiten hervorrufen, kann eine Regierung Kapitalflüsse beschränken. Allerdings nur, wenn dies unbedingt notwendig sein sollte, und nur für maximal sechs Monate (Artikel 124). Diese EPA-Verpflichtung geht weit über die Vorgaben des IWF hinaus und macht die Karibischen Staaten anfälliger für Finanzkrisen“ (Curtis 2010: 35f.).

Für ergänzenden Investitionsschutz hatte die EU zu dem Zeitpunkt noch kein Mandat. Laut Artikel 62 sollen jedoch spätestens fünf Jahre, nachdem das Abkommen in Kraft getreten ist, Verhandlungen über Investitionen und Dienstleistungen aufgenommen werden. Das ist bisher nicht geschehen.

4.3.2. Interim-EPAs

Nur wenige der interim-EPAs, die die EU abgeschlossen hat, traten tatsächlich in Kraft. Da die EU prinzipiell alle interim-EPAs durch vollständige EPAs ersetzen möchte und dadurch andere Regelungen festgelegt werden können (vgl. 4.3.12.), werden wir nur kurz die unterschiedlichen Nuancen bei Exportsteuern vorstellen. Investitionsschutz ist in keinem der Abkommen enthalten.

Interim-EPA EU mit Papua Neuguinea und Fidschi (Pazifikregion) - 2007

Obwohl das interim-EPA bereits 2007 abgeschlossen wurde, wird es in Papua Neuguinea seit 2011 und in Fidschi erst seit 2014 umgesetzt. Beide Länder dürfen Exportsteuern nur noch nutzen, um ihre Liquidität zu erhalten oder um die Umwelt zu schützen (Artikel 10). In besonderen Ausnahmefällen können Exportsteuern

auch zum Schutz junger Industrien genutzt werden. Allerdings muss in allen Fällen die EU zustimmen und die Maßnahme darf nur kurzzeitig auf eine begrenzte Anzahl von Produkten, die für den europäischen Markt bestimmt sind, verhängt werden. Artikel 22 verbietet den Parteien mengenmäßige Exportbeschränkungen, wie Quoten, Lizenzen oder andere Maßnahmen, anzuwenden.

Interim-EPA EU-Kamerun (Zentralafrika) - 2009

Das interim-EPA EU-Kamerun erlaubt neue Exportsteuern nur im Falle **„ernsthafter Probleme des öffentlichen Haushalts oder im Falle der Schutzbedürftigkeit der Umwelt“** (Artikel 15). Auch in diesen Fällen muss zunächst die EU konsultiert werden und die Abgaben dürfen nur für eine begrenzte Zeit auf eine begrenzte Anzahl von Waren erhoben werden. Bestehende Exportsteuern dürfen nicht angehoben werden. Darüber hinaus soll der EPA-Ausschuss Exportsteuern in regelmäßigen Abständen evaluieren.

Alle anderen Exportbeschränkungen müssen grundsätzlich abgeschafft werden (Artikel 22).

Interim-EPA EU mit Madagaskar, Mauritius, Seychellen und Simbabwe (ESA: Eastern and Southern Africa) - 2009

Das interim-EPA der ESA-Staaten verbietet, neue Exportsteuern einzuführen, zu bestehenden gibt es keine Regelung (Artikel 15). Keiner der bisherigen vier Unterzeichnerstaaten von insgesamt elf der ESA-Gruppe hat Ausnahmen davon im Annex III gelistet. Alle mengenmäßigen Exportbeschränkungen, wie Quoten, Lizenzen u.a. müssen komplett abgeschafft werden (Artikel 17).

4.3.3. FTA EU-Südkorea – 2010

Mit dem FTA der EU mit Südkorea trat 2011 das erste Freihandelsabkommen der neuen Generation unter „Global Europe“ in Kraft. Es reicht von Dienstleistungen über Regelungen zu Wettbewerbspolitik, Öffentlicher Beschaffung, Geistigen Eigentumsrechten bis zu Investitionen (Marktzugang). **„Durch dieses Abkommen werden umfassender als je zuvor Handelshemmnisse abgebaut und die Geschäftsbeziehungen zwischen europäischen und koreanischen Unternehmen deutlich erleichtert“** (Europäische Kommission 2014c: 11).

Laut Artikel 2.9 dürfen keine Ausfuhrbeschränkungen oder -verbote beibehalten oder erhoben werden, wobei auf die Regelung und Auslegungen unter der WTO Bezug genommen

wird (Artikel XI des GATT 1994). Artikel 2.15 regelt generelle Ausnahmen (Artikel XX des GATT 1994).

Zölle, Abgaben, Gebühren und sonstige Belastungen auf Ausfuhren dürfen weder beibehalten noch eingeführt werden (Artikel 2.11). Zudem sind Exporte der Kritischen Rohstoffe Gallium, Indium und Niob aus Südkorea in die EU insgesamt steuerfrei. Südkorea produziert zehn Prozent des weltweiten Indiums, das bisher zu 58 Prozent aus China importiert wird (Europäische Kommission 2014a).

Die EU würde das FTA gerne um ein Kapitel zum Investitionsschutz ergänzen. Solange lässt das Abkommen das Recht von Investoren aus den Mitgliedstaaten unberührt, eine günstigere Behandlung in Anspruch zu nehmen, die ein Abkommen über Investitionen vorsieht, bei dem der betreffende Herkunftsstaat und Korea Vertragsparteien sind.

4.3.4. Assoziationsabkommen EU-Zentralamerika – 2012

Die Handelskomponente des Assoziationsabkommen der EU mit den zentralamerikanischen Ländern Honduras, Nicaragua, Panama, Guatemala, Costa Rica und El Salvador wird seit 2013 vorläufig angewandt. Die EU konnte ein Verbot für alle geltenden und künftigen Ausfuhrabgaben durchsetzen (Artikel 88).¹⁵ Ausfuhrbeschränkungen sind ebenfalls nicht erlaubt (Artikel 86 in Bezug auf Artikel XI des GATT 1994). Investitionsschutz war nicht Teil der Verhandlungen. In Artikel 164 wird europäischen Unternehmen jedoch weitreichender Marktzugang gewährt und außerdem der Kapitalverkehr liberalisiert (Artikel 204 mit Ausnahmen in Artikel 207).

4.3.5. FTA EU-Kolumbien/Peru – 2012

Das Handelsabkommen wurde 2012 unterzeichnet und seit 2013 (vorläufig) umgesetzt. Auch hier konnte die EU ein Verbot für geltende und künftige Ausfuhrabgaben durchsetzen (Artikel 25).¹⁶ Ausfuhrbeschränkungen und -verbote sind nicht zugelassen (Artikel 23). Der Marktzugang für europäische Investoren wird erweitert (Artikel 112), u.a. entfallen Beschränkung auf die Zahl von Niederlassungen oder Arbeitskräften, Auflagen für *Joint Ventures* sowie Höchstgrenzen für ausländische Beteiligungen. Artikel 113 legt die

Inländerbehandlung fest. Peru hat für den Bereich Bergbau im Anhang VII keine Spezifizierungen oder Einschränkungen aufgeführt. Kolumbien hat ebenfalls den Bergbau nicht explizit angenommen, listet aber drei allgemeine Ausnahmen (Annex VII: Notes on the limitations applied to sectoral specific commitments on establishment in services and non services sectors). Mit diesen behält sich der Staat gesonderte Rechte vor, wenn es um ethnische Minderheiten und lokalen Gemeinden oder den Verkauf von Staatseigentum geht.

Kapitalströme dürfen nur noch in Ausnahmefällen begrenzt werden und dann maximal für ein Jahr. Diese Maßnahmen dürfen jedoch in keinem Fall zum Schutz einer speziellen Industrie oder der Wirtschaft insgesamt eingesetzt werden (Artikel 163 und 164). Das erschwert einerseits die wirksame Kontrolle von Finanzflüssen insgesamt und andererseits können Unternehmen alle Einnahmen und Gewinne ungehindert ins Ausland transferieren.

4.3.6. DCFTA EU-Georgien – 2013

Hinter dem Titel umfassende Freihandelszone DCFTA (Deep and Comprehensive Free Trade Area) verbirgt sich der Freihandelsteil der Assoziationsabkommen, die die EU mit ihren Nachbarländern verhandelt. Die Verhandlungen mit Moldau, Armenien und Georgien wurden 2013 abgeschlossen. Obwohl die Abkommen mit Georgien und Moldau seit der Unterzeichnung 2014 vorläufig umgesetzt werden, finden sie in keinem der Berichte zur RMI Erwähnung. Dabei wird Bergbau in diesen Abkommen explizit erwähnt.

Mit Georgien werden Ausfuhrzölle generell abgeschafft (Artikel 29) und nicht-tarifäre Ausfuhrbeschränkungen oder -verbote ebenfalls (Artikel 32). Ausnahmen nehmen auf Artikel XX und XXI des GATT 1994 und seine Auslegungen Bezug. Der Kapitalverkehr wird liberalisiert und umfasst auch u.a. Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen (Artikel 138). Allerdings ist Bergbau in Artikel 78 von den Niederlassungsregeln (establishment) ausgenommen. In Artikel 80 wird festgehalten, dass Investitionsschutz mit ISDS dem Abkommen zu einem späteren Zeitpunkt hinzugefügt werden kann.

Kapitel 5 dreht sich um „Industrie- und Unternehmenspolitik und Bergbau“. Die Parteien wollen ihre Zusammenarbeit stärken und darüber den administrativen sowie regulatorischen Rahmen für Aktivitäten, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen, verbessern (Artikel 313). Wie genau das geschehen soll wird in Artikel 314 weiter ausgeführt. Mit Blick auf die

¹⁵ Es gab eine zehnjährige Übergangszeit für die bestehenden Exportsteuern Costa Ricas und Guatemalas auf Kaffee, Rindfleisch und Bananen.

¹⁶ Für Kolumbien sind Kaffee und Smaragde davon ausgenommen. Spätestens zehn Jahre, nachdem das Abkommen in Kraft getreten ist, sollen diese Ausnahmen jedoch überprüft werden (Europäische Kommission 2012a: 10).

Bergbauindustrie und die Rohstoffproduktion soll die Kooperation weiterentwickelt und vertieft werden, um das gegenseitige Verständnis, das Geschäftsumfeld, den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit bei nicht-energetischen Rohstoffen zu verbessern. Der Informationsaustausch soll Entwicklungen im Bergbau- und Rohstoffsektor, den Handel mit Rohstoffen sowie Beispiele zu *Best-Practice*, umfassen.

Kasten 5:

Verhandlungen ohne Ende

Bei manchen Verhandlungen und Abkommen ist es wie mit der Doha-Runde der WTO: Kein Ende in Sicht. Obwohl seit Jahren nichts mehr passiert, um diese Verhandlungen zum Abschluss zu bringen, führt sie die EU weiter auf. Aufgeben gilt nicht im Freihandelssystem. Die „Untoten“ unter den Verhandlungen der EU sind Armenien, Syrien, Libyen und der **Golf Kooperationsrat**. Die Verhandlungen mit Saudi Arabien, Kuwait, Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Oman und Bahrain, die 1990 begannen, wurden 2008 auf Wunsch des Kooperationsrats ausgesetzt. Durch die GSP-Reform verloren diese Länder ihren präferenziellen Marktzugang. Trotzdem ist eine Wiederaufnahme der Gespräche nicht in Sicht.

Mit **Syrien** setzte die EU die Verhandlungen ihrerseits 2004 aus (Beginn 1998). 2008 erklärte sie sich wieder bereit, nach technischen Klärungen das Abkommen zu einem Abschluss zu bringen. Doch dann wollte Syrien den Text erst noch einmal prüfen. 2011 legte die EU alle bilateralen Programme mit Syrien auf Eis.

Mit **Libyen** wurden die Verhandlungen 2008 aufgenommen und 2011 offiziell ausgesetzt. Es zeichnet sich momentan keine Wiederaufnahme der Gespräche ab. Seit der GSP-Reform besitzt Libyen keine präferenziellen Zugang zur EU mehr.

Das Assoziationsabkommen mit **Armenien**, inkl. DCFTA, wurde 2013 sogar offiziell abgeschlossen. Doch trat Armenien im selben Jahr der Zollunion mit Russland bei und beendete dadurch den DCFTA-Prozess mit der EU. Nichtsdestotrotz führt die EU auch dieses Abkommen tapfer weiter in ihrer Übersicht auf.

4.3.7. DCFTA EU-Moldau – 2013

Auch in diesem FTA werden Ausfuhrzölle (Artikel 150) und nicht-tarifäre Ausfuhrbeschränkungen oder -verbote abgeschafft (Artikel 153) (vgl. 4.3.6). Der Kapitalverkehr wird liberalisiert, u.a. Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen (Artikel 265). Artikel 202 schließt auch hier Bergbau von den Niederlassungsregeln aus.

Nichtsdestotrotz gibt es ein spezifisches Kapitel „Bergbau und Rohstoffe“ (Kapitel 11). In ihrer neuen Handelsstrategie schreibt die Kommission, Kapitel zu Rohstoffen und Energie mit verbindlichen Maßnahmen in alle zukünftigen

Abkommen aufnehmen zu wollen. Vorläufer dazu finden sich in den DCFTAs: Mit Moldau wurde allerdings nur Kooperation und Informationsaustausch vereinbart. Nach Artikel 65 soll die Zusammenarbeit in Bezug auf die Bergbauindustrie und den Handel mit Rohstoffen ausgebaut und verbessert werden, um das gegenseitige Verständnis, das Geschäftsumfeld, den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit bei nicht-energetischen Rohstoffen, insbesondere metallischen und industriellen Mineralien, zu fördern. Im Rahmen der Zusammenarbeit sollen Informationen über die generellen Entwicklungen im Bergbau und den Rohstoffsektor, den Handel mit Rohstoffen, nachhaltige Entwicklung sowie *Best-Practice* in Ausbildung, Kompetenz und Sicherheit in der Bergbauindustrie ausgetauscht werden (Artikel 66).

In den folgenden Unterkapiteln (3.3.8.-3.3.11) werden Abkommen untersucht, die bereits zu Ende verhandelt wurden, allerdings – anders als die bisher betrachteten – noch nicht (vorläufig) umgesetzt werden (gesonderte Kategorie auf der Karte auf S. 40/41: hellgrün mit weiß). BusinessEurope erklärte bei der Konsultation zur Überarbeitung der Handelsstrategie im Sommer 2015, dass sie weitreichende Resultate bei den Handelsabkommen wünschen. Allerdings sollten Verhandlungen, bei denen keine Fortschritte gemacht werden, auch überdacht werden.

„Verhandlungen, insbesondere in der Endphase, sollten in sehr enger Kooperation mit BusinessEurope durchgeführt werden. Zentral sind die Verhandlungen mit Indien, Kanada, der Ukraine, den ASEAN Mitgliedern und dem Mercosur. [...] Handelsinteressen und Wirtschaftsfaktoren müssen weiterhin bestimmend für neue Gespräche sein. Schließlich profitieren Unternehmen am meisten von der Liberalisierung mit den größten Handelspartnern Europas sowie den schnell wachsenden, aber abgeschirmten Ökonomien. Die Wahl der Partner sollte in Absprache mit BusinessEurope geschehen und auf ernsthafter und umfassender Analyse basieren“ (Europäische Kommission 2015b).

4.3.8. DCFTA EU-Ukraine – 2014

Das DCFTA mit der Ukraine wurde bereits im Dezember 2011 abgeschlossen, aber erst 2014 unterzeichnet. Zuerst sollte die vorläufige Umsetzung ebenfalls 2014 beginnen, wurde dann aber verschoben – vorerst auf den 01. Januar 2016 (Europäische Kommission 2014c).

Die Ukraine wird in der RMI sowie von Unternehmensseite (siehe Zitat BusinessEurope oben) immer wieder als wichtiges Land für ein

Freihandelsabkommen genannt. Artikel 31 legt fest, dass keine Ausfuhrzölle oder -abgaben oder Maßnahmen, die einen gleichen Effekt haben, neu erhoben und fortgeführt werden dürfen. Bestehende Exportsteuern müssen zu bestimmten Stichtagen auslaufen (Annex I-C). Das gilt auch für Exportsubventionen und Maßnahmen, die einen gleichen Effekt haben (Artikel 32). Ausfuhrbeschränkungen werden in Artikel 35 abgeschafft (gemäß Artikel XI des GATT 1994).

Aufbauend auf den Zugeständnissen der Ukraine beim Beitritt zur WTO konnte die EU ihre Kernziele zum Rohstoffhandel durchsetzen (Europäische Kommission 2012a: 11). Darüber hinaus wird die Definition von Exportsteuern und -subventionen entscheidend erweitert: Nicht nur Ausfuhrzölle und -abgaben, auch Maßnahmen, die einen gleichen Effekt haben und auf Exporte erhoben oder mit ihnen in Verbindung stehen, sind nun enthalten. Diese Definitionsausweitung findet sich in diesem Abkommen zum ersten, jedoch nicht zum letzten Mal.

Das Verbot von Preisdifferenzierungen (Artikel 270: Dual pricing) bezieht sich nur auf Energie, was die europäischen Gasimporteure freuen wird; die EU hätte dieses Verbot aber gerne für alle Rohstoffe durchgesetzt. Lizenzvergaben und Genehmigungen sollen im Allgemeinen vereinfacht werden (Artikel 104 und 105). Der Kapitalverkehr wird liberalisiert und umfasst u.a. auch Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen (Artikel 145). Doch Bergbau ist, wie bei Moldau und Georgien, von den Niederlassungsregeln ausgenommen (Artikel 87: establishment).

Kapitel 11 nennt sich „Bergbau und Metalle“. Hierüber sollen die Zusammenarbeit und der Austausch gefördert werden (Artikel 381). Die Unterpunkte in Artikel 382 weichen nur leicht von den Schwerpunkten im EU-Moldau DCFTA ab: Informationsaustausch über Eckdaten im Bergbau und der Metallindustrie, über die Prognose der europäischen und ukrainischen Industrie mit Blick auf den Konsum, über Produktion und Marktentwicklung, über Maßnahmen zur Restrukturierung sowie Best-practice in Bezug auf nachhaltige Entwicklung in diesem Sektor.

4.3.9. FTA EU-Ecuador – 2014

2014 begannen und endeten die Verhandlungen der EU mit Ecuador (Europäische Kommission 2014c). Ecuador wird dem gemeinsamen Abkommen der EU mit Kolumbien und Peru beitreten (vgl. 4.3.5.). 2009 stieg Ecuador aus den Verhandlungen aus, da das Land zu viele negative Effekte von den weitreichenden Liberalisierungen erwartete.

„Vier Jahre später gelang es der EU Ecuador wieder an den Verhandlungstisch zu bringen – indem politischer Druck ausgeübt wurde. Durch eine Reform des Allgemeinen Zollpräferenzsystems (GSP) der EU wären mit Beginn 2015 für Ecuador keine zollvergünstigten Exporte in die EU mehr möglich gewesen. Da die beiden Nachbarländer Kolumbien und Peru mit ähnlicher Exportstruktur bereits ein Handelsabkommen mit der EU geschlossen hatten, geriet Ecuador in Zugzwang, um nicht vom europäischen Markt verdrängt zu werden“ (Vollrath 2014: 11).

Ecuador konnte zwar einige Sonderkonditionen durchsetzen, doch die Öffnungen in Bezug auf den Rohstoffsektor gelten genauso. Im Anhang VII ist Bergbau nicht explizit ausgenommen oder eingeschränkt. Soweit es aus den bisher veröffentlichten Papieren hervorgeht, gelten die gleichen Regelungen für Exportsteuern und Ausfuhrbeschränkungen (vgl. 3.4.5.).

4.3.10. FTA EU-Singapur – 2014

Nachdem die Verhandlungen der EU mit ASEAN¹⁷ als Block von 2007 bis 2009 nicht die gewünschten Ergebnisse brachten, schwenkte die EU von ihren Ansatz, Abkommen mit regionalen Kooperationsblöcken nur gemeinsam abschließen zu wollen, auf bilaterale Verhandlungen um. Mit Singapur begannen diese 2010 und konnten 2013 zum Abschluss gebracht werden. 2011 war das Verhandlungsmandat um Investitionsschutz erweitert worden (bilaterals 2011). Auf dieser Basis wurde 2014 das bisher umfassendste FTA der EU unterzeichnet, das u.a. ein vollständiges Verbot von Ausfuhrzöllen beinhaltet.

In Artikel 2.7 ist nicht nur festgelegt, dass bei der Ausfuhr von Waren keine Abgabe oder Steuern erhoben werden dürfen, sondern auch keine interne Steuer auf Exportprodukte, die über das hinausgeht, was für ähnliche Produkte auf dem heimischen Markt erhoben wird (like goods). Artikel 2.9 schließt Ausfuhrbeschränkungen aus (Verweis auf Artikel XI des GATT 1994). Auch die Erteilung von Exportlizenzen wird ausführlich geregelt (Artikel 2.11). Dort heißt es beispielsweise, dass Lizenzen auf faire, gerechte, nicht-diskriminierende und transparente Weise vergeben werden müssen. Was genau das bedeutet, können dann im Zweifelsfall die Schiedsgerichte

¹⁷ Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand schlossen sich 1967 zu ASEAN zusammen. Später kamen noch Brunei Darussalam, Kambodscha, Laos, Myanmar und Vietnam dazu. Nachdem die Zölle untereinander kontinuierlich gesenkt wurden, soll ab dem 01. Januar 2016 ein gemeinsamer Markt mit einem gemeinsamen Außenzoll eingerichtet werden (nach Vorbild der EU). Die Umsetzung dürfte durch die wachsende Zahl an bilateralen FTAs erschwert werden.

klären. Denn es ist das erste Abkommen mit einem umfassenden Kapitel zu Investitionen, inkl. Investitionsschutz (Kapitel 9). In Abschnitt A werden die entscheidenden Begriffe und Konzepte von Investment und Investor bis zu Inländerbehandlung, Enteignung u.v.m. definiert. Abschnitt B geht dann um die Gestaltung des ISDS-Mechanismus. Ohne in die Details der Formulierungen zu gehen, die entscheidend sind, um einordnen zu können, wie weitreichend die Rechte der Investoren gegenüber den Staaten sind, bietet ISDS Konzernen immer die Möglichkeit, Teile von Abkommen (um)deuten zu lassen und indirekt weitergehende Liberalisierungen zu erzwingen. Kapitel 3.5. hat deutlich gemacht, dass ISDS gerade im Bergbau dazu führen kann, Politikveränderungen hinauszuzögern, zu verhindern oder zumindest äußerst kostspielig werden zu lassen.

Singapur ist als Stadtstaat kein rohstoffreiches Land, doch zum einen ist der Finanzplatz von weltweiter Bedeutung. Zum anderen rechnen viele BeobachterInnen damit, dass das Abkommen mit Singapur eine Art Blaupause für andere Abkommen mit Ländern aus der ASEAN sein wird. Die weitreichenden Formulierungen aus dem Vertragstext würden sich dann auch in Abkommen mit rohstoffreichen Ländern, wie Indonesien, den Philippinen, Vietnam oder Myanmar, wiederfinden (vgl. 4.3.23.).

4.3.11. CETA EU-Kanada – 2009

Die EU und Kanada begannen mit den Verhandlungen über CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) 2009. Der Rat erweiterte 2011 das Verhandlungsmandat um Investitionsschutz (bilaterals 2011). Im Herbst 2014 wurden die Verhandlungen formal für beendet erklärt, doch unterzeichnet wurde das Abkommen bislang nicht. Entgegen den bisherigen Gepflogenheiten der Kommission steht der Text von CETA bereits online. Das liegt nicht an der neu entdeckten Transparenzliebe der Kommission, sondern daran, dass die Tagesschau (ARD) den durchgesickerten Text im August 2014 veröffentlichte.

Auch in CETA gibt es ein generelles Verbot von Ausfuhrabgaben (Artikel 7) und Ausfuhrbeschränkungen (Artikel 12) – mit einigen spezifischen Ausnahmen. Wie bereits im Abkommen mit Singapur werden nicht nur Ausfuhrzölle oder jede andere Art von Abgabe beim Export einer Ware genannt, sondern das Verbot auch auf inländische Steuern und Abgaben ausgedehnt, wenn diese den Export stärker belasten

als den heimischen Konsum der gleichen Ware. Neu ist, dass darüber hinaus in beiden Artikeln festgelegt wird, mit welchen Maßnahmen eine Vertragspartei reagieren darf, sollte die andere gegen diese Vorgaben verstoßen.

Wie in 4.1. und 4.3. beschrieben, zählt die europäische Industrie ein FTA mit Kanada zu den Prioritäten im Handelsbereich. Denn in Kanada werden u.a. bedeutende Mengen der Kritischen Rohstoffe Kobalt, Indium und Niob abgebaut. Darüber hinaus werden auch Wolfram und Beryllium sowie eine Reihe weiterer Rohstoffe hergestellt (Europäische Kommission 2010b). Das Potenzial für Seltene Erden gilt als hoch. Dazu arbeitet die Kommission bereits mit Kanada zusammen (Europäische Kommission 2014b: 5f.). Über CETA soll der Dialog und die Kooperation institutionalisiert werden sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft, Technologie, Forschung und Innovation verbessert werden (Artikel X.05 Bilateraler Dialog zu Rohstoffen).

Dass durch CETA die kanadischen Rohstoffexporte in die EU direkt steigen werden, ist eher unwahrscheinlich, da bereits zum jetzigen Zeitpunkt alle entsprechenden Zolllinien bei Null liegen und keinerlei Exportbeschränkungen auf metallische oder mineralische Rohstoffe gelistet werden (OECD 2015). Die EU und die Wirtschaft erhoffen sich aber, dass die Liberalisierung der Investitionen den Rohstoffmarkt belebt. Investitionen werden in Kapitel 10 geregelt, darunter der Marktzugang für Investoren (Artikel X.4) und deren Schutz (Artikel in Abschnitt 4). In „Verkaufte Demokratie“ wird sehr gut erklärt, was die einzelnen Artikel im Detail bedeuten bzw. wie sie ein Schiedsgericht auslegen könnte (Eberhardt et al. 2014: 13ff.).

Im Gegensatz zu den bisherigen Abkommen der EU, fließen – gerade im Bergbausektor – viele Investitionen aus Kanada in die EU. Abb. 7 zeigt eine Auswahl umstrittener Bergbauprojekte in der EU, an denen kanadische Bergbaukonzerne beteiligt sind. Da unter der 2. Säule der RMI der heimische Rohstoffabbau erleichtert werden soll, passt das ins Konzept. Leidtragende wären, wie in anderen Ländern auch, die lokalen Gemeinden und die Umwelt. Vielleicht bekommen europäische Konzerne auf diesem Wege Unterstützung, um ungeliebte Gesetzgebung, wie die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie, mit der ein europäisches Netz aus Schutzgebieten errichtet werden soll (Natura 2000), aus dem Weg zu räumen?

UMSTRITTENE PROJEKT KANADISCHER BERGBAUKONZERNE IN EUROPA WIRD DER WIDERSTAND DER GEMEINDEN MITHILFE DES CETA-INVESTITIONSKAPITELS GEBROCHEN WERDEN?



Im Zuge der Planungen von **Dalradian Resources** zum Bau einer Goldmine in **Curraghinallt** in **Nordirland** warnen KlimaschützerInnen vor möglichen katastrophalen Folgen besonders für ein angrenzendes Naturschutzgebiet und kritisieren, dass für das Vorhaben keine Umweltverträglichkeitsprüfung vorliegt.

Die Regionalregierung von **Galizien** in **Spanien** stoppte zeitweise die Errichtung einer Tagebaugrube des Bergbauunternehmens **Edgewater** in **Corcoesto**, nachdem die lokale Bevölkerung im Oktober 2013 heftig protestiert und Befürchtungen hinsichtlich Umweltschäden, Wasserverschmutzung und des Verlustes ihrer Lebensgrundlagen geäußert hatte.

NaturschützerInnen und indigene Gemeinden sind alarmiert wegen des Mineralienbooms in **Lapland, Finnland**. Verunreinigtes Wasser und Schwermetallabfall aus Förderungsanlagen wie einer Nickelmine des Konzerns **First Quantum Minerals** in **Sodankylä** könnten das lokale Ökosystem nachhaltig schädigen und sich negativ auf die indigenen Gemeinden und die Tourismusbranche der Region auswirken.

BürgerInnen versuchen, geplante Tagebaugruben des Goldminenbetreibers **Eldorado Gold** in der Region **Halkidiki** im Norden **Griechenlands** (**Skouries, Olympias, Stratoni**) zu verhindern. Sie befürchten die Rodung unberührter Waldflächen, Wasserverschmutzung durch den Gebrauch von Zyanid und den Verlust ihrer wirtschaftlichen Existenz in den Bereichen Tourismus, Landwirtschaft, Fischerei und Bienenzucht.

Gabriel Resources drohte damit, Investitionsverträge aus den 1990er-Jahren zu nutzen, um **Rumänien** auf 4 Milliarden US\$ Schadenersatz zu verklagen. Das wären beinahe 2% des BIPs Rumäniens. Durch heftige Proteste gegen Umweltschäden und die Vertreibung von DorfbewohnerInnen wurden Pläne für eine Gold- und Silbermine in **Roşia Montană** auf Eis gelegt.

KlimaschützerInnen versuchen gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung in **Krumovgrad, Bulgarien**, die Genehmigung einer Tagebaugrube zur Gold- und Silbergewinnung zu verhindern. Sie befürchten Verschmutzung und Belastung der begrenzten Wasservorkommen sowie die Bedrohung der Lebensgrundlagen der lokalen LandwirtInnen. **Dundee Precious Metals** plant dieses Projekt im Natura 2000-Schutzgebiet von Ada Tepe.

4.3.12. EPAs – 2002

Während sich in den FTAs immer schärfere und weitreichendere Formulierungen zu Ausfuhrabgaben und -beschränkungen finden, verläuft der Prozess bei EPAs eher gegenteilig. Das schärfste Verbot findet sich in dem ersten EPA der EU mit dem CARIFORUM (vgl. 4.3.1.). Alle Verhandlungen begannen 2002. Offiziell liegen nur die Texte zweier weiterer EPAs vor: Westafrika und EAC (Eastern African Community).

Das **EPA der EU mit der Pazifikregion** umfasst die Cookinseln, Kiribati, Marshallinseln, Niue, Mikronesien, Nauru, Samoa, Salomonen, Tonga, Tuvalu, Vanuatu, Palau, Fidschi und Papua Neuguinea. Offiziell heißt es, dass mit allen Ländern verhandelt werde. Inoffiziell war zu hören, dass die Verhandlungen von Seiten der EU aufgrund bestimmter Fischereipraktiken von Fidschi und Papua Neuguinea zeitweise ausgesetzt wurden. Fünf Inselstaaten gehören zu den LDCs und genießen daher den Marktzugang unter EBA: Kiribati, Salomonen, Tonga, Tuvalu und Vanuatu (UN 2015). Allerdings ist der Handel der EU mit den Ländern dieser Gruppe außer Fidschi und Papua Neuguinea so gering, dass kein anderer Staat ein großes Interesse an den EPA-Verhandlungen hat. Mit diesen beiden Ländern gilt weiterhin das interim-EPA von 2007 (vgl. 4.3.2.).

Das **EPA der EU mit Westafrika** wurde parapiert. Die Gruppe umfasst folgende Länder: Elfenbeinküste, Benin, Burkina Faso, Kapverden, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Liberia, Mali, Mauretanien, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone und Togo. Mit Ausnahme der Elfenbeinküste, den Kapverden, Ghana und Nigeria handelt es sich ausschließlich um LDCs. CONCORD, die Dachorganisation europäischer Entwicklungsorganisationen, kritisierte sowohl den Inhalt des Abkommens als auch die Verhandlungsführung der EU (CONCORD 2014).

Exportsteuern und Maßnahmen mit dem gleichen Effekt werden auf dem Status quo eingefroren (Artikel 13). Zugleich dürfen sie nicht höher liegen als die Abgaben und Maßnahmen anderen Ländern gegenüber. In besonderen Ausnahmefällen können, nach der Konsultation mit der EU, für einige Produkte für kurze Zeit sogar neue Exportsteuern erhoben oder bestehende erhöht werden. Neben Einnahmen und Umweltschutz kann auch der Schutz junger Industrien dies rechtfertigen (siehe dazu Artikel 23). Artikel 34 legt fest, dass alle Exportbeschränkungen (Quoten, Lizenzen oder andere Maßnahmen) verboten sind. Bei ernsthaften Zahlungsbilanzschwierigkeiten dürfen für kurze Zeit unter

diversen Auflagen ansonsten verbotene, restriktive Maßnahmen ergriffen werden (Artikel 89). Artikel 106 ist die sogenannte Rendezvous-Klausel, unter der Themenbereiche, wie z.B. Kapitalverkehr und Investitionen, dem Abkommen später hinzugefügt werden können. Diese und weitere WTO-plus Themen konnte Westafrika in seinem EPA erfolgreich abwehren. Bergbau oder Rohstoffe werden im Abkommen selbst nicht genannt.

Die Verhandlungen über das **EPA der EU mit EAC** sind abgeschlossen. Die Gruppe besteht aus drei LDCs Burundi, Ruanda und Uganda sowie Tansania und Kenia. Artikel 14 verbietet auch hier Ausfuhrsteuern. Allerdings muss die EU lediglich informiert – nicht konsultiert – werden, falls vorübergehend und für eine begrenzte Anzahl von Waren Exportsteuern aus einem der folgenden Gründe erlassen werden: Entwicklung der heimischen Industrie, Währungsstabilität sowie zum Schutz der Staatseinnahmen, der Nahrungsmittelsicherheit und der Umwelt. Es gibt keine Rendezvous-Klausel, dafür aber einen Bereich mit allgemeinen Vereinbarungen zur Entwicklung des Privatsektors (Artikel 85) und zur Förderung von Unternehmungen (Artikel 86).

Die Verhandlungen über das **EPA der EU mit den SADC-Staaten** (South African Development Community) mit Botswana, Lesotho (LDC), Mosambik (LDC), Namibia, Südafrika und Swasiland sind abgeschlossen. Angola (LDC) kann dem Abkommen zu einem späteren Zeitpunkt beitreten. Das Abkommen wurde noch nicht veröffentlicht. Es ist aber zu vermuten, dass es auch darin Ausnahmeregelungen für die Nutzung von Ausfuhrzöllen geben wird.

Über das **EPA der EU mit den ESA-Ländern** wird noch verhandelt. Zu den Ländern des östlichen und südlichen Afrika gehören Sambia (LDC), Eritrea (LDC), Äthiopien (LDC), Malawi (LDC), Komoren (LDC), Dschibuti (LDC), Sudan, Mauritius, Madagaskar (LDC), Seychellen und Simbabwe. Mit den vier letztgelisteten besteht ein interim-EPA (vgl. 4.3.2.). Dort gab es zwar keine Ausnahmen für neue Exportsteuern, dafür aber auch keine Regelung, was mit den Bestehenden geschehen muss. Es ist anzunehmen, dass dies in dem EPA präzisiert werden wird.

Auch das **EPA der EU mit Zentralafrika** ist noch nicht abgeschlossen. Wie in allen anderen Regionen sind auch für die Zentralafrikanische Republik (LDC), Tschad (LDC), Kongo, DR Kongo (LDC), Gabun, Sao Tome und Principe (LDC), Äquatorial Guinea (LDC) und Kamerun Exportsteuern eines der zentralen Themen.

Das Recht Ausfuhrzölle anzuwenden, war von Anfang an einer der strittigsten Punkte in den EPA-Verhandlungen (Lambert 2011). Während sich die EU im CARIFORUM-EPA noch komplett durchsetzen konnte, ließ sie sich bei den interim-EPAs schon auf erste Ausnahmen (Staatshaushalt und Umwelt) ein. In den jüngeren EPAs gehen die Ausnahmen noch weiter, wobei der Grad des Einflusses der EU (Zustimmung oder Information) variiert. Im Bereich Investitionen wurde der Anspruch auf den Grad der Liberalisierung zurückgeschraubt, nur teilweise eine Rendezvous-Klausel vereinbart.

Aus dem Blickwinkel der RMI gibt es zwei Gründe, warum die EU ihre Position letzten Endes nicht in der gleichen Härte durchgesetzt hat wie anderen Ländern gegenüber. Erstens sah die Wirtschaft diese Verhandlungen niemals als zentral an (Europäische Kommission 2015b und die Berichte zur Umsetzung der RMI). Zweitens gibt es mit diesen Ländern unter der Entwicklungszusammenarbeit noch eine Reihe anderer Kooperationsformen und Instrumente, über die auf den Rohstoffsektor und den Rohstoffhandel Einfluss genommen werden kann.

4.3.13. FTA EU-Vietnam – 2012

Das Freihandelsabkommen mit Vietnam, das zweite mit einem ASEAN-Staat, wurde nach nur zweieinhalbjährigen Verhandlungen offiziell im August 2015 abgeschlossen. Mit dem FTA sollen 99 Prozent aller Tariflinien auf Null gesenkt werden, mehr als jemals zuvor in einem Abkommen der EU. Dafür hat Vietnam zehn Jahre Zeit, die EU sieben.

„Dies ist das erste Abkommen seiner Art, das die EU mit einem Entwicklungsland geschlossen hat. Neben einer Übergangsfrist für Vietnam, die dem Land die Anpassung ermöglichen soll, wird mit der vereinbarten ehrgeizigen und symmetrischen Liberalisierung im Vergleich zu anderen Abkommen der EU mit Entwicklungsländern Neuland betreten. [...] Neben der Abschaffung der Zölle wird Vietnam auch fast alle seine Ausfuhrabgaben streichen. Mit dem Abkommen werden außerdem neue Möglichkeiten für den Marktzugang bei Dienstleistungen und Investitionen eröffnet“ (Europäische Kommission 2015f).

Obwohl es in der Pressemitteilung der Kommission heißt, dass nur noch technische Fragen geklärt werden müssen, scheinen durchaus noch größere Kapitel offen zu sein. Zum Investitionsschutz will die EU in Anlehnung an ihre Reformvorschläge für ISDS in TTIP einen neuen Entwurf vorlegen. Das Verhandlungsmandat war 2013

dahingehend erweitert worden (bilaterals.org 2013). Aus Quellen des EP war zu hören, dass auch die Themen staatseigene Unternehmen und Subventionen noch nicht abgeschlossen seien.

Trotz dieser offenen Punkte scheint die EU ihre Liberalisierungsagenda in weiten Teilen durchgesetzt zu haben. Ob es Einschränkungen z.B. bei Investitionen und Beteiligungen im Bergbau geben wird, lässt sich nicht mit Sicherheit ausschließen. Aber die Industrialisierungspolitik, für die Vietnam, wie in Kapitel 3.2. beschrieben, auch auf Exportsteuern setzte, wird sich unter einem solch umfassenden FTA nicht fortsetzen lassen, zumal Vietnam auch Mitglied der Trans-Pacific Partnership (TPP) ist (vgl. 4.3.19.). Da die Exportbeschränkungen und -steuern auf Rohstoffe der Industrie ein Dorn im Auge waren, darf bezweifelt werden, dass es ausgerechnet dafür Ausnahmeregelungen oder längere Übergangsfristen geben wird. Momentan werden 482 verschiedene Exportzölle gelistet (OECD 2015).¹⁸

Von den Kritischen Rohstoffen bezieht die Industrie der EU derzeit nur um die drei Prozent ihres Antimons aus Vietnam, gegenüber den 87 Prozent aus China (Europäische Kommission 2014d). ASEAN als Gesamtregion wurde, sowohl von Kommission als auch von Industrie, als zentraler Partner für FTAs und Rohstoffe genannt. Einerseits bieten sich neue Marktmöglichkeiten, andererseits profitieren gerade die Unternehmen, die bereits im Land sind. Das ist z.B. H.C. Starck. 2013 gründete der deutsche Hersteller von Technologie-Metallen ein Joint Venture mit der Nui Phao Mining, um Wolfram in Vietnam herzustellen (H.C. Starck 2013). Obwohl mit einem Anteil von 49 Prozent der kleinere Partner, übernimmt der deutsche Konzern die industrielle Führung und ist selbst größter Abnehmer der Produktion.

4.3.14. FTA EU-Indien – 2007

Die Verhandlungen zwischen der EU und Indien begannen 2007 und wurden 2011 um Investitionsschutz erweitert (bilaterals.org 2011). Von 2007 bis 2013 gab es mehr oder weniger regelmäßige Verhandlungsrunden, doch seitdem stocken die Gespräche (bilaterals 2015). Auf einem Treffen in New Delhi im Herbst 2015 sprachen der indische Premierminister Narendra Modi und die deutsche Kanzlerin Angela Merkel über die Wiederaufnahme der Verhandlungen.

¹⁸ Bei dieser, wie auch allen anderen Zahlen aus der OECD-Datenbank ist zu beachten, dass in der Übersicht auch ein neuer Eintrag erstellt wird, wenn sich bei einer Maßnahme etwas ändert und es dadurch (wesentlich) mehr Einträge pro Land und Rohstoff geben kann, als tatsächlich Maßnahmen wirksam sind.

Wie bei den EPAs wird das Thema Rohstoffe hier vor allem anhand der Ausfuhrsteuern diskutiert und die ablehnende Haltung der EU kritisiert (Eberhardt/Kumar 2010). Dadurch würde zum einen der Politikspielraum Indiens beschnitten und zum anderen die Rolle als Rohstofflieferant zementiert. Anders als die EPA-Länder wird Indien in der RMI und allen darauffolgenden Berichten als eines der entscheidenden Länder aufgeführt, mit denen die EU ein FTA abschließen wolle. Die europäischen Unternehmen dürften insbesondere an Graphit und Seltenen Erden interessiert sein, bei denen der Marktanteil Indiens bei 13 bzw. 2 Prozent liegt (Europäische Kommission 2010b). Darüber hinaus werden u.a. Eisenerze, Chromit (13%) und Baryt in Indien gefördert (Eberhardt/Kumar 2010: 36).

Die Kommission erklärt in ihrem jüngsten Bericht, dass sie in den Verhandlungen mit Indien, Malaysia, dem Mercosur und Thailand anstrebt, **„Ausfuhrzölle auf Industrierohstoffe aus dem Weg zu räumen“** (Europäische Kommission 2014b: 3). Doch es gäbe Widerstände gegen diese Position. Aus welchen Ländern wird nicht näher ausgeführt. In jedem Fall ist Indien führend, was die Anwendung von Exportsteuern und -beschränkungen angeht. Die OECD-Datenbank führt 972 Beschränkungen unterschiedlicher Art von Indien auf (OECD 2015). Eisen und Stahl sind am häufigsten, doch auch Graphit, Seltene Erden und Chromit sind darunter.

Es gab jedoch bei den Verhandlungen zum EU-Indien FTA von Beginn an eine ganze Palette kontroverser Themen (Sharma 2008). Die bisherigen FTA Indiens sind sehr viel weniger umfangreich. Dazu kommt, dass das Land zu Beginn dieses Jahres sein Standardtext für BITs überarbeitet hat (bilaterals.org 2015a). Die Reichweite des Begriffs Investition wird darin ebenso eingeschränkt wie die Klauseln zur Inländerbehandlung sowie zur fairen und gerechten Behandlung. Investoren müssen, bevor sie sich an Schiedsgerichte wenden können, den nationalen Rechtsweg beschreiten. Es ist nicht zu erwarten, dass die EU das Investitionskapitel unter diesen Vorzeichen neuverhandeln möchte.

4.3.15. FTA EU-Malaysia – 2010

Mit Malaysia nahm die EU die Verhandlungen in 2010 auf und erweiterte das Verhandlungsmandat um Investitionsschutz in 2013 (bilateral.org 2013). Insgesamt gab es nur sieben Verhandlungsrunden, die letzte bereits in 2013 (DG Trade 2015). 2014 verlor auch Malaysia durch die GSP-Reform seinen präferenziellen Zugang zum EU-Markt.

Prinzipiell will die EU mit Malaysia die gleichen weitgehenden Liberalisierungen durchsetzen,

die sie mit anderen Ländern der Region verankern konnte (vgl. 4.3.10. und 4.3.13.). Neben einem Verbot von Ausfuhrzöllen auf Industrierohstoffe **„sind Investitionsschutzregeln Gegenstand von Verhandlungen – diese sind insbesondere für die Bergbauindustrie von Belang“** (Europäische Kommission 2013b).

Im Frühjahr sprach Handelskommissarin Cecilia Malmström in Kuala Lumpur auf dem *Malaysia EU Business Event*. Während sie Exportsteuern explizit als einen von fünf Bereichen nannte, bei denen beide Seiten Zugeständnisse machen müssten, tauchte der Bereich Investitionen oder Investitionsschutz in ihrer Rede nicht auf (Malmström 2015). Laut OECD-Datenbank hat Malaysia 544 Exportbeschränkungen verschiedener Art auf über 40 verschiedene Rohstoffe, darunter befindet sich eine ganze Reihe der Kritischen Rohstoffe der EU (OECD 2015).

Seit 2013 ist eine Raffinerie für Seltene Erden in Betrieb. Dafür schifft das australische Minenunternehmen, *Lynas Corporation*, konzentriertes Eisenerz aus seiner Förderstätte in Mount Weld ein und bereitet es in der Nähe von Kuantan auf. Der Bau und Betrieb in Malaysia sind ohnehin wesentlich günstiger als in Australien, zusätzlich wurde das Unternehmen für zwölf Jahre von der Steuer befreit. Die lokale Bevölkerung erfuhr von der (geplanten) Anlage 2011 durch einen Zeitungsartikel der New York Times und gründete die Kampagne „Stop Lynas“ (Lee 2012). 1994 wurde nach langem Protest eine – wesentlich kleinere – Seltene-Erden-Anlage geschlossen, doch die Hinterlassenschaften, wie illegale Mülldeponien, kontaminieren noch immer die Umgebung; die BewohnerInnen leiden unter chronischen Krankheiten und einer stark erhöhten Krebsfallrate. Trotzdem musste *Lynas* keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen. Wie die hochgiftigen Abfälle dieser Anlage gesichert werden sollen, ist nicht klar. Der deutsche Konzern BASF unterzeichnete bereits 2011 einen Langzeitliefervertrag für Lanthan mit *Lynas*. *Siemens* sah nach einer negativen Bewertung des Abfallkonzeptes durch das *Öko-Institut* von einer Kooperation ab (taz 2013).

4.3.16. FTA EU-Mercosur – 2010

Am 17. Mai 2010 auf dem EU-Lateinamerika-Gipfel in Madrid verkündeten die EU und der Mercosur (Vollmitglieder: Agentien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Venezuela)¹⁹ eine Neuauflage der Verhandlungen zu einem FTA

¹⁹ Der Mercosur wurde 1991 gegründet. 2012 trat Venezuela dem Staatenbündnis bei. Dem Beitritt Boliviens stimmten in diesem Sommer alle Mitglieder zu.

als Teil eines übergeordneten Assoziationsabkommens (DG Trade 2015). Die letzte von bisher neun Verhandlungsrunden fand im Oktober 2012 statt.

Durch die GSP-Reform verloren alle Mercosur-Mitglieder bis auf Paraguay 2014 ihren präferenziellen Marktzugang zur EU, was den Druck auf diese Länder ein FTA einzugehen erhöht haben wird. Brasilien zeigt als größter Exporteur das größte Interesse an einem Abkommen, während Venezuela eher ablehnend und Argentinien skeptisch sei (Deutsche Welle 2014). Brasiliens Exporte in die EU bestehen zu Zweidritteln aus Rohstoffen, darunter sind die Kritischen Rohstoffe Niob, Graphit, Magnesit und Silizium sowie darüber hinaus Tantal, Eisen, Bauxite/Aluminium und Mangan (Europäische Kommission 2010b und 2014b). In 2014 waren knapp sechzehn Prozent der Importe aus dem Mercosur Rohstoffe (ohne Kraftstoffe) (Europäische Kommission 2014g). Alle Länder haben Exportbeschränkungen auf Rohstoffe, Brasilien mit 20 jedoch relativ wenige (OECD 2015).

Nachdem die EU und Brasilien erkennen ließen Verhandlungen im Notfall auch auf bilateralem Weg weiterzuführen, kam im Sommer 2015 wieder Bewegung in den Prozess. Solch ein Ansatz unterschiedlicher Geschwindigkeiten, wie mit ASEAN praktiziert wird, unterwandert die regionalen Integrationsprojekte in den Ländern des Globalen Südens. Die Streichung der Zölle auf 87 Prozent der Warengruppen, die der Mercosur anbietet, liegt nicht nur weit unter dem, was die EU in ihren Abkommen mit Vietnam, Singapur und Südkorea erreichen konnte, sondern auch unter dem Richtwert von 90 Prozent der für die Verhandlungen vereinbart wurde (Europäische Kommission 2015h: 5).

4.3.17. FTA EU-Thailand – 2013

Die Verhandlungen zwischen der EU und Thailand begannen 2013 und enthielten direkt ein Verhandlungsmandat zum Investitionsschutz. Aufgrund des Militärputsches 2014 wurden die Gespräche nach nur zwei Verhandlungsrunden ausgesetzt (Undercurrent News 2014). 2015 verlor Thailand den Marktzugang unter GSP, wodurch die Zölle in die Höhe schnellten, auch für Schrimps und Thunfisch, die Hauptexportwaren in die EU. Bestimmte Rohstoffe hingegen waren von der Wiedereinführung der Zölle ausgenommen, berichtet bilaterals.org (2014).

Thailand zählt nicht zu den namhaften Produzenten Kritischer Rohstoffe. Insgesamt entfallen nicht einmal ein Prozent der Importe der EU

aus Thailand auf Rohstoffe (Europäische Kommission 2014f). Exportbeschränkungen seitens Thailand gibt es nur auf Kieselerde und Silizium (OECD 2015).

Deutsche Consultingfirmen versprechen Unternehmen, ihre jeweiligen Wünsche in die Verhandlungen einbringen zu können. Die *European Association for Business and Commerce* (EABC), die in Bangkok sitzt und 2.000 Europäische Unternehmen vertritt, befürwortet eine schnelle Wiederaufnahme der Gespräche. Es sei nicht nötig, auf die nächsten Wahlen und die Rückkehr zur Demokratie zu warten (bilaterals.org 2015b).

4.3.18. DCFTA EU-Marokko – 2013

Die EU und Marokko nahmen 2013 die Verhandlungen zu einem DCFTA auf. Es sollen Verhandlungen mit Ägypten, Jordanien und Tunesien folgen. In diesen Abkommen soll auch Investitionsschutz verankert werden (Volland 2013). Die fünfte Verhandlungsrunde im Juli 2014 wurde verschoben, um Marokko Zeit zu geben, die Auswirkungen eines solchen Abkommens auf bestimmte Sektoren zu untersuchen (EU/Marokko 2014). 2014 verlor Marokko genauso wie die anderen Mittelmeeranrainerstaaten Algerien, Ägypten, Libanon und Tunesien plus Jordanien den Marktzugang unter GSP.

Laut OECD-Datenbank gibt es 86 Lizenzanforderungen, die 27 verschiedene Rohstoffe betreffen, darunter Kritische Rohstoffe wie Antimon, Beryllium, Kobalt, Germanium, Gallium, Indium, Niob, Magnesium, Wolfram und Chromit. Diese Rohstoffe werden jedoch (bisher), im Gegensatz zum Kritischen Rohstoff Phosphor, nicht in nennenswerten Mengen produziert oder exportiert (DG Trade 2015). Der BDI beklagt wie bei Vietnam die Handelsbeschränkungen auf Schrott (BDI 2015).

4.3.19. FTA EU-Japan – 2013

Die Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan werden, anders als TTIP und mittlerweile auch CETA, so gut wie gar nicht wahrgenommen. Dabei stehen, wie bei allen Abkommen der neuen Generation, die gleichen tiefgreifenden Deregulierungen und Liberalisierungen an.

In „Handel für alle“ erklärt die EU, dass der Abschluss dieses FTA eine strategische Priorität habe, da es

„nicht nur zu mehr Handel und Investitionen auf bilateraler Ebene, sondern auch zu einer stärkeren wirtschaftlichen Integration, einer engeren

Zusammenarbeit zwischen europäischen und japanischen Unternehmen sowie einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen der EU und Japan in internationalen Regulierungs- und Normungsregimen führen dürfte“ (Europäische Kommission 2015e: 31).

In der Tat findet sich Japan immer wieder unter den Ländern, die von Wirtschaftsseite als zentrale Partner genannt werden. In Bezug auf Rohstoffe ist vor allem Indium, aber auch Tantal von besonderem Interesse (Europäische Kommission 2011). Die OECD listet bei Japan 65 Exportbeschränkungen für eine Reihe von Rohstoffen, alle betreffen Lizenzbestimmungen (OECD 2015).

Im Oktober 2015 trafen sich die UnterhändlerInnen zur 13. Verhandlungsrunde in Brüssel. Rohstoffpolitisch will die EU ihre üblichen Forderungen unterbringen. Auch wenn die deutsche Kanzlerin Angela Merkel die Gespräche gerne zu einem schnellen Abschluss bringen würde, sind noch viele strittige Themenfelder, von der Agrar- bis zur Automobilbranche, offen (EurActiv.de 2015). Japan verhandelt mit einer Reihe anderer Staaten über FTAs. So wurde im Oktober das TPP-Abkommen²⁰ abgeschlossen. Ob dieses Abkommen die EU dazu bringen wird, weitergehende Zugeständnisse an seine Verhandlungspartner wie Japan zu machen, wird sich zeigen. Insgesamt lässt sich bei den Abkommen mit Industrieländern feststellen, dass es auch um eine Politik der Absicherung geht. Selbst wenn ein Partnerland günstige Konditionen, beispielsweise mit rohstoffreichen Ländern, aushandelt, würde die EU indirekt ebenfalls von diesen profitieren. Die MFN-Klausel in den Abkommen stellt sicher, dass die gleichen Bedingungen und Vergünstigungen, die Japan einem anderen Land anbietet, auch für die EU gelten müssen.

4.3.20. TTIP EU-USA 2013

Jenseits von geostrategischen Gründen für die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft wollen die EU und die USA das Abkommen nutzen, um die von ihnen ausgehandelten Standards und Normen weltweit durchzusetzen. Ein Abkommen wie TPP wird von der Kommission und anderen Freunden der Freihandelsliberalisierung als zusätzliches Argument herangezogen werden, weshalb die EU nun mit den USA eine knallharte Deregulierungsagenda durchsetzen müsse. Nach dem Motto: Wenn wir es nicht selbst machen, müssen wir uns nachher den anderen anpassen.

Abgesehen davon, dass sich über diese Zwangsläufigkeit debattieren ließe, müssen dafür erst einmal die, in den USA und der EU doch recht unterschiedlichen, Normen und Standards angeglichen werden. Damit dies kontinuierlich und im Sinne der Industrie geschieht, soll diese über *Regulatorische Kooperation*, ihre Wünsche schon in den Gesetzgebungsprozess einbringen können.²¹ Dies ist nur einer der extrem problematischen, intransparenten und undemokratischen Ansätze die mit TTIP auf die Menschen in Europa und den USA zukommen (Fritz 2014).

Die EU will im Übrigen ISDS in TTIP reformieren, doch ist keinesfalls klar, ob die USA einem – wie auch immer – reformierten ISDS-System zustimmen werden. Die bisher abgeschlossenen, aber noch nicht unterzeichneten Abkommen mit Investitionsschutz, wie CETA oder Singapur, sollen davon unangetastet bleiben. Von dieser absurden Doppelgleisigkeit abgesehen, ignoriert der gesamte Reformansatz der Kommission den Kern des Problems, dass es überhaupt Sonderklagerechte gibt, mit denen ausländische Investoren Staaten für Politikmaßnahmen abstrafen können. Dazu heißt es im Managermagazin:

„So schlägt die EU dieselben Investorenrechte vor, die bereits Teil bestehender Abkommen sind. Investoren beziehen sich schon heute auf diese unschuldig klingenden Klauseln – wie das Recht auf ‚faire und gerechte Behandlung‘ und den ‚Schutz vor Enteignung‘ –, wenn sie Milliardenentschädigungen fordern für Gesetze zum Schutz von Umwelt oder Gesundheit“ (Eberhardt 2015).

Diese Paralleljustiz soll etwas transparenter und minimal rechtsstaatlicher gestaltet werden, doch die generelle Reichweite der einseitigen Investorenrechte – ohne selbst in irgendeiner Weise in die Pflicht genommen werden zu können – mit dehnbaren Definitionen und immensen Schadensersatzansprüchen, inkl. erwarteter Gewinne, sollen bestehen bleiben.

Die EU will über TTIP auch im Bereich Rohstoffe weitreichende Regeln festzulegen, **„soweit diese noch nicht vollständig durch internationale Handels- und Investitionsregeln abgedeckt sind. Davon wird – an der Seite der USA – ein starkes Signal der Unterstützung eines offenen Handels mit Rohstoffen und des diskriminierungsfreien Zugangs zu ihnen ausgehen“** (Europäische Kommission 2014d). Denn TTIP soll das neue Modellabkommen der EU werden, was allen zukünftigen Verhandlungen oder

²⁰ Am 5. Oktober 2015 verkündeten die zwölf Länder USA, Kanada, Mexiko, Australien, Japan, Brunei Darussalam, Chile, Malaysia, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam den Abschluss der Verhandlungen.

²¹ Unter dem Eintrag „Lobby“ gibt es mehr zur Regulatorischer Kooperation und vielen anderen Aspekten von TTIP auf TTIP-leak.eu.

Neuverhandlungen, beispielsweise mit Mexiko, zugrunde gelegt werden soll.

Auch in diesen Verhandlungen möchte die Kommission alle Formen von Exportbeschränkungen auf alle Arten von Rohstoffen beseitigen, insbesondere diejenigen auf Kritische Rohstoffe (CRM Alliance 2015: 3). 2014 veröffentlichte die Washington Post das *Non-Paper* der EU zu Energie und Rohstoffen (PowerShift/Sierra Club 2014). Ein Non-Paper fungiert als Entwurf für den Vertragstext. Dieses Papier macht deutlich, wie weitreichend der Begriff der Ausfuhrbeschränkungen gedeutet wird und wie tief ein solches Abkommen in staatliche Umwelt- und Energiegesetzgebung eingreifen würde (vgl. Definitionsausdehnung von Exportbeschränkungen seit dem DCFTA mit der Ukraine). Dadurch, dass Energie und Rohstoffe ein gesondertes Kapitel mit speziellen Regeln, Prinzipien und Formen der Zusammenarbeit erhalten, will die EU die Regelsetzung in diesem Bereich allgemein stärken – langfristig auch außerhalb von TTIP. Mit der Zeit würden darüber die internationalen Regeln zu Handel und Investitionen im Bereich Energie und Rohstoffe in Sinne der Vertragsparteien weiterentwickelt und verschärft, wodurch sich die Kommission eine höhere Versorgungssicherheit verspricht.

Nach der elften Verhandlungsrunde in Miami im Oktober 2015 ist ein weiterer Kapitelentwurf durchgesickert. Es handelt sich um das sogenannte Nachhaltigkeitskapitel. Ein solches Kapitel ist Teil des Standardpakets der EU-Abkommen der neuen Generation. Was erst einmal gut klingt, entpuppt sich schnell als hohle Phrase. So werden die Nachhaltigkeitskapitel explizit von der Streitschlichtung ausgenommen und verbleiben auch ansonsten vollkommen unverbindlich. Das *Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut in der Hans-Böckler-Stiftung* hat für das FTA der EU mit Kolumbien und Peru ein Gutachten des darin enthaltenen Nachhaltigkeitskapitels erstellen lassen. Im Fazit heißt es:

„Ohne deutliche Nachbesserungen hat das Nachhaltigkeitskapitel des Handelsabkommens mit Kolumbien und Peru folglich lediglich den Charakter eines unverbindlichen Appells im Sinne eines CSR-Instrumentariums, da das im Abkommen enthaltene Nachhaltigkeitskapitel nicht nur unvollständig, sondern vor allem unverbindlich ist“

(Zimmer 2011: 17).

Corporate Social Responsibility (CSR) ist der Begriff der Unverbindlichkeit für sozialverantwortliches Verhalten von Unternehmen und mit diesem Ansatz das komplette Gegenteil zur

Absicherung der Rechte eben dieser Unternehmen unter ISDS. Das ist auch bei TTIP nicht anders, wie der Guardian berichtet (The Guardian 2015).²²

4.3.21. Investitionsabkommen EU-China – 2013

China ist in mehrfacher Hinsicht bedeutend: Einerseits importiert das Land selbst mehr und mehr Rohstoffe (vgl. Kapitel 1); andererseits besitzt es große Rohstoffvorkommen und ist der Hauptexporteur der Kritischen Rohstoffe für die EU (4.1.).

„Wer im Oktober 2010 die Wirtschaftsseiten deutscher Zeitungen betrachtete, hätte zu dem Schluss kommen können, Deutschland befände sich in einem (Handels-) Krieg mit China. ‚Konflikt mit China: Merkel eröffnet Kampf um Rohstoffe‘ (Handelsblatt), ‚Rohstoffe: Die neuen Herren der Welt‘ (Wirtschaftswoche/Zeit), ‚Seltene Erden: Brüderle fordert Rohstoff-Kartell gegen China‘ (Spiegel), ‚Merkel will Rohstoffe für Deutschland sichern‘ (Welt) und ‚Deutsche Wirtschaft schlägt Alarm! Chinesen kaufen uns die Rohstoffe weg‘ (Bild-Zeitung)“ (Reckordt 2015a: 37).

Nach zwei gewonnenen WTO-Klagen (4.4.) und mit sinkenden Rohstoffpreisen (1.4.) beruhigte sich die Presse und Wirtschaft in der EU wieder. Doch wird China weiterhin gerne als Vorwand herangezogen, weshalb alle möglichen verbindlichen Regeln, ob zu Menschenrechten oder zum Umweltschutz, leider nicht durchzusetzen seien.

Im Gegensatz dazu sollen Investitionen aber direkt mit China verbindlich geregelt werden. Bereits 2013 begannen die Verhandlungen über ein BIT. Das Abkommen soll Investitionen liberalisieren, Hindernisse für Investoren aus dem Weg räumen und über ISDS ihre Interessen absichern (DG Trade 2015). Mittlerweile gab es sieben Verhandlungsrunden, wobei auch hier keine Details zu den Verhandlungen veröffentlicht werden. Durch die GSP-Reform der EU verlor China seinen präferenziellen Marktzugang und könnte das BIT mit der EU als strategischen Schritt zu einem FTA sehen.

Das Interesse der (deutschen) Wirtschaft geht weit über die Erschließung und den Handel mit Rohstoffen hinaus. Unternehmen in der Anlagen- und Fahrzeugtechnik sowie im Maschinenbau machen bereits jetzt gute Geschäfte (Reckordt

²² Eine detaillierte Analyse des Nachhaltigkeitskapitels bei TTIP haben der Sierra Club, Friends of the Earth Europe und PowerShift vorgelegt (2015).

2015a: 39). Ein Investitionsabkommen, das zusätzliche Konzerne ins Land lockt, verbessert ihre Absatzchancen.

Was ein Investitionsabkommen jedoch nicht verbessert, ist die Situation für die ArbeiterInnen vor Ort oder die Umweltbedingungen. Der Bergbau zieht eine Spur der Zerstörung durch China. Die Unzufriedenheit über die Umweltverschmutzungen wächst, in ländlichen Regionen nehmen Proteste gegen Bergbauprojekte zu. Mechanismen zur Beteiligung der Bevölkerung sind unwirksam. Das ändert sich auch bei Projekten ausländischer Investoren nicht. Zusätzliche Investitionen in den ausufernden Bergbausektor werden allerdings den Druck auf Mensch und Umwelt weiter verschärfen. Auf was es der Industrie in einem solchen Abkommen ankommt, machte Markus Kerber, Hauptgeschäftsführer des BDI, in einem Interview deutlich und warnte zugleich: **„Verzichtet die EU mit Kanada und den USA auf ISDS dürfte es in Zukunft schwer werden, bei Verhandlungen mit Ländern wie China auf einen strengen Investitionsschutz zu bestehen“** (Handelsblatt 2014).

4.3.22. Investitionsabkommen EU-Myanmar – 2014

Myanmar verabschiedete im November 2012 ein neues Investitionsgesetz (Burma-Initiative 2013: 10). Seitdem können ausländische Konzerne nahezu ohne Einschränkungen im Land investieren. Im Bergbau müssen Joint Ventures mit einheimischen Unternehmen gegründet werden, bei denen der ausländische Investor jedoch den größeren Anteil halten darf.

Doch die EU will in dem rohstoffreichen Land mehr erreichen und verhandelt seit 2014 über ein BIT. Erst 2012 hob die EU die wirtschaftlichen Sanktionen gegen das Land auf. Seitdem ist Myanmar wieder zu EBA zugelassen. Die DG Trade (2015) erwähnt die Verhandlungen auf ihrer Länderseite zu Myanmar/Burma nicht, obwohl es bereits den Entwurf eines Vertragstextes gibt (Schaffar 2015: 7).

BITs leisten keinen nennenswerten Beitrag ausländische Direktinvestitionen anzuziehen, geschweige denn wirtschaftliche Entwicklung anzustoßen (vgl. Kapitel 3.3.). Doch über ISDS werden die politischen und wirtschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten des Staates massiv beschnitten (3.4.). Was in jedem Land problematisch ist, kann in einem Land, das mitten in einem tiefgreifenden gesellschaftlichen und politischen Transformationsprozess steckt, verheerende Folgen haben (Burma-Initiative 2013: 14ff.).

Es gibt in Myanmar neben Erdöl und Erdgas auch diverse Vorkommen metallischer und mineralischer Rohstoffe, die das Interesse der europäischen Investoren geweckt haben. Studien der *Germany Trade and Invest* nehmen zu, *Bayer*, *BASF* und *Henkel* haben erste Verkaufspräsenzen in Yangon eröffnet (ebd.: 25). Die Regierung, in der (Ex-)Militärs weiterhin einflussreich sind, setzt vor allem auf Großprojekte, die weder zur lokalen Entwicklung beitragen, noch mit der ansässigen Bevölkerung abgestimmt werden. Landnutzungskonflikte sind damit vorprogrammiert. Die Proteste gegen die Kupfermine Latpadaung/Monywa beispielsweise wurden 2012 gewaltsam vom Militär niedergeschlagen. Bei einer erneuten Landnahme zur Erweiterung des Bergbaus eskalierte die Situation im Dezember 2014 und die Polizei feuerte auf die Demonstration. Eine Dorfbewohnerin wurde erschossen und mehrere verwundet. Ohnehin ist der Waffenstillstand gerade in den Gebieten, in denen die natürlichen Ressourcen liegen, fragil. Die Zivilgesellschaft plädiert für eine umfassende Entwaffnung und Befriedung als Grundlage für einen politischen Transformationsprozess, ehe Konzessionen für (ausländische) Investoren vergeben werden.

Die *Burma-Initiative der Stiftung Asienhaus* legt dar, dass die EU, anders als in einigen anderen Staaten Asiens, in Myanmar noch einen guten Ruf genießt (Schaffar 2015). Diesen sollte die EU nicht leichtfertig verspielen und ihre Prioritäten überdenken. Das erste, was das Land braucht, sind sicherlich nicht verbindlich abgesicherte Rechte für ausländische Investoren, insbesondere dann, wenn diesen nicht wenigstens – genauso verbindliche – Pflichten auferlegt werden.

4.3.23. Verhandlungen in Planung und Aufnahme in Oktober/November 2015

Die EU plant eine Reihe weiterer Abkommen. Mit **Indonesien** finden bereits informelle Vorgespräche statt (Purugganan 2015). Das Land genießt derzeit den Status unter GSP. **Bolivien** soll nach dem Willen der EU dem Abkommen mit Peru, Kolumbien und Ecuador beitreten. Wenn Bolivien jedoch, wie geplant, Vollmitglied des Mercosur wird, würde es stattdessen den Verhandlungen beitreten (vgl. 4.3.16.). Mit **Brunei Darussalam** steht ein weiteres ASEAN-Mitglied auf der Kandidatenliste der EU. Das Land verlor durch die GSP-Reform seinen präferenziellen Zugang zum EU-Markt (Europäische Kommission 2015g).

In „Handel für alle“ wurden Abkommen mit **Neuseeland** und **Australien** als Ziel genannt und

in den anschließenden Wochen direkt die Aufnahme der Gespräche vorbereitet (Europäische Kommission 2015i und 2015j). Außerdem sollen mit **Taiwan** und **Hong Kong** Verhandlungen über Investitionsabkommen beginnen. Die Abkommen mit Chile und Mexiko sollen „modernisiert“ werden. Das bedeutet, diese mit möglichst allen WTO-plus Themen, inkl. eines weitreichenden Investitionskapitels mit ISDS, nachzurüsten. ISDS soll auch in dem FTA mit Südkorea ergänzt werden, außerdem potenziell in allen EPAs (Europäische Kommission 2015e).

Am 16. November 2015 gab der Rat der Kommission grünes Licht, um mit den **Philippinen** über ein Freihandels- und Investitionsabkommen verhandeln zu können. Während die philippinische Zivilgesellschaft die Aufnahme des Landes in GSP+ unterstützte, steht sie einem Freihandelsabkommen kritisch gegenüber. Können bei GSP+ die Auflagen zu Menschenrechten etc. dazu genutzt werden, um Druck auf die Regierung auszuüben, würde diese Option im Falle eines FTA wieder verfallen (vgl. dazu GSP+ von Kolumbien in Fritz 2010). Insbesondere der Investitionsschutz, aber auch weitreichende Geistige Eigentumsrechte und die generelle Exportorientierung unter FTAs werden abgelehnt und ein wirksamer Beteiligungsmechanismus gefordert. Wenn das Abkommen mit Singapur als Vorlage dienen sollte, drohen dem rohstoffreichen Land weitreichende Formulierungen in Bezug auf die Regulierung und den Handel mit Rohstoffen (vgl. 4.3.10.). Mit **Tunesien**, welches seinen GSP-Zugang verlor, fand die erste Verhandlungsrunde bereits im Oktober 2015 statt (vgl. 4.3.18). 2014 machten Bergbauprodukte 14 Prozent der europäischen Importe aus Tunesien aus (DG Trade 2015).

4.3.24. Weitere rohstoffrelevante Verhandlungen

Es gibt rohstoffrelevante Abkommen und Verhandlungen, die sich nicht in der Übersicht der EU-Handelsabkommen wiederfinden. Das sind zum einen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PCA) und zum anderen das Assoziationsabkommen, welches die EU mit Aserbaidschan verhandelt (Europäische Kommission 2012a).

Das PCA, das die EU 2013 mit der **Mongolei** unterzeichnete, enthält u.a. Regeln zu Ausfuhrsteuern und anderen Beschränkungen auf Rohstoffe. Die Mongolei ist sehr rohstoffreich: Rund 80 Mineralien, darunter die größten Kohle- und Kupfervorkommen der Welt, aber auch Gold, Eisenerz, Molybdän, Phosphate, Uran und Öl sowie

die Kritischen Rohstoffe Fluorit, Wolfram und Seltene Erden. Ungeachtet der ökologischen und sozialen Probleme rund um den Bergbau setzt die EU darauf, dass das Land zu einem großen Rohstoffplayer werden wird und sie für die europäische Industrie bereits vorteilhafte Regelungen festlegen konnte. Darüber hinaus wird mit **Kasachstan** über eine Überarbeitung des bestehenden PCA verhandelt (DG Trade 2015).

Die Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen laufen mit **Aserbaidschan** seit 2010. Laut DG Trade (2015) sollen Handelsbestimmungen ebenfalls in einem PCA festgelegt werden.²³ Es geht der EU auch hier darum, ihren Zugang zu Rohstoffen zu sichern und die Anwendung von Lizenzen im Bergbausektor stärker zu reglementieren (Europäische Kommission 2012a).

4.3.25. Zusammenfassung

Betrachten wir, was die EU in Punkto bilaterale Abkommen vor dem Hintergrund ihrer Ziele und Prioritäten bislang erreichen konnte, so gibt es zwei grundsätzliche Tendenzen. Erstens brauchen fast alle Verhandlungen wesentlich länger als geplant. Eine ganze Reihe der derzeit laufenden Verhandlungen stockt aus ganz unterschiedlichen Gründen, u.a. die von Industrieseite mit Blick auf Rohstoffe gewünschten Abkommen mit Indien, den USA und dem Mercosur. Auch mit Japan laufen die Verhandlungen zäher als geplant und Kanada steckt seit einem Jahr in einer Warteschleife. Nichtsdestotrotz laufen mit sechs der sieben in der RMI 2008 als strategische Partner für die generelle Zusammenarbeit zu Rohstoffen genannten Ländern Verhandlungen: Brasilien, China, Indien, Japan, Kanada und die USA. Es fehlt nur Russland. Insbesondere in Bezug auf Russland, aber auch China sowie die Ukraine, deren DCFTA ab dem kommenden Jahr umgesetzt werden soll, wird daher ein anderer Weg geprüft. Die Durchsetzung der bestehen Regeln und entschlossenes Vorgehen gegen Verstöße, die wir im nächsten Unterkapitel (4.4.) betrachten.

Zweitens schafft es die EU in den Abkommen, die nach welcher Zeit auch immer abgeschlossen werden, alle ihre rohstoffpolitischen Forderungen durchzusetzen. Damit wird umgesetzt, was die Industrie wünscht (z.B. BASF oder VCI in Europäische Kommission 2015b). Die EPAs stellen einen Sonderfall dar. Auch wenn noch nicht alle Texte vorliegen, scheint die EU bei den späteren

²³ Im Gegensatz zur Website der DG Trade (2015) erklärt Europäische Kommission (2015c), dass die Verhandlungen ausgesetzt wurden. Da die Kommission andere Verhandlungen, die ebenfalls unterbrochen sind, weiterhin auf der Übersicht aufführt, ergänzen wir diese (vgl. Kasten 5: Verhandlungen ohne Ende).

Abkommen mit den AKP-Staaten zu mehr Zugeständnissen bereit gewesen zu sein als zu Beginn der Verhandlungen (vgl. 4.3.12.). Doch inwieweit die Länder, ihre erkämpften Ausnahmen für Ausfuhrsteuern tatsächlich werden anwenden können, wenn sie auf die Zustimmung der EU angewiesen sind, wird erst die Praxis der nächsten Jahre zeigen. Bei den übrigen Abkommen konnten Ausfuhrsteuern mit nur einigen wenigen Ausnahmen, die sich nicht auf Rohstoffe beziehen, durch die Bank verboten werden. Zugleich wird deutlich, dass Ausfuhrbeschränkungen immer weitreichender gefasst werden. Sie schließen längst nicht mehr nur mengenmäßige Beschränkungen durch Quoten, Lizenzen oder Verbote ein, sondern auch Maßnahmen, die indirekt zu einer ebenso beschränkenden Wirkung von Exporten führen. Gleiches gilt bei den Steuern oder Abgaben, die dazu führen, dass der heimische Verbrauch der Rohstoffe günstiger ist als der Export. Teilweise wird explizit auf Preisdifferenzierung Bezug genommen, z.B. bei der Ukraine und energetischen Rohstoffen. Es stellt sich die Frage, wieweit *dual pricing* nicht bereits von den immer weitergehenden Definitionen über Exportbeschränkungen anderer Abkommen erfasst wird. Für Regelungen, wie local-content-Klauseln, müssten noch weitere Teile der Vertragstexte analysiert werden. In jedem Fall greifen die Verbote und Einschränkungen von (Rohstoff-)ausfuhren immer tiefer in den politischen Spielraum zur Gestaltung der wirtschaftlichen Entwicklung ein.

Darüber hinaus verschaffen die Abkommen mit ISDS den Konzernen eine direkte Möglichkeit, gesetzliche Regelungen zu attackieren, die nicht explizit aufgeführt werden. Sei es über die Inländerbehandlung, (indirekte) Enteignung oder die FET-Klausel. Während zivilgesellschaftliche Gruppen oder die betroffene Bevölkerung keinerlei Möglichkeiten erhalten, die Umsetzung der einzelnen Aspekte der Nachhaltigkeitskapitel zu verlangen (vgl. 4.3.20.), wird ausländischen Konzernen mit ISDS eine scharfe Waffe in die Hand gegeben. Sie könnten diese sogar nutzen, um gegen eben solche Maßnahmen, wie sie in den Nachhaltigkeitskapiteln erwähnt werden, vorzugehen, sollten darüber beispielsweise ihre Gewinne geschmälert werden. So verlangt *Veolia* Schadensersatz von Ägypten für die Einführung des Mindestlohns.

Über diese geheime Paralleljustiz sichern Konzerne ihre Profite bzw. Gewinnerwartungen auf Kosten der Allgemeinheit ab. Jede politische Veränderungen ist mit großen finanziellen Risiken behaftet, wie bereits Kapitel 3 gezeigt hat. Sei es, dass einzelne Projekte anders bewertet werden,

wie im Fall Rosia Montanas, es eine vollkommene Abkehr vom Bergbau geben soll, wie in El Salvador, oder dass ein alternatives Bergbaugesetz, wie in den Philippinen, viele neue Auflagen für Bergbaukonzerne mit sich bringen würde.

Von den 94 Klagen unter ICSID im Bereich „Öl, Gas und Bergbau“ in den Jahren 2005 bis 2015 kamen die Kläger zur großen Mehrheit aus den OECD-Staaten und davon zu Zweidritteln aus der EU, vor allem Konzerne mit Sitz oder Niederlassung in den Niederlande und Großbritannien nutzen ISDS (vgl. Karte S. 40/41).

Exportsteuern und -abgaben mögen nicht immer die wirtschaftlich vorteilhafteste Variante sein, doch sind sie einerseits einfach anzuwenden und andererseits müssen zukünftige Regierungen und Gesellschaften in der Lage sein, entscheiden zu können, ob sie solche Maßnahmen anwenden wollen oder nicht. Die Handels- und Investitionspolitik der EU beschneidet massiv die Rechte und Gestaltungsmöglichkeiten von Staaten – auch der europäischen Staaten selbst – und gibt Konzernen immer mehr Macht. Bereits jetzt sind viele Staaten im Vergleich zu den ausländischen Investoren im Land schwach (vgl. 3.9.) oder Entscheidungsträger käuflich (vgl. Kasten 3: EITI).

Gerade für diejenigen Länder, die bei der GSP-Reform ihren Status eingebüßt haben, ist der Druck, ein FTA mit der EU abzuschließen, gewachsen (vgl. Kasten 4: Der Handel in Akronymen). Von 27 Ländern, mit denen die EU über FTAs verhandelt (ohne EPAs), verloren 18 ihren präferenziellen Marktzugang: Malaysia, Argentinien, Brasilien, Uruguay, Venezuela, Thailand, Marokko, Tunesien, China, Aserbaidshan, Kasachstan, Libyen und die Länder des Golf Kooperationsrats.

Generelles Problem ist, dass die lokalen Bedingungen und Umstände, die entscheidend sind, ob Bergbau zu lokaler Entwicklung beitragen kann, überhaupt nicht beachtet werden. Erhöhte Nachfrage nach Rohstoffen aus Ländern und Gebieten mit großen ökologischen, sozialen und kulturellen Verwerfungen, eben wegen dieses Bergbaus, verschärft vorhandene Problemlagen. Gleichzeitig werden (lokalen) Regierungen langfristig die Hände gebunden, über politische Maßnahmen sozial und ökologisch gerechte Nutzung und demokratische Teilhabe an den natürlichen Ressourcen zu gewährleisten. Um sozial und ökologisch gerechten Bergbau mit lokaler Teilhabe zu sichern, müssten in jedem Land, in jeder Region immer wieder grundlegende Gerechtigkeits- und

Verteilungsfragen beantwortet werden: Sollten bestimmte Rohstoffe überhaupt abgebaut werden? Wenn ja, unter welchen Bedingungen? Wer nutzt dieses Land bisher? Wer hat (finanziellen) Zugang zu Rohstoffen? Wo und wie werden die abgebauten Rohstoffe verarbeitet? Und wer entscheidet das? Wer verdient an dem natürlichen Reichtum? Wer trägt die Kosten des Rohstoffabbaus? Wie werden Erlöse eingesetzt? Die Handels- und Investitionspolitik der EU verhindert, dass Länder und Regionen unabhängig über solche und andere Fragen im Rohstoffsektor entscheiden können.

Abschließend sollte erwähnt werden, dass es in vielen der Abkommen neben ISDS eine weitere große Unbekannte gibt: die MFN-Klausel. Über das aus der WTO bekannte MFN-Prinzip können Inhalte und Regelungen anderer Abkommen importiert werden, sollten Liberalisierungen oder andere Zugeständnisse dort weitreichender sein. In Kombination mit ISDS ist dies der Schlüssel zur „**absolute Deregulierung**“, wie John Hilary (War on Want) auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin warnte (siehe Abb. 8).

4.4. Durchsetzung internationaler Regelungen und Vorgehen gegen Handelsbeschränkungen

Gerade, weil die Verhandlungen sich mit einer Reihe von Ländern länger hinziehen, betonten verschiedene IndustrievertreterInnen in der Online-Konsultation zu „Handel für alle“, dass die EU sicherstellen müsse, dass alle bestehenden internationalen Regeln umgesetzt werden und alle zur Verfügung stehenden Mittel gegen Handelsbeschränkungen eingesetzt würden. Über die OECD-Datenbank können Ausfuhrbeschränkungen auf Rohstoffe nun leicht ausfindig gemacht werden. Zusätzlich können sich Unternehmen und Wirtschaftszweige der EU direkt an die Kommission wenden, um eine Untersuchung zu Handelshindernissen einzuleiten (Handelshemmnisverordnung). Neben den eigenen Untersuchungen unter der Marktzugangsstrategie, nimmt die Kommission an den periodisch durchgeführten *Trade Policy Reviews* der WTO teil und stellt dort – nach eigener Aussage – sicher, dass die Exportbeschränkungen Chinas, Indiens und der Türkei angemessen berücksichtigt werden (Europäische Kommission 2012a).

Wenn diese oder andere Länder gegen die Regeln der WTO oder ihre zusätzlich eingegangenen Verpflichtungen verstießen, werde die EU nicht zurückschrecken, Beschwerde beim so genannten *Dispute Settlement Body* der WTO

einzureichen und in einem weiteren Schritt ein Streitschlichtungsverfahren einzuleiten (WTO 2015a). Dieser Streitschlichtungsmechanismus innerhalb der WTO basiert, anders als ISDS, auf einem Staat-Staat-Ansatz. Wenn ein Mitglied der Meinung ist, dass ein anderes Mitglied gegen WTO-Recht verstößt, kann diese Partei Beschwerde einlegen.

Im Rohstoffsektor gab es bisher nicht viele, dafür aber erfolgreiche Klagen. Unter dem Schlagwort „Rohstoffe“ listet die WTO nur drei Streitfälle. Es handelt sich um Klagen dreier Länder gegen dieselben Exportbeschränkungen Chinas. Nachdem eine Konsultation 2009 ergebnislos verlief, reichten die EU, die USA und Mexiko 2010 jeweils Klage gegen Ausfuhrbeschränkungen auf folgende Rohstoffe ein: Bauxite, Koks, Fluorit, Magnesium, Mangan, Siliziumcarbid, Siliziummetall, Gelber Phosphor und Zink (WTO 2015b: raw materials). Laut den Klägern verstießen diese Maßnahmen (Quoten, Exportsteuern und Mindestpreise für Exporte) nicht nur gegen das WTO-Recht im Allgemeinen, sondern vor allem gegen die Verpflichtungen, die China in seinem Beitrittsprotokoll unterzeichnet hat (siehe oben), im Besonderen. Die marktbeherrschende Stellung ermögliche es China außerdem, mit diesen Maßnahmen den weltweiten Wettbewerb der nachgelagerten Industrien zu beeinträchtigen (Europäische Kommission 2010b). Die Entscheidung des Streitschlichtungspanels 2011 folgte dieser Argumentation der Kläger und forderte China auf, die entsprechenden Maßnahmen aufzuheben (Europäische Kommission 2013b). Das WTO-Berufungsgremium bestätigte das Urteil und legte darüber hinaus eine eindeutige und endgültige Interpretation der Verpflichtungen Chinas im Rahmen der WTO fest.

Der BDI nahm die Entscheidung mit Freude auf:

„Die Entscheidung der Welthandelsorganisation (WTO) zu China ist ein weltweit wichtiges Signal, dass der Rohstoffzugang für Unternehmen anderer Länder nicht willkürlich beschränkt werden darf und dass bestehende Regeln respektiert werden müssen. [...] Gemeinsam mit den USA muss die EU jetzt schnell ein weiteres WTO-Verfahren gegen China anstrengen, das die weitreichenden Exportbeschränkungen bei Seltenen Erden und bei anderen Metallen untersucht“ (BDI 2011).

2012 reichte die EU in der Tat zusammen mit den USA und Japan die nächste Klage gegen China ein. Zusammen finden sich diese unter dem Stichwort „Exportbeschränkungen“ gelistet (WTO 2015b: export restrictions). Es ging wieder

Abb. 8: „The ISDS files“ ist eine Online-Plattform mit Videos und visuellen Materialien gegen ISDS. U.a. gibt es dort drei Videoclips von John Hilary (War on Want), die während der Veranstaltung „Geopolitische Konsequenzen des TTIP Abkommens - Die Perspektive von Drittstaaten“ bei der RLS am 18. September 2014 in Berlin gefilmt wurden: szbnetwork.org/the-isds-files/

um Ausfuhrbeschränkungen auf Rohstoffe, diesmal Seltene Erden, Wolfram und Molybdän (zum Verfahren im Detail: Wübbeke 2012; zu Rohstoffpolitik Chinas: Ramdoo 2011: 14). China rechtfertigte die Maßnahmen bei Seltenen Erden mit Umweltschutzgründen. Laut Wen Bo wollte China durch die Verknappung dieser Rohstoffe vor allem japanische Elektronikhersteller treffen (Bo 2015: 15). Trotzdem fällt auf, dass China 97 Prozent der Seltenen Erden fördert, obwohl nur 37 Prozent der Vorkommen in China liegen (ebd.: 6). Offensichtlich möchten sich nicht viele Länder mit dem extrem umweltschädlichen Abbau beschäftigen, bei dem Säuren zur Stofftrennung eingesetzt werden müssen. Zurück bleiben sowohl giftiger Schlamm als auch radioaktives Material (vgl. 4.3.15.).

Auch in diesen Fällen entschied die WTO zugunsten der Kläger:

„[...] im Einklang mit der vorhergehenden Entscheidung zu anderen Rohstoffen, dass die Ausfuhrabgaben und -kontingente, die China anwendet, gegen dessen WTO-Verpflichtungen verstießen und nicht aus Gründen des Umweltschutzes gerechtfertigt werden könnten. Die Kommission überwacht weiterhin die Umsetzung des ersten Verfahrens, wonach China Ausfuhrbeschränkungen [...] aufheben muss“ (Europäische Kommission 2014b: 4).

Nun kontrolliert die Kommission, dass auch dieses zweite Urteil vollständig umgesetzt wird. Darüber hinaus gibt es keine explizit auf Rohstoffe oder Exportbeschränkungen zielenden Verfahren in der WTO. Im Bereich Eisen und Stahl kommt es immer wieder zu Klagen.²⁴ Hier finden

sich auf europäischer Ebene einflussreiche Akteure. Die Wirtschaftsvereinigung Stahl schaffte es beispielsweise in der Überarbeitung der Kritischen Rohstoffe Koks- und Kohle neu aufzunehmen. Dies ist der einzige nicht-metallische Rohstoff (Europäische Kommission 2014d).

Ein Blick in die „OECD-Datenbank über Exportbeschränkungen bei Rohstoffen“ zeigt, dass mit Russland und Tadschikistan weitere Länder auftauchen, die für ihren WTO-Beitritt spezielle Zugeständnisse machen mussten. Alle 170 Maßnahmen, die bei Tadschikistan gelistet werden, sind Bedingungen für Exportlizenzen (OECD 2015). Bei Russland werden sogar 616 Maßnahmen gelistet, darunter auch Exportsteuern, -lizenzen und -quoten.

Doch es muss nicht immer zu einer Klage kommen. Zuerst versucht die EU auf (bilaterale) Konsultationen zu setzen, was durchaus erfolgreich sein kann:

„Russlands Plan, den Hafen in Sankt Petersburg für Schrottverbringungen zu schließen, was zu erheblichen Beschränkungen bei Schrottausfuhr geführt hätte, wurde nach zahlreichen EU-Interventionen auf bilateraler Ebene und im OECD-Stahlausschuss aufgegeben“ (Europäische Kommission 2014b: 4).

Mit Indonesien sei die Kommission bi- und multilateral im Gespräch (vgl. 3.5.). Die Ausfuhrverbote, die für Mineralien und Metallerze verhängt wurden, würden aufmerksam verfolgt. Die gewonnen Klagen gegen China werden in solchen Gesprächen sicherlich auch thematisiert. Anscheinend brachte der Dialog nicht die erhofften Ergebnisse. Nach der ISDS-Klage von *Newmount Mining* droht dem Land das nächste Verfahren

²⁴ Siehe Fälle zu steel (32), stainless steel (4), cast iron (1), non-alloy steel (2), hot-rolled steel (3), carbon steel welded pipe (1) unter WTO 2015b.

(vgl. 3.5.). Auf der Internationalen Rohstoffkonferenz der Bundesregierung 2015 im November wurde angekündigt, dass die EU nun ein Verfahren einleiten wolle (Reckordt 2015b).

4.5. Rohstoffdialog und Sensibilisierung von Drittländern in internationalen Foren

Neben ad-hoc Gesprächen wurden seit Beginn der RMI kontinuierliche Rohstoffdialoge eingesetzt, um die Partnerländer und wichtigen Akteure in den Ländern für Rohstoffe und freien Handel mit diesen zu sensibilisieren.

„Bisher wurden Kooperationspartnerschaften und politische Dialoge mit den USA, Kanada, Japan, China, Russland, Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Mexiko, Uruguay, Grönland, den südlichen Nachbarschaftsländern sowie Peru, der Mongolei und Myanmar/Birma eingerichtet, davon mindestens drei im Jahr 2013. Weitere Dialoge befinden sich in Vorbereitung“ (Europäische Kommission 2014d: 4).

Damit wurden bereits wesentlich mehr Länder erreicht, als die sieben in der RMI 2008 als strategische Partner genannten. Allerdings fehlt Indien. Neben bilateralen Gesprächen, geht es vor allem um gemeinsame Studien und Veranstaltungen mit (und in) diesen Ländern, um den gegenseitigen Bedarf im Rohstoffsektor deutlich zu machen. 2013 gab es z.B. eine gemeinsame Konferenz der EU, der USA und Japan zu Kritischen Rohstoffen.

Während mit ressourcenabhängigen Ländern das gemeinsame Vorgehen und Positionen für internationale Foren, wie die G8/20, UNCTAD, die OECD und die WTO, abgestimmt werden sollen, geht es bei den rohstoffreichen Ländern, um direkten Zugang zu diesen. Mit Grönland konnte eine Absichtserklärung unterzeichnet werden. Grönland besitzt bedeutende Vorkommen vieler natürlicher Ressourcen, darunter neben Tantal auch die Kritischen Rohstoffe Seltenen Erden, Niob, PGM und Graphit. Dazu hieß es in der Pressemitteilung:

„Um der EU-Industrie einen besseren Zugang zu erschwierlichen Rohstoffen zu sichern, möchte die Europäische Kommission die Zusammenarbeit mit Grönland zum beiderseitigen Nutzen intensivieren; dazu zählen gemeinsame Infrastruktur- und Investitionsmaßnahmen oder auch der Ausbau von Kapazitäten im Bereich der Rohstofferkundung und -gewinnung“ (Europäische Kommission 2012b).

Mit Kolumbien und Mexiko wurden ebenfalls 2012 Absichtserklärungen unterzeichnet, mit

Chile und Uruguay bereits 2011. Weitere Länder sollen folgen, um die Zusammenarbeit im Rohstoffsektor und gemeinsame Aktivitäten zum Ausbau des Bergbaus zu verstärken.

In der OECD koordinieren die Mitglieder ihre eigenen Ansätze und die Kooperation mit Nicht-Mitgliedern. Dazu gehören auch Studien und Analysen, die die eigene Position stützen, z.B. über Ausfuhrbeschränkungen. **„Bewusstsein schaffen für die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf alle Länder in multilateralen Foren wie der WTO oder der OECD“** (Europäische Kommission 2015b) war auch eine zentrale Forderung von BusinessEurope in der Konsultation zu „Handel für alle“.

Darüber hinaus sollen Rohstoffe und Rohstoffhandel auf die Tagesordnungen in internationalen Foren gesetzt und die internationale Zusammenarbeit gefördert werden. Von G8 über OECD sowie UNCTAD und UNEP (Umweltprogramm der Vereinten Nationen) setzt die Kommission auf Sensibilisierungsmaßnahmen. Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie der Weltbank und der Internationalen Meeresbodenbehörde, z.B. Dialoge über den Tiefseebergbau, die Arktis und die Sicherheit der internationalen Handelswege für Rohstoffe, wurden ebenfalls ausgeleuchtet.

„Der Meeresbodenbergbau ist technologisch machbar und wird als Teil der Rohstoffinitiative, der Europäischen Innovationspartnerschaft für Rohstoffe und des Programms ‚Horizont 2020‘ betrachtet. Der Bergbau auf und unter dem Meeresgrund stellt die nächste greifbare Rohstoffquelle, auch für einige kritische Rohstoffe, dar. Doch der Meeresbodenbergbau, insbesondere der Bergbau in der Tiefsee und unter dem Meeresgrund, ist aus ökologischer und technologischer Sicht problematisch“ (Europäische Kommission 2014d: 12).

Ausgehend von den bisherigen Erfahrungen im Bergbau ist zu befürchten, dass, sobald sich die technischen Probleme lösen lassen, auch die ökologischen Probleme kein Hinderungsgrund mehr sein werden (mehr zu Thema Tiefseebergbau und der Rolle Deutschlands: Härterich 2014). Bereits 2018 soll der Abbau in Papua Neuguinea beginnen. **„Wissenschaftler und Umweltschützer fordern daher weltweit ein internationales Moratorium für den Abbau aus der Tiefsee. Es gelte zuerst, diese Lebensräume zu untersuchen, bevor der industrielle Meeresbergbau überhaupt beginnt“** (Seib 2015: 12).

Kasten 6:**Konfliktfinanzierung durch Abbau von und Handel mit Rohstoffen****Michael Reckordt**

In den USA müssen an der Börse notierte Konzerne seit Mai 2014 verpflichtend berichten, ob sie sogenannte Konfliktrohstoffe (nach Definition: Gold, Tantal, Wolfram und Zinn)²⁵ verwenden und welche Maßnahmen sie unternehmen, um die gebotene Sorgfaltspflicht entlang ihrer Lieferkette umzusetzen. Das Gesetz – *Dodd Frank Act* genannt – ist zwar auf Rohstoffe aus der DR Kongo und seinen neun Nachbarländern²⁶ begrenzt, doch über die Einbindung der Lieferketten sind auch Unternehmen aus Deutschland, China, etc. betroffen.

Studien belegen, dass durch den Abbau und Handel mit diesen Konfliktrohstoffen der Bürgerkrieg in der DR Kongo wesentlich mitfinanziert worden ist. Bewaffnete Gruppen haben immer wieder durch Zölle oder Abgaben an den Rohstoffen verdienen können (Matthysen/Zaragoza 2013). Doch nicht nur für dieses Land lässt sich das beobachten. Auch in anderen Ländern – und zum Teil bei anderen Rohstoffen – findet sich dieselben Muster wieder. Die Zentralafrikanische Republik, Kolumbien oder Myanmar sind weitere Beispiele, in denen Rohstoffe bei der Finanzierung von Konfliktgruppen eine wichtige Rolle spielen (Global Witness et al. 2013).

Der *Dodd Frank Act* in den USA hat dafür gesorgt, dass zum Beispiel Unternehmen aus der Elektronikindustrie versuchen einen Imagewechsel zu vollziehen. Innerhalb kürzester Zeit hat es Apple geschafft, dass über die Hälfte seiner Schmelzen in der Zulieferkette als konfliktfrei zertifiziert gelten. Die Zielmarke von 100 Prozent konfliktfrei soll in Kürze erreicht werden.

Selbstverständlich handelt es sich dabei nur um erste Schritte, die weiterhin von politischen Maßnahmen flankiert werden müssen und dennoch: von dieser Transparenz und Kontrolle über die Lieferketten sind viele deutsche Unternehmen noch sehr weit entfernt. Keines der großen deutschen Unternehmen aus der Automobil- oder Elektronikindustrie hat sich bisher öffentlich in einem ähnlichen Umfang zu verbindlichen Verpflichtungen zur Transparenz und Sorgfaltspflicht bekannt. Im Gegenteil: eine dem *Dodd Frank Act* ähnlich verbindliche Regulierung auf EU-Ebene wird mit Hilfe des BDI torpediert. So sagte der Präsident des BDI, Ulrich Grillo, am 3. Juli 2014 im Haus der deutschen Wirtschaft: **„Wir dürfen die Menschenrechte nicht privatisieren“** und wies jegliche Verantwortung deutscher Unternehmen von sich.

Im Januar 2013 kündigte der damalige EU-Handelskommissar Karel de Gucht eine dem US-Gesetz vergleichbare Verordnung in Europa an. Nachdem der BDI seine Lobbytätigkeiten intensiviert, wurde am 5. März 2014 ein sehr abgeschwächter Entwurf präsentiert, der eine Selbst-Zertifizierung von knapp 400 Händlern der vier genannten Mineralien empfiehlt (Report München 2014). Die selbst-zertifizierten Berichte sollen an eine noch zu benennende nationale Behörde geschickt werden, die wiederum eine „weiße Liste“ erstellt, auf der alle „verantwortungsvollen Importeure, Schmelzen und Händler“ einsehbar wären. Dieses Verfahren ist nicht nur intransparent, sondern bleibt hinter bestehenden, freiwilligen Regelungen weit zurück (z.B. den OECD-Leitlinien oder den UN-Leitprinzipien). Weder wurde die verarbeitende Industrie noch deren Lieferanten eingebunden.

Forderungen der Zivilgesellschaft

Europäische NGOs fordern, dass die EU-Regulierung alle in der EU tätigen Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette verbindlich zur gebotenen Sorgfalt mit Blick auf Konflikte und Menschenrechtsverletzungen verpflichtet. Die OECD-Richtlinie und die UN-Leitprinzipien sollten dafür als Grundlage dienen. Im Gegensatz zu dem *Dodd Frank Act* sollte die Sorgfaltspflicht nicht auf eine einzelne Region und bestimmte Rohstoffe beschränkt sein, sondern global und für alle metallischen und mineralischen Rohstoffe gelten. Zudem dürfen diese Regulierungen nicht – wie die deutsche Rohstoffstrategie – einseitig die Interessen der Industrie widerspiegeln. Daher sollten auf nationaler und lokaler Ebene neben den zuständigen Regierungsstellen auch zivilgesellschaftliche VertreterInnen sowie VertreterInnen aus dem artisanalen Bergbausektor frühzeitig in die Umsetzung der Regulierung integriert werden. Eine zukünftige EU-Regulierung zum Umgang mit Konfliktrohstoffen muss zudem in ein Bündel von Maßnahmen zur Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, zur Friedenssicherung und zur Verbesserung der wirtschaftlich-sozialen Situation der lokalen Bevölkerungen eingebunden sein. Am 20. Mai 2015 schloss sich das europäische Parlament diesen Forderungen an. Seitdem wird der Trialogue zwischen Mitgliedsstaaten, EU-Parlament und EU-Kommission vorbereitet.

Der Autor arbeitet bei PowerShift e.V. als Koordinator des bundesweiten Netzwerkes AK Rohstoffe. Weitere Informationen finden sich unter <http://alternative-rohstoffwoche.de>.

25 Das US-Gesetz orientiert sich stark an den Empfehlungen der UN-Mission in der DR Kongo, die diese vier Rohstoffe als Finanzierungsmittel für die Bürgerkriegsparteien identifiziert hat.

26 Namentlich: Angola, Burundi, Zentralafrikanische Republik, Republik Kongo, Ruanda, Südsudan, Tansania, Uganda und Sambia.

5. Der Ausbeutung entkommen

Europa lebt auf großem Fuß. Obwohl selbst relativ rohstoffarm, verbrauchen Länder wie Deutschland nicht nur wesentlich mehr Rohstoffe als der weltweite Durchschnitt, sondern auch wesentlich mehr als langfristig tragfähig ist. In einigen Fällen sind Nachfrage und Nutzung der Rohstoffe offensichtlich: Sie fließen direkt in die Produktion und den Verbrauch in der EU (vgl. 1.6.). In anderen Fällen sind die Wege der Rohstoffe verschlungener: In verschiedenen Teilen der Welt verarbeitet, landen sie in Vor-, Teil- oder Endprodukten letztlich ebenfalls in Europa, sowohl für die, gerade in Deutschland sehr starke, Exportindustrie als auch für den innereuropäischen Konsum (vgl. 1.2.). Um dieses Verbrauchsniveau dauerhaft möglichst kostengünstig erhalten zu können, richtete die EU ihre Handels- und Investitionspolitik auf die „Sicherung des Zugangs zu Energie und Rohstoffen“ aus (Kapitel 2). Europäische Nachfrage und Politik treiben damit die Rohstoffausbeutung weltweit voran.

Dabei bleiben die Bedingungen und – teils verheerenden – Auswirkungen dieser fortschreitenden Rohstoffausbeutung nahezu unberücksichtigt: Von ökologischen Katastrophen über Menschenrechtsverletzungen bis zur Verschärfung sozialer und wirtschaftlicher Ungerechtigkeiten – weltweit, aber auch innerhalb von Ländern und Regionen. Obwohl wir diese nur im Überblick (vgl. 1.3.-1.5.) und in Bezug auf einzelne Länder und Projekte (vgl. Kapitel 3) anreißen konnten, ist deutlich geworden, dass zum einen die Entscheidungssouveränität über die Nutzung dieser Rohstoffe bei den Abbauländern liegen und zum anderen die betroffene Bevölkerung umfassend in diese Entscheidung eingebunden werden muss. Unabhängig vom europäischen Rohstoffhunger muss es möglich sein, die Förderung insgesamt oder bestimmte Abbautechniken abzulehnen. Die Frage, ob und wie Rohstoffe abgebaut und genutzt werden sollen, ist in jedem einzelnen Fall von verschiedenen Faktoren abhängig.

Während beispielweise in lateinamerikanischen Ländern wie Peru die politischen und wirtschaftlichen Eliten auf den extraktiven Sektor setzen und vom Ausbau des Abbaus profitieren, ist die Haltung der lokalen und indigenen Bevölkerung eine ganz andere (vgl. 3.7.). Zu häufig werden sie mit den negativen Auswirkungen vor Ort alleine gelassen und sind gleichzeitig von jeglicher Teilhabe am Ressourcenreichtum ausgeschlossen. Selbst die über die Rohstoffeinnahmen finanzierten Sozialleistungen kommen in der Regel

der städtischen Bevölkerung zugute. Nicht nur der städtischen, sondern weltweit müssen unterschiedliche gesellschaftliche Interessen in Einklang gebracht, die Rechte von schwächeren Gruppen gestärkt werden. Um die negativen ökologischen und sozialen Auswirkungen zu minimieren, für gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ausgleich zu sorgen und lokale Entwicklung anstoßen zu können, die die kulturellen und indigenen Rechte der Gemeinschaften achtet, braucht der Rohstoffsektor Möglichkeiten der politischen Regulierung.

Die EU verfolgt mit ihrer Handels- und Investitionspolitik jedoch einen ganz anderen Weg. Nicht nur lokale Interessenkonflikte werden ignoriert, sondern auch die internationalen und innereuropäischen. Unter der Verallgemeinerung, dass die europäische Freihandelsagenda allen nutze, geht es in der Handels- und Investitionspolitik der EU im Allgemeinen sowie in Bezug auf Rohstoffe im Besonderen darum, die Interessen der europäischen Konzerne durchzusetzen. Die graphische Darstellung der häufigsten Begriffe der RMI verdeutlicht dies: Rohstoffe, Mitgliedsstaaten, Rohstoffen, EU, Kommission, Industrie und Zugang (vgl. Abb. 9). Weder „Handel für alle“ noch „Alles für uns“ ist das Ziel, sondern der Zugang zu Rohstoffen für die europäische Industrie. Wettbewerbsfähigkeit ist das Maß der Dinge, dem sich alle anderen Ziele, Werte und gesellschaftlichen Gruppen unterzuordnen haben. Für eine maßgeschneiderte Politik arbeitet die EU eng mit Bergbaukonzernen und der Rohstoff-importierenden Industrie zusammen. Alle Instrumente von Handelsabkommen, über WTO-Beitritte und WTO-Streitschlichtung bis zu Investitionsschutz und Rohstoffdialogen werden darauf ausgerichtet, Märkte zu öffnen und den Rohstoffsektor von der Förderung bis zum Handel zu deregulieren, um mehr Rohstoffe für die europäische Industrie zu sichern (vgl. Kapitel 4).

Die Karte „Handels- und Investitionsabkommen der EU: Ziele, Maßnahmen und Klagen im Rohstoffsektor“ verdeutlicht den Status quo: Welche Abkommen bestehen, welche zurzeit verhandelt werden, welche Verhandlungen ausgesetzt wurden und welche nach dem Willen der EU bald beginnen sollen. Alle markierten Staaten oder Staatengemeinschaften (z.B. bei den EPAs) wurden in Kapitel 4.3. genauer untersucht (Sternchen in Länderübersicht und pinke Raute auf Karte) und auf dieser Grundlage ergänzende Icons verteilt. ISDS wird in allen jüngeren Verhandlungen

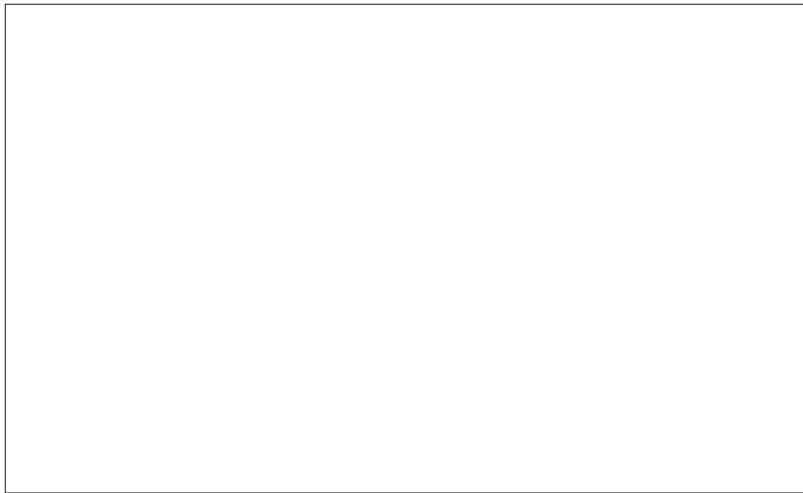


Abb. 9: Dieses Wordle verdeutlicht, welche Worte in der RMI am häufigsten genannt werden
(Quelle: Europäische Kommission 2008 und wordle.net/create)

als fester Bestandteil angestrebt. Darüber hinaus sind weitreichende Verbote von Exportsteuern geplant und konnten in fast allen bisherigen Abkommen umgesetzt werden (mit einigen kleinen Ausnahmen in den EPAs: vgl. 4.3.25.).

Die beiden WTO-Klagen mit Rohstoffbezug gegen China könnten der Auftakt zur verstärkten Durchsetzung bestehender Regeln sein, wie ihn auch die Industrie fordert (vgl. 4.4.). Denn es haben sich eine ganze Reihe weiterer Länder beim Beitritt zur WTO auf schärfere Regeln in Bezug auf Ausfuhrsteuern eingelassen, obwohl selbst der stellvertretende Generaldirektor der WTO erklärte, dass die Nutzung von Exportbeschränkungen „per se kein ungewöhnliches Ansinnen“ sei (Reckordt 2015b). Auf diesem Weg konnte die EU ihre rohstoffpolitischen Forderungen zu Exportbeschränkungen durchsetzen, ohne selbst ein FTA mit den betreffenden Ländern abschließen zu müssen (vgl. 4.2.). Bisher sind dies die Mongolei, China, Saudi Arabien, Vietnam, die Ukraine, Russland, Tadschikistan und Kasachstan. Weitere Beitrittsverhandlungen laufen.

Strategische Partner und die Herkunft der Kritischen Rohstoffe runden das Bild des globalen Einflusses der EU auf die Rohstoffausbeutung ab (vgl. 4.1. und Karte). Nicht immer werden alle Ziele in der gewünschten Zeit erreicht, so geraten diverse Verhandlungen immer wieder ins Stocken. Doch nichtsdestotrotz setzt die EU in allen hier untersuchten Bereichen der RMI Maßnahmen um und kommt darüber ihren Zielen Stück für Stück näher. Wenn Abkommen und Regelungen geschlossen werden, enthalten diese die grundlegenden Forderungen zu Ausfuhrbeschränkungen, wobei die Definition dessen, was als Ausfuhrbeschränkung gilt, stetig erweitert wird. Ergänzend werden Rohstoffdialoge genutzt und Allianzen geschmiedet (vgl. 4.5.)

Dabei klingt die Sprache, ob in den handelspolitischen Strategien oder den Nachhaltigkeitskapiteln in Handels- und Investitionsabkommen, immer kooperativer, immer inklusiver: Handel für alle. Doch jenseits der Allgemeinplätze bleibt alles Weitere unverbindlich. Nicht, dass Nachhaltigkeitskapitel in Handelsabkommen das Mittel der Wahl sind, um Menschenrechte, Umwelt- oder Arbeitsstandards zu sichern, doch sie sollen auch nicht als Feigenblatt dienen, um vorzugeben eben dieses zu tun (vgl. 4.3.20.). Zumal die langen Laufzeiten von Verträgen und Abkommen jeglichen kurz- bis mittelfristigen Politikwechsel unterbinden (vgl. 3.5.).

Die Handelsregeln und -abkommen im Gesamten sorgen für neue Probleme und verschärfen bestehende im Rohstoffsektor. Grundsätzlich ist Freihandel darauf angelegt, dass immer weiter liberalisiert und dereguliert wird. Ein Plan B, ein Ausstieg oder eine alternative Vision sind nicht vorgesehen (vgl. Kasten 2: Philippinen: Es gibt einen Plan B). (Lokalen) Regierungen werden die Hände gebunden, um über politische Maßnahmen sozial und ökologisch gerechte Nutzung und demokratische Teilhabe an den natürlichen Ressourcen zu gewährleisten (vgl. Kapitel 3).

Während immer mehr verbindliche Regeln und Verbote die Handlungsmöglichkeiten für Staaten minimieren, erhalten Konzerne im Gegenzug mehr und mehr Rechte. Ihre wirtschaftlichen Interessen werden auf Kosten der Allgemeinheit abgesichert, gleichzeitig haben die Betroffenen vor Ort keine Möglichkeit, Bergbauunternehmen zur Verantwortung zu ziehen. Denn verbindliche Pflichten für Konzerne sind in der europäischen Handels- und Investitionspolitik nicht vorgesehen. Wird dürfen die Menschenrechte nicht privatisieren, erklärt der BDI (vgl. Kasten 6: Konfliktfinanzierung durch Abbau von und Handel mit Rohstoffen). Wenn private Unternehmen und Investoren keine Verantwortung übernehmen wollen, warum sollen dann wirtschaftliche Risiken und (vermeintliche) Verluste sozialisiert werden?

Die Diagramme zu den ISDS-Fällen im Rohstoffsektor machen deutlich, dass europäische Konzerne bestehende Investitionsverträge mit Klagemöglichkeiten rege nutzen (Karte S. 40/41). Rund ein Viertel der Klagen vor ICSID in den letzten zehn Jahren beziehen sich auf den Sektor „Öl, Gas und Bergbau“. Davon ist erst die Hälfte entschieden, größtenteils mit unbekanntem Ausgang (vgl. 3.4.). Wenn ein Vergleich geschlossen wurde, ist davon auszugehen, dass der Staat dem klagenden Unternehmen in irgendeiner Weise entgegen gekommen ist (vgl. *Newmount Mining versus Indonesien* in 3.5.).

Daher sind im Endeffekt die Unternehmen erfolgreicher als die Staaten, zumal oftmals auch schon die Androhung einer ISDS-Klage reicht, um Politikmaßnahmen zu verzögern, abzuschwächen oder zu verhindern. Die Staaten geraten in die Defensive, denn Klagen können nur die Konzerne: Das jedoch gegen nahezu alle staatlichen Politikmaßnahmen, inkl. grundlegender Entscheidungen, ob überhaupt (weiterhin) Rohstoffe abgebaut werden sollen (vgl. *OceanaGold und Commerce Group Corp. versus El Salvador* in 3.5.).

Um die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, der vom Abbau betroffenen Bevölkerung sowie der von den Einnahmen abhängigen Staaten zu überwinden, müssen allen Ländern, insbesondere jedoch den Ländern des Globalen Südens, regulierende Maßnahmen im Rohstoffhandel und -export sowie bei Investitionen in den Sektor erlaubt sein. Dafür müssen die Rechte von Konzernen eingeschränkt und gleichzeitig Pflichten eingeführt werden, welche entlang der gesamten Lieferkette gelten. Ergänzend müssen Transparenz, Partizipation und Information im Rohstoffsektor erhöht werden. Entscheidend, um der Ausbeutung im Rohstoffsektor zu entkommen, sind fünf große Bereiche: Ausfuhrbeschränkungen und -zölle, Investitionen und Investitionsschutz, Sorgfaltspflichten entlang der gesamten Lieferkette, Transparenz sowie Partizipation und Information.

Im Einzelnen bedeutet das für den Bereich Ausfuhrbeschränkungen und -zölle:

Daher darf es **erstens** in bilateralen oder multilateralen Handelsabkommen **keine Regeln** geben, welche die Möglichkeiten, **Ausfuhrbeschränkungen zu nutzen, für den Globalen Süden einschränken oder verbieten**. Dabei muss insbesondere die immer weitere Ausdehnung der Definition von Ausfuhrsteuern und mengenmäßige Beschränkungen auf Maßnahmen, die einen ähnlichen Effekt haben, beendet werden.

Zweitens darf der **Beitritt zur WTO nicht weiterhin als Druckmittel zum Verzicht auf Exportsteuern** genutzt werden. Dementsprechend soll die EU in Zukunft **keine WTO-Streitfälle gegen Länder des Globalen Südens einleiten**, wenn sie Exportbeschränkungen oder -regeln im Rohstoffsektor erlassen, die dazu dienen, der Rohstoffausbeutung zu entkommen.

Im Einzelnen bedeutet das für den Bereich Investitionen und Investitionsschutz:

Drittens müssen grundsätzlich allen Ländern weitreichende **Freiräume für die Anpassung investitionspolitischer Bedingungen an veränderte ökonomische, politische oder sozial-ökologische Gegebenheiten** eingeräumt werden.

Die Gastländer haben das Recht, Investitionen im Rohstoffsektor zu steuern und durch Auflagen und Bedingungen in dem Sinne zu gestalten, dass sie zu kooperativen Lösungen und heimischer Förderung und Weiterverarbeitung von Rohstoffen beitragen. Dafür ist eine enge Definition von „Investitionen“ hilfreich, die nicht einseitig darauf gerichtet ist, internationalen Konzernen im Rohstoffsektor den Marktzugang zu erleichtern und abzusichern, wie sie beispielsweise Indien in seinem neuen Modell BIT entwickelt hat (vgl. 4.3.14.).

Viertens darf die EU **nicht weiter auf ISDS für Rohstoffkonzerne** drängen, sondern sollte auf **transparente Staat-Staat-Streitschlichtungsmechanismen** setzen. Ergänzend muss es **klare und verbindliche menschen- und arbeitsrechtliche, soziale, ökologische und ökonomische Verpflichtungen für Rohstoffunternehmen sowie für Gast- und Heimatländer der Unternehmen** geben, die wirksame Mechanismen für deren Monitoring und zur Beschwerde enthalten (gerade auch für die betroffenen Bevölkerungsgruppen im Globalen Süden).

Fünftens muss dafür ein **Moratorium bzgl. Neuverhandlungen und ein Ablaufdatum** („sunset clause“) **der bisherigen Investitionsabkommen** sowie eine fünfjährige Phase der Überprüfung und Erneuerung der internationalen Investitionspolitik eingeleitet werden. **Neue Investitions- und Handelsabkommen** sollten mit einer „savings clause“ versehen werden, die sicherstellt, dass **Interpretationen der Verpflichtungen in den Abkommen, die den Schutz von Menschenrechten und Umwelt untergraben, unzulässig** sind.

Im Einzelnen bedeutet das für den Bereich Sorgfaltspflichten entlang der gesamten Lieferkette:

Da freiwillige Initiativen nicht die erwünschten Erfolge erzielt haben, müssen **sechstens** Unternehmen, die Rohstoffe selbst abbauen, nutzen oder den Abbau finanzieren, **verbindlich zu gebührender Sorgfalt gegenüber den Menschenrechten verpflichtet** werden (vgl. Abb. 10). Diese menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten sollen sich nicht nur auf die so genannten „Konfliktmineralien“ und die Finanzierung von bewaffneten Konflikten in einem bestimmten Gebiet beschränken, sondern **sämtliche Rohstoffe und Regionen einbeziehen**.

Dabei sollten **siebtens** die OECD-Leitlinien für unternehmerische Sorgfaltspflicht und die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte als Grundlage für **verbindliche Sorgfalt entlang der gesamten Rohstofflieferkette** dienen. Unternehmen müssen potentielle Risiken

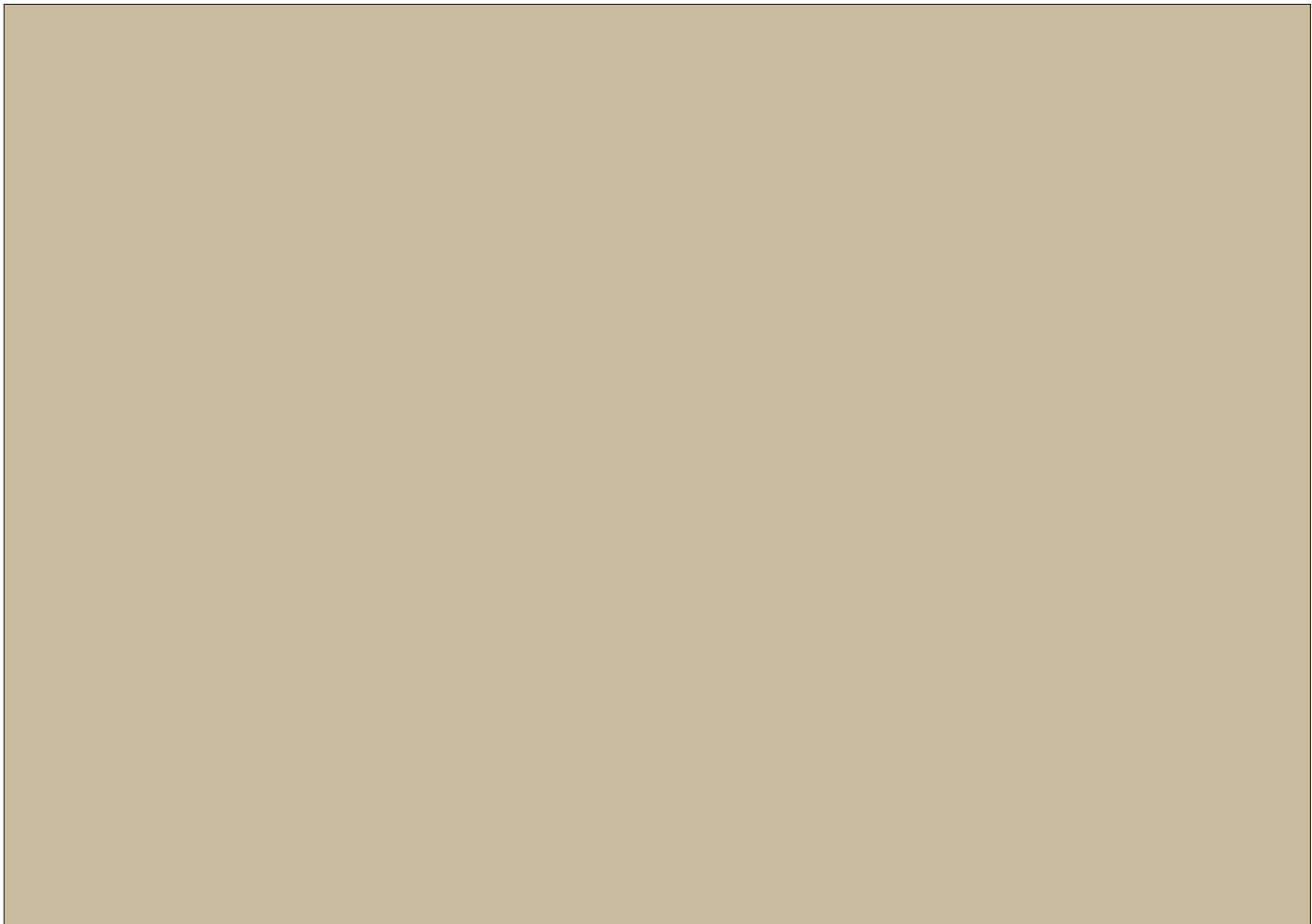


Abb. 10: Dokumentierte Menschenrechtsverletzungen entlang der Lieferkette bei deutschen Unternehmen. (Quelle: PowerShift 2015)

analysieren und Gegenmaßnahmen entwickeln. Über ihre Risikoanalyse sowie die Beseitigung von Missständen müssen sie öffentlich berichten. Zudem müssen effektive Entschädigungsmöglichkeiten für Betroffene eingeführt werden.

Im Einzelnen bedeutet das für den Bereich Transparenz:

Achtens muss die **Transparenz in der Handels- und Investitionspolitik** insgesamt, sowie im Rohstoffsektor im Speziellen, **erhöht werden**. Dafür müssen nicht nur die Verhandlungsmandate offengelegt werden, sondern auch die Vorschläge der Verhandlungspartner, eine Übersicht der Verhandlungsdokumente und -texte sowie die Lobbykontakte.

Die **Transparenz im Rohstoffsektor** muss fortlaufend ausgedehnt werden. So sollten **neuntens** bei EITI nicht nur die **Zahlungsströme**, sondern auch die **rechtlichen und wirtschaftlichen Eigentümer offen gelegt werden**, um Korruption und Steuerhinterziehung zu unterbinden. Dafür müssen auch **Verträge von Staaten mit rohstofffördernden Unternehmen** offengelegt werden und die Möglichkeit bestehen, illegitime Verträge zu annullieren.

Im Einzelnen bedeutet das für den Bereich Partizipation und Information:

Zehntens müssen demokratische Spielräume in Deutschland, der EU und in den rohstoffreichen Ländern zurückgewonnen werden. Die **Parlamente und die Zivilgesellschaft in Nord und Süd** sind ernsthaft in die Ausarbeitung von Strategien, die den Rohstoffsektor betreffen, sowie **in die Umsetzung dieser einzubeziehen**. Konzerne dürfen keine Vorzugsbehandlung bekommen. Dabei muss die **betroffene Bevölkerung ein Recht auf freie, frühzeitige und informierte Zustimmung** haben. Die Länder des Globalen Südens müssen bei der Entwicklung von Verfahren und Institutionen zur Umsetzung des *Free Prior Informed Consent* (FPIC) unterstützt werden.

Statt weiterhin möglichst viele Rohstoffe für die europäische Industrie sichern zu wollen, müssen die EU und Deutschland verbindliche Ziele und Maßnahmen ergreifen, um den absoluten Rohstoffverbrauch auf ein global gerechtes und ökologisch verträgliches Niveau zu senken. Die EU sollte die Handels- und Investitionspolitik nutzen, um weltweit Einfluss darauf auszuüben, dass die verschiedenen Ebenen der Rohstoffausbeutung überwunden werden.

Literaturverzeichnis

(Alle Internet-Links letztmailig abgerufen im November 2015.)

- **AK Rohstoffe (Hrsg.)**
2013: Für eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik – Handlungsempfehlungen deutscher Nichtregierungsorganisationen an Bundesregierung und Bundestag, online: http://alternative-rohstoff-woche.de/wp-content/uploads/2013/09/AK_Rohstoffe_Forderungspapier_September2013.pdf.
- **AK Rohstoffe (Hrsg.)**
2015: Verantwortung entlang der Lieferkette im Rohstoffsektor! Warum verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten notwendig und machbar sind – Eine Auseinandersetzung mit Argumenten seitens der deutschen Industrie, Diskussionspapier des AK Rohstoffe, online: <http://power-shift.de/?p=5558>.
- **Amerika 21**
2011: Das Öl im Boden lassen! Online: <https://amerika21.de/termin/2011/11/42224/yasuni-itt>.
- **Anderson, Sarah/Perez-Rocha, Manuel**
2013: Mining for Profits in International Tribunals. Lessons for the Trans-Pacific Partnership, Hrsg.: IPS, April 2013 edition (updated), S. 9-10, online: <http://www.ips-dc.org/wp-content/uploads/2013/05/Mining-for-Profits-2013-ENGLISH.pdf>.
- **Ax, Christine/Marschütz, Benedikt/Hinterberger, Friedrich**
2014: Die Aussichten von hier aus, Sisyphos 2/2014, S.24-28, online: http://seri.at/wp-content/uploads/2014/09/factory_2_2014_sisyphos-1.pdf.
- **Batubara, Bosman**
2015: Indonesiens Regierung unterstützt weiterhin Rohstoffkonzerne, Hintergrundinformation der Stiftung Asienhaus 3/2015, Köln, online: http://www.asienhaus.de/uploads/tx_news/asienhaus-hintergrundinformation3-2015.pdf.
- **BDI**
2011: WTO-Votum weltweit wichtiges Signal gegen Rohstoffbeschränkungen, Pressemitteilung vom 6. Juli 2011, online: http://www.bdi.eu/163_BDI_zum_WTO_Votum_06_07_2011.htm.
- **BDI**
2015: Anforderungen an eine ganzheitliche und nachhaltige Rohstoffpolitik. BDI-Grundsatzpapier zur Rohstoffpolitik im 21. Jahrhundert, Berlin, online: http://www.bdi.eu/download_content/EnergieUndRohstoffe/Grundsatzpapier_Rohstoffpolitik.pdf.
- **bilaterals.org**
2011: EU-Canada (CETA), India and Singapore FTAs - EC negotiating mandate on investment (2011), 15. September 2011, online: <http://www.bilaterals.org/?eu-negotiating-mandates-on&lang=en>.
- **bilaterals.org**
2013: EU trade ministers back wider ASEAN mandate, 21. Oktober 2013, online: <http://www.bilaterals.org/?eu-trade-ministers-back-wider&lang=en>.
- **bilaterals.org**
2014: Thailand's European tariff privileges withdrawn, 26. Dezember 2014, online: <http://www.bilaterals.org/?thailand-s-european-tariff&lang=en>.
- **bilaterals.org**
2015a: India-EU FTA: time for a fundamental rethink? 7. Oktober 2015, online: <http://www.bilaterals.org/?india-eu-fta-time-for-a&lang=en>.

- **bilaterals.org**
2015b: European trade lobby urges restart of FTA talks, 31. März 2015, online:
<http://www.bilaterals.org/?european-trade-lobby-urges-restart&lang=en>.
- **Blume, Jutta/Greger, Nika/Pomrehn, Wolfgang**
2011: Oben hui, unten pfui? Rohstoffe für die „grüne“ Wirtschaft: Bedarfe – Probleme – Handlungsoptionen für Wirtschaft, Politik & Zivilgesellschaft, Hrsg.: PowerShift e.V., Berlin, online:
http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2011/08/PowerShift-ForumUE-StudieRohstoffe-Gr%C3%BCneWirtschaft-2011web_klein.pdf.
- **BMWi**
2006: Globalisierung gestalten: Externe Wettbewerbsfähigkeit der EU steigern – Wachstum und Arbeitsplätze in Europa sichern. Juli 2006, Berlin, online:
<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/G/globalisierung-gestalten-positions-papier-der-breg-de>.
- **Brand, Ulrich**
2015: Lateinamerika in der Rohstofffalle, in: Blätter für die deutsche und internationale Politik 2/2015, S. 33-36, online: <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2015/februar/lateinamerika-in-der-rohstofffalle>.
- **Breining Lilli/Reckordt Michael**
2011: Rohstofffrausch – Die Auswirkungen von Bergbau in den Philippinen, Essen
- **Brüderle, Rainer**
2010: Rede des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Rainer Brüderle anlässlich der Eröffnung des 3. BDI-Rohstoffkongresses, Berlin, 26.10.2010, online:
<http://www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=364972.html>.
- **Burma-Initiative (Hrsg.)**
2013: Aufbruch in Myanmar. Mit europäischen Investitionen zu Wohlstand und Frieden? Köln, online:
http://www.asienhaus.de/uploads/tx_news/2014_3-Aufbruch-in-Myanmar.pdf.
- **Business Europe**
2010: Advancing the EU'S Raw Materials Policy, Rede von Adrian van den Hoven am 18.11.2010 in einer Anhörung des Europäischen Parlaments, online:
<http://www.buiness-europe.eu/content/default.asp?PageID=568&DocID=27629>.
- **Carim, Xavier**
2015: International Investment Agreements and Africa's Structural Transformation: A Perspective from South Africa, Hrsg.: South Centre, Investment Policy Brief No. 4, August 2015, online:
http://www.southcentre.int/wp-content/uploads/2015/08/IPB4_IAs-and-Africa%E2%80%99s-Structural-Transformation-Perspective-from-South-Africa_EN.pdf.
- **CEO (Hrsg.)**
2011: Europe's resource grab. Vested interests at work in the European Parliament, online: <http://corporateeurope.org/climate-and-energy/2011/06/europes-resource-grab-vested-interests-work-european-parliament>.
- **CONCORD (Hrsg.)**
2015: The EPA between the EU and West Africa: Who benefits? Spotlight Report 2015, Brüssel, online:
http://www.concordeurope.org/images/Spotlight_2015-TRADE-EPA-April_2015-EN.pdf.
- **CRM Alliance**
2015: Critical Raw Materials and Trade Policy, 14. April 2015, Thon Hotel EU, Brüssel, Post CRM Day Report, online: <http://criticalrawmaterials.org/wp-content/uploads/2015/10/Post-CRM-Day-Report-April-2015.pdf>.
- **Cultural Survival (Hrsg.)**
2011: Human Rights Commission finds OGPI in violation, online:
<http://www.culturalsurvival.org/news/philippines/human-rights-commission-finds-ogpi-violation>.

- **Curtis, Mark**
2010: Die neue Jagd nach Ressourcen: Wie die EU-Handels- und Rohstoffpolitik Entwicklung bedroht, Hrsg.: Oxfam Deutschland e.V./WEED e.V./Traidcraft Exchange et al., online: http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/20101217_rohstoffbericht.pdf.
- **Danker, Hans-Christian/Dietz, Kristina/Jaeger, Nicola/Thomas, Wiebke**
2013: Die Globalisierung der Agrarkraftstoffe – Produktion, Handel und Akteure. Fair Fuels? Working Paper 7, Berlin, online: http://www.lai.fu-berlin.de/homepages/dietz/Publikationen/working-papers/Die-Globalisierung-der-Agrarkraftstoffe_-Produktion_-Handel-und-Akteure_-Fair-Fuels.pdf.
- **DERA**
2011: Deutschland – Rohstoffsituation 2010, Hannover, online: http://www.bgr.bund.de/DE/Gemeinsames/Produkte/Downloads/DERA_Rohstoffinformationen/rohstoffinformationen-07.pdf?__blob=publicationFile&v=10.
- **DG Trade**
2015: Trade > Policy > Countries and regions, online: <http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/>.
- **Deutsche Welle**
2014: Mercosur: Bündnis im Tiefschlaf, 28. Juli 2014, Nikolas Martin, online: <http://www.dw.com/de/mercotur-b%C3%BCndnis-im-tiefschlaf/a-17815884>.
- **Eberhardt, Pia/Kumar, Dharmendra**
2010: Trade Invaders. How big business is driving the EU-India free trade negotiations, Hrsg.: CEO/India FDI Watch, Brussels/Delhi, online: http://corporateeurope.org/sites/default/files/publications/trade_invaders_o.pdf.
- **Eberhardt, Pia/Redlin, Blair/Toubeau, Cecile**
2014: Verkaufte Demokratie. Wie die CETA-Regeln zum Schutz von Investoren das Allgemeinwohl in Kanada und der EU bedrohen, Hrsg.: Aitec/AK Wien/CCPA et al., online: http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2014/11/Studie-CETA_November-2014_verkaufte-demokratie.pdf.
- **Eberhardt, Pia**
2015: Wenn Investoren Regierungen abstrafen. Streit um TTIP und internationalen Handelsgerichtshof, in: manager magazin, 19. Oktober 2015, online: <http://www.manager-magazin.de/politik/meinungen/ttip-investoren-verklagen-regierungen-beim-handelsgerichtshof-a-1058472.html>.
- **EU/Marokko**
2014: Joint press statement on the EU-Morocco negotiations, 9. Juli 2014, online: <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1120>.
- **EurActiv.de**
2015: Merkel drückt bei EU-Japan-Freihandelsabkommen aufs Tempo, 9. März 2015, online: <http://www.euractiv.de/sections/finanzen-und-wirtschaft/merkel-drueckt-bei-eu-japan-freihandelsabkommen-aufs-tempo-312726>.
- **Europäische Kommission**
2006: Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt, Brüssel, online: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/october/tradoc_130468.pdf.
- **Europäische Kommission**
2007a: Global Europe: A Stronger Partnership to Deliver Market Access for European Exporters, online: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2007/april/tradoc_134591.pdf.
- **Europäische Kommission**
2007b: State of play of work on trade restrictions affecting access to raw materials, 17. Dezember 2007, online: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2008/february/tradoc_137761.pdf.

- **Europäische Kommission**
2008: Die Rohstoffinitiative — Sicherung der Versorgung Europas mit den für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Gütern, online: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0699:FIN:de:PDF>.
- **Europäische Kommission**
2010a: Handel, Wachstum und Weltgeschehen. Handelspolitik als Kernbestandteil der EU-Strategie Europa 2020, online: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/november/tradoc_146956.pdf.
- **Europäische Kommission**
2010b: Critical raw materials for the EU, Report of the Ad-hoc Working Group on defining critical raw materials, online: <http://www.euromines.org/files/what-we-do/sustainable-development-issues/2010-report-critical-raw-materials-eu.pdf>.
- **Europäische Kommission**
2011: Grundstoffmärkte und Rohstoffe: Herausforderungen und Lösungsansätze, online: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0025:FIN:de:PDF>.
- **Europäische Kommission**
2012a: EU Trade Policy for Raw Materials. Second Activity Report, online: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2012/may/tradoc_149515.pdf.
- **Europäische Kommission**
2012b: Europäische Kommission unterzeichnet heute Rohstoffkooperationsabkommen mit Grönland, Pressemitteilung, 13. Juni 2012, online: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-600_de.htm.
- **Europäischen Kommission**
2013a: Website mit Daten von 2013: http://ec.europa.eu/trade/policy/accessing-markets/goods-and-services/raw-materials/index_en.htm.
- **Europäische Kommission**
2013b: Bericht über die Umsetzung der Rohstoffinitiative, online: <http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2011876%202013%20INIT>.
- **Europäische Kommission**
2014a: Report on critical raw materials for the EU, Report of the Ad hoc Working Group on defining critical raw materials, online: <http://www.amg-nv.com/files/Report-on-Critical-Raw-Materials-for-the-EU-2014.pdf>.
- **Europäische Kommission**
2014b: Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen über die Umsetzung der Rohstoffinitiative, online: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF?uri=CELEX:52014SC0171&from=EN>.
- **Europäische Kommission**
2014c: Freihandel – Motor für wirtschaftliches Wachstum. Die Europäische Union erklärt Handel, online: http://europa.eu/pol/pdf/flipbook/de/trade_de.pdf.
- **Europäische Kommission**
2014d: Überprüfung der Liste kritischer Rohstoffe für die EU und die Umsetzung der Rohstoffinitiative, online: <http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2014/DE/1-2014-297-DE-F1-1.Pdf>.
- **Europäische Kommission**
2014e: Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES zur Festlegung des Standpunkts der Europäischen Union im Allgemeinen Rat der Welthandelsorganisation zum Beitritt der Islamischen Republik Afghanistan zur WTO, online: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF?uri=CELEX:52014PCo223&from=DE>.
- **Europäische Kommission**
2014f: European Union. Trade in goods in Thailand, online: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113454.pdf.

- **Europäische Kommission**
2014g: European Union. Trade with Mercosur 5, online:
http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113488.pdf.
- **Europäische Kommission**
2015a: How Trade Policy and Regional Trade Agreements Support and Strengthen EU Economic Performance, Brussels, online: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/march/tradoc_153270.pdf.
- **Europäische Kommission**
2015b: Results of the Future Trade Policy consultation, online: http://ec.europa.eu/trade/trade-policy-and-you/consultations/future-trade-policy_en.htm#result_31.
- **Europäische Kommission**
2015c: Overview on FTAs and other trade negotiations, updated September 2015, online:
<http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/agreements/>.
- **Europäische Kommission**
2015d: Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES zur Festlegung des Standpunkts der Europäischen Union im Allgemeinen Rat der Welthandelsorganisation zum Beitritt der Republik Kasachstan zur WTO, online:
<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52015PC0322&from=DE>.
- **Europäische Kommission**
2015e: Trade for all – Towards a more responsible trade and investment policy, online:
http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/october/tradoc_153846.pdf.
- **Europäische Kommission**
2015f: EU und Vietnam erzielen Einigung über Freihandelsabkommen, Pressemitteilung vom 4. August 2015, online: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5467_de.htm.
- **Europäische Kommission**
2015g: The EU's Generalised Scheme of Preferences (GSP), Factsheet, online:
http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/august/tradoc_153732.pdf.
- **Europäische Kommission**
2015h: Overview on FTAs and other trade negotiations, updated October 2015, online: <http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/agreements/>.
- **Europäische Kommission**
2015i: Statement of the President of the European Commission Jean-Claude Juncker, the President of the European Council Donald Tusk and the Prime Minister of Australia Malcolm Turnbull, Büssel, 15. November 2015, online: http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-15-6088_en.htm.
- **Europäische Kommission**
2015j: Statement of the Presidents of the European Council and the European Commission and the New Zealand Prime Minister, Büssel, 29. Oktober 2015, online:
http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-15-5947_en.htm.
- **Eurostat**
2014: International trade in raw materials, online:
http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/International_trade_in_raw_materials.
- **Financial Times**
2015: Zambia proposes friendlier mining tax regime after protests, Andrew England in Johannesburg, 20. April 2015, online: <http://www.ft.com/cms/s/0/37580714-e773-11e4-8ebb-00144feab7de.html>.
- **Fincke, Johanna**
2013: Gold oder Leben. Eine Tödliche Auseinandersetzung, in: presente 3/2013, S. 9-13, online:
http://www.ci-romero.de/fileadmin/download/presente_artikel/2013_3/presente_3-13_Gold_oder_Leben_Fincke.pdf.

- **Fritz, Thomas**
2010: Die zweite Eroberung. Das Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru, Hrsg.: FDCL/TNI, Berlin/Amsterdam, online: http://fdcl-berlin.de/fileadmin/fdcl/Publikationen/EU_Trade/Die_zweite_Eroberung_DE.pdf.
- **Fritz, Thomas**
2014: TTIP, CETA, TiSA: Die Kapitulation vor den Konzernen. Eine kritische Analyse der geplanten EU-Handelsverträge mit den USA und Kanada und des Dienstleistungsabkommens TiSA, Hrsg.: PowerShift e.V., Berlin, online: http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2015/07/ttip-ceta-tisa-kapitulati-on-vor-den-konzernen_web.pdf.
- **Germany Trade and Invest**
2014: Bergbau- und Rohstoff-Highlights der Auslandshandelskammern Australien, Chile, Kanada, Südliches Afrika und von Germany Trade & Invest, Ausgabe 1 | 2014, online: <https://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PD-F/G/gemeinsamer-newsletter-ahk-gtai,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>.
- **Giljum, Stefan/Bruckner, Martin/Martinez, Aldo**
2015: Material-Footprint Assessment in a Global Input-Output Framework, Journal of Industrial Ecology.
- **Global Witness et al.**
2013: Breaking the links between natural resources and conflict: The case for EU regulation; online: <http://www.globalwitness.org/sites/default/files/BreakingtheLinks%28ENG%29.pdf>.
- **Global Witness**
2015: How to lose 4 billion dollars. Credibility test for global transparency standard as shadowy companies gain billions in oil and mining deals, London, online: <https://www.globalwitness.org/reports/how-lose-4-billion/>.
- **Gück, Martin**
2014: Zeit zum Umdenken: Rohstoffe im südlichen Afrika. Der natürliche Reichtum der Region muss endlich der Bevölkerung zugutekommen, Hrsg.: KASA, Heidelberg, online: http://www.woek.de/web/cms/upload/pdf/kasa/publikationen/kasa_2014_zeit_zum_umdenken.pdf.
- **Handelsblatt**
2014: Gabriels Freihandels-Dilemma, Dietmar Neuerer, 29. September 2014, online: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ceta-und-ttip-deutsche-industrie-wirbt-um-freihandelsabkommen/10770082-2.html>.
- **Härterich, Claudia**
2014: Raubbau in der Tiefe?!, in: AK Rohstoffe Newsletter #6, online: <http://32440.seu.cleverreach.com/m/8047303/39586-b1d912f8a1e98a60156ba338eadea18a#cra-cff95eff00026ef26a7f04f04ca1aa59>.
- **Hartmann, Alessa**
2015: Wenn Umweltschutz teuer wird – Rumänien wird vor Schiedsgericht verklagt, Blogbeitrag für PowerShift e.V., online: <http://power-shift.de/?p=5633>.
- **H.C. Starck**
2013: H.C. Starck und Masan Group gründen Joint Venture zur Herstellung von Wolfram-Chemikalien, Pressemitteilung vom 29. Juli 2013, online: https://www.hcstarck.com/de/unternehmen/presse/pressemitteilungen/pressearchiv/2013/hc_starck_und_masan_group_gruenden_joint_venture_zur_herstellung_von_wolfram-chemikalien.html.
- **Holland, Lynn**
2015: For the love of water: El Salvador's mining ban, online: <http://www.counterpunch.org/2015/09/03/for-the-love-of-water-el-salvadors-mining-ban/>.
- **ICSID**
2015a: The ICSID Caseload – Statistics (ISSUE 2015-2), online: <https://icsid.worldbank.org/apps/ICSIDWEB/re-sources/Documents/ICSID%20Web%20Stats%202015-2%20%28English%29.pdf>.

- **ICSID**
2015b: Gabriel Resources Ltd. and Gabriel Resources (Jersey) v. Romania (ICSID Case No. ARB/15/31), online: <https://icsid.worldbank.org/apps/ICSIDWEB/cases/Pages/casedetail.aspx?caseno=ARB/15/31>.
- **ICTSD**
2014: Exclusive interviews EPA negotiations in Africa: Which way forward? Bridges Africa, Volume 3, Issue 2, March 2014, online: <http://www.ictsd.org/downloads/bridges-africa-review/3-2.pdf>.
- **Jackson, Tim**
2011: Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt, München.
- **Jaeger, Nicola**
2012: Rohstoffpolitik vom Kopf auf die Füße stellen. Alternativen zur rücksichtslosen Ressourcenausbeutung im Globalen Süden, Hrsg.: Oxfam Deutschland e.V./WEED e.V./attac/SÜDWIND e.V., online: http://www2.weed-online.org/uploads/rohstoffpolitik_briefingweb121112.pdf.
- **Jäger, Jill**
2010: Was verträgt unsere Erde noch? Wege in die Nachhaltigkeit, Frankfurt/Main.
- **Klenck, Cathrin/Reckordt, Michael**
2015: Transparenz ist kein Selbstzweck. Zur deutschen Umsetzung der Initiative für mehr Transparenz im Rohstoffsektor, Rundbrief Forum Umwelt und Entwicklung III 2015, S. 22-24, online: http://www.forumue.de/wp-content/uploads/2015/09/FORUM_rundbrief315_web.pdf.
- **Klimaretter**
2013: Die Yasuní-Initiative ist gescheitert, Verona Kern, online: <http://www.klimaretter.info/umwelt/hintergrund/14349-yasuni-initiative-gescheitert>.
- **Küblböck, Karin**
2013: The EU Raw Materials Initiative – Scope and critical assessment, Hrsg.: ÖFSE, Briefing Paper 8, Wien, online: http://www.oefse.at/fileadmin/content/Downloads/Publikationen/Briefingpaper/BP8_eu_raw_materials.pdf.
- **Lambert, Tobias**
2011: The Impact of the European Union's Raw Materials Policies on Poor Countries and Emerging Markets, Hrsg.: Glopolis, Prag, online: <http://glopolis.org/en/articles/impact-european-unions-raw-materials-policies-poor-countries-and-emerging-markets/>.
- **Lee, Jade**
2012: Seltene Erden – Fluch oder Segen für Malaysia?, Hrsg.: philippinenbüro e.V., Köln, online: https://www.asienhaus.de/public/archiv/bergbau-nr3_malaysia.pdf.
- **Malig, Mary Louise F.**
2014: Big Corporations, the Bali Package and Beyond. Deepening TNCs gains from the WTO, Hrsg.: TNI/SPI, online: https://www.tni.org/files/download/wto-big_business_bali_o.pdf.
- **Malmström, Cecilia**
2015: The EU in Asia: ASEAN & Malaysia, Rede der Handelskommissarin auf dem Malaysia EU Business Event in Kuala Lumpur, 26. April 2015, online: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/april/tradoc_153392.pdf.
- **Matthysen, Ken/Zaragoza Montejano, Andrés**
2013: 'Conflict Minerals' initiatives in DR Congo: Perceptions of local mining communities; online: http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/20131112_HU.pdf.
- **Meyer, Eike**
2012: Der Beitrag von Ressourcensteuern zu wirksamer Ressourcenschonung, Hrsg.: FÖS, Berlin, online: <http://www.foes.de/pdf/2012-08-Diskussionspapier-Ressourcensteuern.pdf>.

- **Mining Facts**
2015: Zambia's Mining Policies Remain Erratic, Cheryl Rutledge, 14 Juli 2015, online:
<http://www.miningfacts.org/Blog/Mining-News/Zambia-s-Mining-Policies-Remain-Erratic/#sthash.sIUOmWnq.dpuf>.
- **Mining Weekly**
2014: Vietnam more welcoming to foreign miners, but constraints remain 16th May 2014, online: <http://www.miningweekly.com/article/vietnam-more-welcoming-to-foreign-miners-but-constraints-remain-2014-05-16-1>.
- **Mondaq**
2012: Vietnam: 2012 substantial changes in Vietnam's Mining Regulations, Dang Duong Anh, Last Updated: 17 September 2012, online: <http://www.mondaq.com/x/197024/Mining/2012+substantial+changes+in+-Vietnams+Mining+Regulations>.
- **Mondaq**
2015: Zambia Mining Tax Amendments, Celia Becker, Last Updated: 10 Februar 2015, online:
<http://www.mondaq.com/x/373260/Mining/Zambia+Mining+Tax+Amendments>.
- **OECD**
2014: Export Restrictions in Raw Materials Trade: Facts, fallacies and better practices, online:
<http://www.oecd.org/trade/benefitlib/export-restrictions-raw-materials-2014.pdf>.
- **OECD**
2015: Restrictions on Exports of Raw Materials, Datenbank, online:
<http://qdd.oecd.org/subject.aspx?subject=8F4CFFA0-3A25-43F2-A778-E8FEE81D89E2>.
- **Pedro, Antonio M.A.**
2014: Höhere Wertschöpfung bei natürlichen Ressourcen. Eine Herausforderung auf mehreren Ebenen, in:
 Global Governance Spotlight, 3/2014, Hrsg.: SEF, Bonn, online:
http://www.sef-bonn.org/fileadmin/Die_SEF/Publikationen/GG-Spotlight/GGS_2014-03_de.pdf.
- **PowerShift e.V./Sierra Club**
2014: Energy Trade in the Trans-Atlantic Trade and Investment Partnership: Endangering Action on Climate Change, online: https://www.sierraclub.org/sites/www.sierraclub.org/files/uploads-wysiwig/Analysis_of_EU_Energy_Proposal_for_TTIP-Final_-_Sierra_C.pdf.
- **PowerShift e.V./INKOTA/Germanwatch et al.**
2015: Pressemitteilung „Erdüberlastungstag: Die Erde ist leer“ vom 04. August 2015, online:
<http://power-shift.de/?p=5639>.
- **Purugganan, Joseph**
2015: One country – One Voice? Die Strategie der philippinischen Regierung mit Blick auf den Zugang zu Europas Märkten, Hrsg.: philippinenbüro e.V., Köln, online:
http://www.asienhaus.de/uploads/tx_news/2015-Philippinen__One-country__WEB.pdf.
- **Ramdoo, Isabelle**
2011: Shopping for raw materials Should Africa be worried about EU Raw Materials Initiative?, Discussion paper No. 105, Hrsg.: ecdpm, online:
<http://ecdpm.org/wp-content/uploads/2013/11/DP-105-Africa-EU-Raw-Materials-Initiative-2011.pdf>.
- **Reckordt, Michael**
2015a: China als Vorwand für nicht nachhaltige Rohstoffpolitik, in: Nora Sausmikat (Hrsg.): Chinas Rohstoffhunger. Perspektiven der Zivilgesellschaft, Köln, online:
http://www.asienhaus.de/uploads/tx_news/2014-11_China-und-Rohstoffe__web_gesichert.pdf.
- **Reckordt, Michael**
2015b: Bericht von der Internationalen Rohstoffkonferenz der Bundesregierung 2015, 18. November 2015, online: <http://power-shift.de/?p=6108>.

- **Report-München**
2014: Wie die Wirtschaftslobby gegen Regelungen vorgeht, online: <http://www.br.de/fernsehen/das-erste/sendungen/report-muenchen/videos-und-manuskripte/buergerkriege-mineralien-wirtschaftslobby100.html>.
- **Schaffar, Wolfram**
2015: Die Rolle der EU in Myanmar. Eine vielbeschworene neue Freundschaft, die sich noch beweisen muss, Burma Briefing Papier Nr. 7/2015, Hrsg.: Burma-Initiative der Stiftung Asienhaus, Köln, online: http://www.asienhaus.de/uploads/tx_news/2015-02_Burma-Briefing_Nr_7__Die_Rolle_der_EU_in_Myanmar_web-gesichert_01.pdf.
- **Seib, Dr. Roland**
2015: „If there is no ocean, there is no life“ Fakten und Schlussfolgerungen zum Tiefseebergbau, Hrsg.: Stiftung Asienhaus, Köln, online: http://www.asienhaus.de/uploads/tx_news/2015-05_Paper-Tiefseebergbau__web-1_01.pdf.
- **Shah, Anil**
2015: Europas imperiale Rohstoff- und Freihandelspolitik, in: AK Rohstoffe Newsletter #10, online: <http://32440.seu.cleverreach.com/m/9095542/#cra-72732829116>.
- **Sharma, Shefali**
2008: Die Fesseln des EU-Indien-Freihandelsabkommens. Die indische Wirtschaft im Visier der Europäischen Union, Hrsg.: EED/WEED e.V., Bonn/Berlin, online: http://www2.weed-online.org/uploads/eed_weed_studie_eu_indien_freihandelsabkommen_mit_spendenanzeige.pdf.
- **Sierra Club/Friends of the Earth Europe/PowerShift e.V. (Hrsg.)**
2015: Leaked EU „Sustainable Development“ Proposal Fails to Protect Environment from Threats of TTIP, online: https://www.foeeurope.org/sites/default/files/eu-us_trade_deal/2015/sd_proposal_analysis_231015.pdf.
- **South Centre**
2014: WTO Negotiations on Trade Facilitation: Development Perspectives, in: South Bulletin 78, 4 March 2014, online: <http://www.southcentre.int/question/wto-negotiations-on-trade-facilitation-development-perspectives/>.
- **Stürmer, Martin**
2008: The International Raw Materials Boom. A Challenge for Multilateral Trade Policy, in: IPG 2/2008, S. 126-139, online: http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2008-2/09_a_stuermer_gb.pdf.
- **SzB Network (Hrsg.)**
2015: New EC trade strategy reinforces corporate bias, 15. Oktober 2015, online: <http://www.szbnetwork.org/new-ec-trade-strategy-reinforces-corporate-bias/>.
- **taz**
2010: Nebel torpediert Ökopjekt, Stefan Reinecke, 16. September 2010, online: <http://www.taz.de/!5135594/>.
- **taz**
2013: Ärger um ein Prestigeprojekt, Heike Holdinghausen, 02. Februar 2013, online: <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=wu&dig=2013%2F02%2F02%2Fa0178&cHash=7b0f12a4ff-4623930212d6873bcc3468>.
- **The Guardian**
2015: TTIP: EU negotiators appear to break environmental pledge in leaked draft, Arthur Neslen, 23. Oktober 2015, online: <http://www.theguardian.com/business/2015/oct/23/ttip-eu-negotiators-appear-to-break-environmental-pledge-in-leaked-draft>.
- **Traidcraft Exchange, Aitec, Comhlámh et al. (Hrsg.)**
2012: Economic Partnership Agreements – still pushing the wrong deal for Africa?, online: <http://www.traidcraft.co.uk/media/588c24fc-4d53-4ec1-94fd-dobdd1d20a9d>.

- **UN**
2015: List of Least Developed Countries, online:
http://www.un.org/en/development/desa/policy/cdp/lcd/lcd_list.pdf.
- **UNCTAD**
2015a: IIA Issue note, Recent Trends in IIAS and ISDS, N° 1 February 2015, online:
http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/webdiaepcb2015d1_en.pdf.
- **UNCTAD**
2015b: Database of investor-State Dispute Settlement (ISDS) (reduced version), online:
<http://unctad.org/en/Pages/DIAE/ISDS.aspx>.
- **UNCTAD**
2015c: Investment Policy HUB: Number of treaties, online: <http://investmentpolicyhub.unctad.org/IIA>.
- **Undercurrent News**
2014: EU suspends free trade talks with Thailand, Eva Tallaksen, 26. Juni 2014, online:
<https://www.undercurrentnews.com/2014/06/26/eu-suspends-free-trade-talks-with-thailand/>.
- **UNEP**
2009: From Conflict to Peacebuilding. The Role of Natural Resources and the Environment, Geneva, online: http://postconflict.unep.ch/publications/pcdmb_policy_01.pdf.
- **UNEP**
2014: online: Sand, rarer than one thinks, March 2014, online: <http://unep.org/geas/>.
- **UNHRC**
2008: Corporations and human rights: a survey of the scope and patterns of alleged corporate-related human rights abuse, Cambridge, online:
http://www.hks.harvard.edu/m-rcbg/CSRI/publications/workingpaper_44_Wright.pdf.
- **United Nations Economic Commission for Africa**
2015: Africa Mining Vision, online: <http://www.africaminingvision.org/>.
- **Van der Pas, Hilde/Damanik, Riza**
2014: Netherlands – Indonesia Bilateral Investment Treaty rolls back implementation of new Indonesian mining law. The case of Newmont Mining vs Indonesia, Hrsg.: TNI/ICJ/EU-ASEAN FTA Network, online:
<https://www.tni.org/files/download/newmont-indonesia-case-4.pdf>.
- **Volland, Maja**
2013: „Weitreichende und umfassende Freihandelsabkommen“ – ein Weg zu Demokratie und gemeinsamem Wohlstand? Hrsg.: Forum Umwelt und Entwicklung/PowerShift/attac, Berlin, online:
http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2013/02/bp_DFCTA_web.pdf.
- **Vollrath, David**
2014: Bergbau-Boom in Lateinamerika. Problemlagen, Konflikte und Regulierung, Hrsg.: FDCL, Berlin, online: <https://www.fdcl.org/wp-content/uploads/2015/05/FDCL-Bergbau-Boom-in-Lateinamerika.pdf>.
- **Wiedmann, Thomas/Schandl, Heinz/Lenzen, Manfred et al.**
2015: The material footprint of nations, PNAS, 112(20): 6271-6276, online:
www.pnas.org/cgi/doi/10.1073/pnas.1220362110.
- **WEED (Hrsg.)**
2011: Im Rohstofffrausch, Videoclip, online: <https://www.youtube.com/watch?v=pVCXGzIZp3I>.
- **Weltbank**
2013: Gender in Extractive Industries, 21. November 2013, online:
<http://www.worldbank.org/en/topic/extractiveindustries/brief/gender-in-extractive-industries>.

- **Wen Bo**
2015: Chinas Rohstoffhunger. Ein Überblick, in: Nora Sausmikat (Hrsg.): Chinas Rohstoffhunger. Perspektiven der Zivilgesellschaft, Köln, online:
http://www.asienhaus.de/uploads/tx_news/2014-11_China-und-Rohstoffe__web_gesichert.pdf.
- **WTO**
2012: NEWS ITEMS, 26 October 2012, ACCESSIONS Working Party seals the deal on Tajikistan's accession negotiations, online: https://www.wto.org/english/news_e/news12_e/acc_tjk_26oct12_e.htm.
- **WTO**
2014: World Trade Report, online: https://www.wto.org/english/res_e/booksp_e/world_trade_report14_e.pdf.
- **WTO**
2015a: Dispute settlement – https://www.wto.org/english/tratop_e/dispu_e/dispu_e.htm.
- **WTO**
2015b: Auswahl "Raw materials" und "Export restrictions" –
https://www.wto.org/english/tratop_e/dispu_e/dispu_subjects_index_e.htm#selected_subject.
- **WTO**
2015c: Working Party on the Accession of the Republic of Tajikistan, WT/ACC/TJK/30, online:
https://www.wto.org/english/thewto_e/acc_e/completeacc_e.htm.
- **Wübbeke, Jost**
2012: Her mit den Seltenen Erden!? Hintergründe und kritische Anmerkungen zur WTO-Klage gegen Chinas Exportpolitik bei Seltenen Erden, Hrsg.: PowerShift, Berlin, online: http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2012/07/PowerShift-Kritik-WTO-Klage-China-SelteneErden_1307klein_final.pdf.
- **Zambian Economist**
2014: A new mining tax regime, 15. Oktober 2014, online:
<http://www.zambian-economist.com/2014/10/a-new-mining-tax-regime.html>.
- **Zere, Tmnit**
2015: Ich mache diese Arbeit, weil ich an eine andere Welt glaube, 08. September 2015, Hrsg.: HBS, online: <https://www.boell.de/de/2015/09/08/ich-mache-diese-arbeit-weil-ich-eine-andere-welt-glaube>.
- **Zimmer, Reingard Dr. jur**
2011: Das Nachhaltigkeitskapitel im bilateralen Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru, Gutachten im Auftrag des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, online: http://www.fdcl.org/wp-content/uploads/2014/01/Nachhaltigkeitskapitel-FTA-EU-Kolumbien-Peru_Gutachten_R.Zimmer_2011.pdf.

Links zu den Texten der einzelnen Abkommen

(nach Partnerländern sortiert)

- **CARIFORUM (EPA):**
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:289:0003:1955:EN:PDF>.
- **Ecuador (FTA):**
<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1261>.
- **EAC (EPA):**
http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/october/tradoc_153845.compressed.pdf.
- **ESA (interim-EPA):**
<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=OJ:L:2012:111:TOC>.
- **Georgien (DCFTA):**
http://eeas.europa.eu/georgia/pdf/eu-ge_aa-dcfta_en.pdf.
- **Kanada (CETA):**
http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/september/tradoc_152806.pdf.
- **Kolumbien/Peru (FTA):**
<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1156>.
- **Moldau (DCFTA):**
http://eeas.europa.eu/moldova/pdf/eu-md_aa-dcfta_en.pdf.
- **Pazifikregion (interim-EPA):**
<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=OJ:L:2009:272:FULL&from=EN>.
- **Singapur (FTA):**
<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=961>.
- **Südkorea (FTA):**
<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=OJ:L:2011:127:TOC>.
- **Ukraine (DCFTA):**
http://eeas.europa.eu/ukraine/docs/association_agreement_ukraine_2014_en.pdf.
- **Westafrika (EPA):**
<http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/regions/west-africa/>.
- **Zentralafrika (interim-EPA):**
<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=OJ:L:2009:057:TOC>.
- **Zentralamerika (Assoziationsabkommen):**
<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=689>.

Antrag auf Fördermitgliedschaft

Bitte senden an:

PowerShift e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

E-Mail: Peter.Fuchs@power-shift.de

Hiermit beantrage ich, als Fördermitglied im Verein „PowerShift – Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e.V.“ aufgenommen zu werden. Die Fördermitgliedschaft ist jederzeit ohne Angabe von Gründen kündbar.

Vorname

Name

Straße & Hausnummer

PLZ & Ort

Telefon

E-Mail

Datum, Ort & Unterschrift

Der Beitrag für die Fördermitgliedschaft beträgt pro Jahr 100,- Euro für NormalverdienerInnen, 30,- Euro für Menschen mit wenig Geld und 150,- Euro (und gerne auch mehr) für Schwerreiche (nach Selbststeinschätzung).

Meinen Förderbeitrag in Höhe von _____ Euro im Jahr zahle ich ☐ halbjährlich ☐ jährlich, beginnend am _____ (Monat / Jahr).

☐ bequem per Lastschrift

(nach Möglichkeit bitte unten stehendes SEPA Lastschriftmandat ausfüllen; das spart dem Verein wertvolle Zeit und Kosten!)

☐ per Dauerauftrag / Überweisung

auf das Konto 1120 627 400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ 430 609 67

IBAN: DE25 4306 0967 1120 6274 00, BIC GENODEM1GLS

Name

Straße & Hausnummer

PLZ & Ort (erforderlich)

IBAN (erforderlich)

BIC (erforderlich)

Betrag (erforderlich)

Gläubiger-Identifikationsnummer DE68ZZZ00000307690 -

Mandatsreferenz: (Wird separat mitgeteilt!)

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige PowerShift e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von PowerShift e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Datum, Ort & Unterschrift

Kohle für eine solidarisch-ökologische Energie- und Weltwirtschaft

Jetzt spenden oder Fördermitglied bei PowerShift e.V. werden!

PowerShift

Arbeit gegen Kohle, TTIP und unverantwortlichen Rohstoffabbau kostet – aber wir wollen nicht unsere Seelen verkaufen.

Was wir mit Ihrer Unterstützung erreichen wollen – Unsere Checkliste für eine ökologisch-solidarische Energie- und Weltwirtschaft:

- ▶ TTIP verhindert, CETA gestoppt
- ▶ Gerechte Welthandelsbeziehungen etabliert
- ▶ Kohleausstieg geschafft, Fracking verboten
- ▶ Klimawandel deutlich verlangsamt
- ▶ Menschenrechtsverletzungen bei importierten Rohstoffen beendet
- ▶ Rohstoffverbrauch auf global gerechtes Niveau gesenkt

Teilnehmende einer kohlekritischen Fahrradtour von PowerShift in die Lausitz

PowerShift e.V. ist deshalb dringend auf Gelder aus Fördermitgliedschaften und Spenden angewiesen.

Wir setzen uns kritisch und unabhängig mit energie-, klima-, rohstoff-, handels- und wirtschaftspolitischen Fragen auseinander. Durch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Forschung und politische Aktivitäten möchten wir zu einer globalen Energiewende sowie gerechten weltwirtschaftlichen Beziehungen beitragen. Dafür ist „PowerShift – Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- und Weltwirtschaft e.V.“ in lokalen, nationalen und internationalen Netzwerken aktiv.

Mehr Informationen zu unserer Arbeit finden Sie unter <http://power-shift.de>.

Unabhängige Arbeit kostet – Sie können uns mit Ihrer Spende unterstützen!

Spende per Lastschrift (SEPA):

Name

Straße & Hausnummer

PLZ & Ort (erforderlich)

IBAN (erforderlich)

BIC (erforderlich)

Betrag (erforderlich)

☐ Gläubiger-Identifikationsnummer DE68ZZZ000000307690-Mandatsreferenz: (Wird separat mitgeteilt)

SEPA-Lastschriftmandat:

Ich ermächtige PowerShift e.V. Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von PowerShift e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis:

Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

☐ Ich benötige eine Spendenquittung.

Datum, Ort & Unterschrift

Jetzt auch online spenden über <http://power-shift.de>.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

